Bis nach Olmütz.

Historische Erinnerungen.

Fortsetzung von „1849"

von

A. Bernstein.

Berlin.
Verlag von Franz Duncker.
1874.

Inhalts-Verzeichniß.

Die Zeit der stillen Kämpfe.

Die Erfahrung lehrt zu allen Zeiten, daß politische Wirren extremer Natur die günstigste Gelegenheit für alle mittelmäßigen Charaktere sind, um ihre Freiheitsliebe dem Volke und ihre Loyalität dem Hofe zu erweisen; und die Epoche dieser Mittelmäßigen trat denn auch nunmehr mit dem Juli des Jahres 1849 in Preußen wie in Deutschland ein.

Die parlamentarische Demokratie war zersprengt. Die Parlaments-Mitglieder, die in Stuttgart getagt hatten, wußten welch ein Schicksal ihnen von der siegreichen Reaktion bereitet wird und suchten in der nahen Schweiz eine Zuflucht. Die Revolutionen in Baden und der Pfalz wurden durch preußische Heere blutig niedergeschlagen und Kriegsgericht und Standrecht suchten und fanden ihre Opfer. So war denn Preußen in der That der Retter der deutschen Regierungen im Norden wie im Süden des Vaterlandes. Wie aber vergalten sie ihm diese Liebesdienste?

Der Verlauf der Geschichte hat es erwiesen, daß allenthalben, wo preußische Waffen die Regierungen gestützt hatten, diese nur um so eifriger bemüht waren, den Haß des Volkes gegen Preußen zu schüren und die von Preußen ihnen wiedergegebene Freiheit der Entschließung nur benutzt haben, um selbst die bescheidensten nationalen Ziele Preußens zu zerstören.

Es war leicht dies vorauszusehen. Während der Zeit, daß Deutschland durch Preußen wiederum zum Spielball in der Hand der deutschen Kabinette gemacht wurde, hatte auch Rußland sein Werk der Rettung in Ungarn vollbracht und dem östreichischen Hof die volle Freiheit verliehen, alle Schleusen der

Intrigue gegen Preußen zu öffnen. Die aufrichtigen Freunde Deutschlands und Preußens blickten hoffnungslos in die nächste Zukunft. Nur in der Ferne kommender Zeiten sahen sie die einstigen Tage der Umkehr und der Vergeltung. Die Urwähler-Zeitung, ein kleines Volksblatt, das seine im Belagerungszustand stets gefährdete Existenz nicht erkaufen mochte durch Verhüllung der Wahrheit, sprach bereits im Juli 1849 Worte aus, welche sich erst nach fast einem Menschenalter zu erfüllen bestimmt waren. Im Leitartikel vom 11. Juli jenes Jahres heißt es über „Völkerpolitik und Fürstenpolitik“:

„Das Schicksal pocht zum letzten Mal an Deine Pforte, Preußen! Die Völker Deutschlands brachten Dir die Krone und Du hast es verschmäht, sie aus ihrer Hand zu nehmen. Die Fürsten aber spinnen um Dich ein Netz von altem Lug und neuem Verrath“.

Wo ist nun Oestreichs Freundschaft, dessen blutigem Siege in Wien Du Beifall gelächellt? Wo ist des Baiers Treue, in dessen Fürstenrecht einzugreifen Du zu zart gewissenhaft gewesen?“

„Sie schüren Gluthen, Hassesflammen über Deinem Haupte und laden ein zum Bunde gegen Dich, der Kirche alten Fanatismus und den Haß der von ihnen selbst verleugneten Freiheit. Verlassen hat Dich Hannover, das Dich zum völkerbrüchigen Bündniß verlockte, verleugnet Sachsen, das — o der Schmach — zum Henkerdienst Dich brauchte. Darum ermanne Dich und höre die letzte Mahnung:

„Die Fürsten-Politik gab Dich dem Völkerhasse Preis; der Völker Politik erhebt Dich einst noch über Fürsten!“

Mahnungen dieser Art waren vergeblich. Radowitz verhüllte vorsorglich all die Intriguen der Kabinette Deutschlands gegen seine nationalen Pläne und Hinckeldey, der Polizei-Präsident in Berlin, stellte all seine Hilfsdienste der Raktion zu Gebote, um durch lügnerische „Enthüllungen“ und polizeiliche Verfolgungen den Bruch zwischen Volk und Krone unheilbar zu machen. Aber die Mittelmäßigen waren frisch auf. Der Entschluß der Volkspartei, sich der Wahlen nach dem oktrovir-

ten Wahlgesetz zu enthalten, wurde von diesen Politikern, die so gerne freisinnig sind, wo sie es mit Loyalität sein können, als ein Staatsverbrechen betrachtet. Die Partei der aufrichtig Konstitutionellen machte sich glauben, daß wirklich die Reaktion nur deshalb die Demokratie niederkämpfe, um einen ruhigen verfassungsmäßigen Zustand herzustellen und die „Gothaer" blickten gläubig auf Radowitz, der sie fort und fort versicherte, daß er die Intriguen der Kreuzzeitungs-Partei siegreich überwinden werde.

Ein paar Worte aus dem Organ der Gothaer, der in Frankfurt am Main herausgegebenen „Deutschen Zeitung" vom 11. Juli 1849, sind für die Vertrauungsseligkeit dieser Partei so bezeichnend, daß wir sie hier unsern Lesern vorführen müssen:

Nach einer sehr verschleierten Darlegung der bereits entwickelten Intriguen der deutschen Kabinette gegen die Politik Radowitz spricht die Zeitung Folgendes aus:

„Alle Regierungen haben so oft geklagt über Mangel an Vertrauen zu ihren Absichten. — Wohlan: wir vertrauen ihnen! Wir setzen unser Vertrauen vor Allem auf Preußen und die Unsrigen haben dieses in dem Programm von Gotha ausgesprochen. Wir dürfen erwarten, daß die preußische Regierung diesem Vertrauen entgegenkommt und sich auf die Nation stützt, welche zu ihrer Unterstützung bereit ist. Sie darf um so weniger Bedenken tragen, als es der besonnenste und gesetzteste Theil des Volkes ist, welcher sich um Preußen zu schaaren entschlossen ist, so lange es fortschreitet auf dem graden Wege zur Einheit. Preußen vermag nichts auszuführen ohne seinen mächtigen Bundesgenossen von 1813, den Volksgeist und die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung wird es diesmal schützen und emportragen. Die preußische Regierung kann nicht offen genug auftreten. Sollten Sachsen und Hannover sich Umtriebe erlauben gegen ihren eigenen Entwurf, so müssen sie an das Licht der Oeffentlichkeit gestellt werden. Sind sie nicht vorhanden, so müssen wir beruhigt werden. Die deutschen Regierungen und Bevölkerungen, welche im Begriff stehen, sich an Preußen anzuschließen, müssen wissen, woran sie sind. Wir wollen ja so gern vertrauen! Man

stärke unser Vertrauen vor allem durch Handlungen. Man beschleunige den Reichstag (für den Bundesstaat der sogenannten Drei-Königs-Verfassung) auf alle Weise. Man zeige Oestreich gegenüber eine feste Entschlossenheit. Man denke in Berlin nichts anderes, als wie man so rasch als möglich das deutsche Reich zu Stande bringe, das man selbst entworfen hat. Friedrich der Große wird auf sein Denkmal gern verzichten, wenn man ihm dieses setzt."

Wie aber dachte das preußische Ministerium?

Graf Brandenburg nahm die deutsche Frage ernst; aber es fehlte ihm die Gabe sich in den Schlichen der Diplomatie zurecht zu finden. Der König empfand in seiner geistigen Beweglichkeit ein Mißbehagen an der Gradheit und wortarmen Schlichtheit des Grafen. Er verkehrte gern mit Radowitz, der, ohne Minister zu sein, die Geschäfte leitete und den König mit der Trockenheit der Geschäfte verschonte. Manteuffel war und blieb ein Diener, gleich bereit, bureaukratisch abzufertigen was der Tag brachte. Die Kamarilla aber war ganz Kreuzzeitung, die alles Kammerwesen ein „Jammerwesen" nannte. Sie unterwühlte alle freisinnigen Ziele durch „Enthüllungen" und blickte auf Oestreich und Rußland hin, die den einstigen Genossen der heiligen Allianz wieder in ihr Netz ziehen wollten. Der Rundschauer der Kreuzzeitung predigte „Buße und Umkehr" von dem Wege des Verderbens und stellte den König David, wie er vor der Bundeslade tanzte, als das Ideal eines Monarchen nach dem Herzen Gottes dar. — Während die offiziellen Aktenstücke noch immer den Kampf für die Dreikönigs-Verfassung fortspannen und den deutschen Bundesstaat zu verwirklichen trachteten, war am Hofe selber der Boden für jede Reform bereits untergraben. Man belächelte die Phantasten, die noch immer wähnten, daß jemals aus all den Verheißungen eine Wahrheit werden solle!

Kämpfe um das oktroyirte Wahlgesetz.

Am 17. Juli 1849 fanden die Wahlen in Preußen zur zweiten Kammer auf Grund des oktroyirten Drei-Klassen-Wahlgesetzes statt und mit diesem Wahltage trat ein Verhalten der demokratischen Partei ein, das durch ein ganzes Jahrzehnt der Grund schwerer innerer Kämpfe und Leiden wurde.

Das gleiche und geheime Wahlrecht war durch das ordnungsmäßig zu Stande gekommene und vom König sanktionirte Gesetz vom 8. April 1848 eine Grundsäule des bestehenden Rechtes. Die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember 1848 ließ dieses Wahlgesetz bestehen und im Januar 1849 wurde ebenfalls die Wahl auf Grund dieses Gesetzes vollzogen. Die hiernach in's Leben gerufenen Kammern haben in ihrer Majorität die oktroyirte Verfassung als zu Recht bestehend im Einverständniß mit der Regierung anerkannt. Eine Abänderung der Verfassung konnte also staatsrechtlich nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen, und da das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit in den Text der Verfassung aufgenommen war, so stand es fest, daß selbst der berüchtigte Oktroyirungs-Artikel, der dem Ministerium das verfängliche Recht einräumte, „Gesetzes-Verordnungen zu erlassen in Abwesenheit der Kammern", unmöglich auch Verfassungs-Aenderungen gestattet. Die Fort-Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts war also ein offenkundiger Verfassungsbruch, den kein Freund eines geordneten Staatswesens billigen konnte. Selbst der Professor Stahl, der Vertheidiger und Lobredner jeder Art von Verfassungsverletzung, erkannte an, daß dies ein Schritt „revolutionären Charakters sei; er meinte nur, es wäre dies ein rettender Schritt aus der Revolution gewesen, in den man durch eine Revolution hineingerathen war.

Auch die konstitutionelle Partei war über die Ungesetzlichkeit dieses Schrittes nicht im Zweifel. Ihr Führer in allen bisherigen Streitfragen, Georg Vincke, der die Devise,

„Recht muß Recht bleiben" stets mit Energie verfochten hatte, konnte sich auch jetzt nicht dieses Grundsatzes entschlagen und lehnte es ab, nach dem oktroyirten Wahlgesetz zu wählen. Nicht minder enthielt sich der Ehrenmann Grabow, der Präsident der bisherigen Volksvertretungen, der Ausübung des Wahlrechts. Selbst der ehemalige Staatsminister Gierke und mehrere seiner durchweg streng konstitutionellen Gesinnungsgenossen erklärten später in der Ersten Kammer, daß sie die Oktroyirung des neuen Wahlgesetzes für einen Verfassungsbruch halten und demselben nicht ihre Zustimmung geben können.

In der demokratischen Partei waren nicht bloß diese Rechtsgründe, sondern auch politische Motive bestimmend für die Wahl-Enthaltung.

„Wozu sollen wir wählen?" fragten die demokratischen Organe. „Um das demokratische Wahlgesetz aus der Welt zu schaffen und das Groschen-Gesetz — so wurde das Drei-Klassen-Wahlgesetz genannt — gutzuheißen? Das wäre ein Abfall, eine Zerstörung unseres großen Prinzips. Um zu siegen und das demokratische Wahlrecht wieder herzustellen, da würden doch nur neue Rettungen und Beseitigung der ganzen Verfassung folgen!"

Und in der That: Glaube und Vertrauen war dermaßen im Volk durch all die Erlebnisse erschüttert, daß man voraussah, es würden alle Verheißungen, trotz aller Gutgesinntheit der Vertrauensseligen, eine Beute der Kreuzzeitungs-Partei werden.

Die Wahl-Enthaltung wurde demnach zu einem populären Prinzip erhoben, das wie alle Prinzipien, wenn sie einmal unter berechtigten Zuständen zur allgemeinen Geltung kommen, auch seine traurigen Konsequenzen in veränderten Zeitumständen nach sich zog. Wir werden später noch Gelegenheit haben zu zeigen, wie dies mit diesem Prinzip auch der Fall war, und wie nur ein bedeutsamer Umschwung es herbeiführte, daß die Konsequenzen der Wahlenthaltung nicht weiter getrieben wurden.

Vom Standpunkt des Rechts aus ließ sich die Betheiligung an den Wahlen im Juli 1849 nicht vertheidigen; gleich-

wohl nahm die konstitutionelle Partei in der Reihe der Konservativen aller Schattirungen aus „politischen Motiven“ die Gelegenheit wahr, zu retten, was sich scheinbar retten ließ. Sie forderten mit einem fanatischen Rigorismus zur Wahlbetheiligung auf, damit das Volk sie nicht gegen die Konservativen in der Minorität lasse, wodurch die Verfassung selbst in ihrer abgeschwächten Gestalt gefährdet und der Absolutismus wieder hergestellt würde. Sie wollten es nicht zugeben, daß sie nur einen Schein-Konstitutionalismus retteten, den sie später selber gar sehr zu beklagen hatten.

Aber bevor noch der Wahltag herankam, wurden die Konstitutionellen durch zwei Schläge in's Antlitz verletzt, die sie wohl fühlten, jedoch in der Manier aller Vertrauensseligen verbeißen mußten.

Zunächst wurden einige Tage vor den Wahlen, welche eine ordentliche Gesetzgebung einleiten sollten, zwei wichtige Gesetze wiederum oktroyirt. Das eine war ein Disziplinargesetz gegen nicht richterliche Beamte, das ganz im Geiste der Gesinnungsmache ausfiel, und das zweite ein Disziplinargesetz gegen richterliche Beamte, das noch schärfer als je in die Unabhängigkeit des Richterstandes eingriff, welche die Verfassung verheißen hatte. Angesichts der bereits anberaumten Wahlen waren diese Oktroyirungen „in Abwesenheit der Kammern“ durch nichts motivirt als durch das Bestreben, den Geist der Beamten, die dem Rechtsstandpunkt anhingen, zu zügeln, bevor die Kammern eintreten. Ein anderer Erlaß aber, den man eiligst oktroyirte, ist für den damaligen Zustand noch charakteristischer.

In dem ursprünglichen Gesetz über den Belagerungszustand und die eilige Einsetzung eines Kriegsgerichts in Berlin war die Bestimmung aufgenommen, daß „nach Aufhebung des Belagerungszustandes die Urtheile des Kriegsgerichts den ordentlichen Gerichten übergeben werden sollen, welche alsdann die ordentliche gesetzliche Strafe zu erkennen haben.“ Nun stand die Aufhebung des Belagerungszustandes bevor, da notorisch nicht die Spur von allen „Verschwörungen“ sich auffinden ließ. Das Kriegsgericht in

Berlin, unter dem Vorsitz eines Mannes, der später wegen „Unterschlagung von Mündelgeldern" zu schwerer Strafe verurtheilt werden mußte, hatte faktisch nur unbedeutende Dinge, wie die Tragung einer rothen Schleife, die Betheiligung an einem demokratischen Klub 2c. zur Aburtheilung gebracht. Jetzt war man in der Verlegenheit, diese „Urtheile" den ordentlichen Gerichten zu überweisen. Da wurde denn eiligst das oktroyirte Belagerungszustands-Gesetz umoktroyirt und zwar dahin, daß nicht die „Urtheile", sondern die noch nicht abgeurtheilten Sachen an die Gerichte gebracht werden sollen. Man schämte sich der Kindereien, die man acht Monate lang als Vorwand für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gebrauchte. Die „Verurtheilten" wurden nicht vor die ordentlichen Gerichte gestellt und die noch nicht „abgeurtheilten Sachen" wurden der Vergessenheit anheimgegeben.

Aber Waldeck war noch im Gefängniß. Auf diesen Prozeß spitzte sich das ganze Interesse all der Lügen zusammen, welche die „Enthüller" zusammengetrieben. Die Ueberzeugung, daß diesem Prozeß ein Bubenstück zu Grunde liege, verbitterte die Stimmung des Volkes und machte dasselbe von jeder Betheiligung an den Wahlen abwendig. Der 17. Juli ergab denn auch eine Minoritäts-Wahl. Es hatten 26 Prozent gewählt, während 74 Prozent sich der Wahl enthalten haben. Und die Konstitutionellen? Sie blieben in der gewählten Kammer in der Minorität.

Die Kämpfe um die preußische Verfassung.

Die Rolle der Konstitutionellen in der im Juli 1849 gewählten Kammer war die traurigste und unglückseligste, die jemals einer Vertretung zugemuthet wurde.

Die Kammern waren laut den Verkündigungen vom 5. Dezember 1848 berufen, um die oktroyirte Verfassung zu revi-

diren. Im Volke war man nicht zweifelhaft, was die Regierung mit dieser Revision beabsichtigte. In der oktroyirten Verfassung waren die meisten Artikel dem Entwurf der Kommission der National-Verlammlung entlehnt und zum Theil waren auch die wichtigsten Grundrechte des Volkes ihr einverleibt worden, wie das Reichs-Parlament für ganz Deutschland sie beschlossen hatte. Von kleinlichen bureaukratischen Verkümmerungskünsten abgesehen, wäre die oktroyirte Verfassung auch von der demokratischen Partei als ein willkommenes Grundgesetz des preußischen Staates aufgenommen worden, wenn nicht zwei Hinterthüren dem Schluß dieser Verfassung angehängt gewesen wären, die Alles was sie enthielt, gefährdeten. Die eine war der berüchtigte Oktroyirungs-Artikel, der dem Ministerium das Recht zusprach, „in dringlichem Falle Verordnungen mit Gesetzeskraft ohne Kammern zu erlassen", und die zweite bestand in dem berüchtigten Artikel, welcher die Forterhebung der bestehenden Steuern in verschleierter Gestalt gestattete. In der demokratischen Partei war man denn auch im Anfang des Jahres 1849 der Ueberzeugung, daß man diese Verfassung nicht früher als Staatsgrundgesetz anerkennen dürfe, bevor diese zwei reaktionären Artikel hinausrevidirt sein würden, weshalb man denn auch zuerst die Revision vornehmen und sodann die Anerkennung der Verfassung aussprechen wollte. — Selbstverständlich ging die Reaktion von dem gerade entgegengesetzten Standpunkte aus. Sie zollte den Beschränkungen der Volksvertretung Beifall und wollte die Revision nur benutzen, um die Spuren der Grundrechte des Volkes zu vertilgen. — Die konstitutionelle Partei trat nun im Juli 1849 mit dem Programm auf, den Weg der Vermittelung wandeln und die Revision im Sinne der Freiheit des Volkes und der berechtigten Macht der Regierung vollziehen zu wollen, damit die Verfassung nicht blos vom Volke anerkannt, sondern auch vom Könige beschworen und von den Beamten gewissenhaft erfüllt werde.

Freilich gestand die konstitutionelle Partei, daß ihr Weg der Vermittelung durch die Pforte des oktroyirten Wahlgesetzes

führe, das an sich eine Verfassungs-Verletzung enthielt; allein sie versicherte feierlichst, sie trete nur in diese Pforte ein, um jeden weiteren Schritt auf dieser Bahn zu verhindern und einen verfassungsmäßigen Zustand herzustellen; ihr Augenmerk werde darauf gerichtet sein, in Preußen ein konstitutionelles Regiment zu begründen, das zugleich für Deutschland mustergiltig sein würde, welches nunmehr all seine Hoffnungen auf Preußen setze.

So wurde denn im August 1849 die Revisions-Arbeit begonnen, bei welcher man unter natürlichen Zuständen die oktroyirte Verfassung als Regierungs-Vorlage betrachtet haben würde, für deren Aufrechterhaltung gerade die Konservativen hätten einstehen müssen. Allein in Wirklichkeit stellte es sich sofort heraus, daß die Regierung für ihre eigene Vorlage nicht stimmen wollte, sondern im Gegentheil von der Kammer verlangte, sie möge aus eigner Initiative die Regierung von all den Verheißungen befreien, welche man dem Volke in den Verfassungsartikeln gemacht hatte.

Es geschah wie die Regierung wünschte. Ein Schauspiel schlimmerer Art ist in der politischen Welt schwerlich jemals vorgekommen. Selbst Professor Stahl, der exzellenteste Lobredner dieser Revision, wußte ihr keine größere That nachzurühmen, als daß sie die Krone verschont habe mit der unerfreulichen Aufgabe, die oktroyirte Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit zu verbessern! Die Dienstwilligkeit der Reaktion war so groß, daß die Regierung zuweilen noch mäßigend eingreifen mußte, um den Verfassungsbau nicht ganz zertrümmern zu lassen. Fast kein Artikel der Grundrechte blieb von solchen „Verbesserungen" verschont. Es begann der Prozeß des Parlamentarismus, welchen Herr von Gerlach „die Durchlöcherung der Verfassung" nannte und der dann noch ein halbes Jahrzehnt fortspielte. Die konstitutionelle Partei kämpfte hin und wieder einen würdigen Kampf; aber er endete immer mit der Niederlage, die ihr zu spät beweisen sollte, wie man sich selber aller Kraft beraubt, wenn man sich einbildet, der Freiheit zu dienen, ohne sich auf das Volk selber zu stützen.

In der Kardinalfrage über die Geltung des oktroyirten Drei-Klassen-Wahlgesetzes war es der ehrliche Camphausen, dem das Meisterstück zufiel, eine That zu rechtfertigen, die ein offenkundiger Bruch des Rechtes war. Er wußte hierfür nichts anzuführen als das verfängliche Lob einer „rettenden That", wo man auch ohne Erlaubniß in das brennende Haus des Nachbars eindringt, um ihn aus der Feuersgefahr zu erlösen! — Die oktroyirte Verfassung hatte auch die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung verheißen. Auch dieser Artikel wurde unter Zustimmung der Konstitutionellen fortrevidirt. — Die oktroyirte Verfassung hatte die Freiheit der Presse garantirt und ausdrücklich bestimmt, daß dieselbe weder durch Kautionen noch durch Konzessionen, weder durch Steuern noch durch Entziehung des Postdebits beschränkt werden solle. Die Revision hat all das gestrichen und ließ bloß die eine Verheißung stehen, daß die Zensur nicht wieder eingeführt werden solle. — Der Artikel, welcher die Forterhebung der Steuern in verblümter Weise dekretirte und somit dem Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung schweren Abbruch that, veranlaßte einen freilich harten Kampf in den Reihen der Konstitutionellen. Der Graf Schwerin trat entschieden für das Recht der Steuerbewilligung ein und seine Gesinnungsgenossen sprachen es offen aus, daß mit Versagung dieses Rechtes der Werth der Volksvertretung verschwinde. Allein Professor Stahl hielt eine Rede, worin er darthat, daß der Kampf des Königs mit seinem absoluten Veto gegen eine Kammer, welche das Steuerbewilligungsrecht habe, ein Duell mit einer ungeladenen Pistole gegen eine geladene sei; und die Majorität ließ den vielbesprochenen Artikel in Kraft.

Die einzige Verbesserung, welche die Konstitutionellen durchgesetzt haben, betraf den Oktroyirungs-Artikel. Seine völlige Beseitigung wurde abgelehnt und selbst die Konstitutionellen wagten nicht ihn aus der Welt schaffen zu wollen. Die Verbesserung bestand nur darin, daß ein Passus aufgenommen wurde, wonach eine Oktroyirung nicht einer Verfassungs-Bestimmung widersprechen dürfe. Man

war schon so weit herabgekommen, daß man es als einen Triumph ansehen mußte, wenn man sich nur sicher fühlen durfte vor neuen Einbrüchen in die Verfassung.

Vier Monate gingen in dieser aufreibenden und selbstvernichtenden Arbeit der Kammer hin, bis man im Dezember 1849 meinte am Ende derselben zu sein und endlich die Verkündigung und Beeidigung der Verfassung in Aussicht zu haben. Da aber wandte sich das Blatt wiederum urplötzlich. Die Kammer wurde am 9. Januar 1850 durch eine Königliche „Botschaft" überrascht, welche neue „Verbesserungen" von ihr forderte und worin der sehr deutliche Hinweis enthalten war, daß, wenn diese Verbesserungen versagt würden, der Abschluß und die Beeidigung der Verfassung nicht erfolgen könne!

Die Geburtsstunde der preußischen Verfassung.

Die Hoffnung der Konstitutionellen auf einen geordneten verfassungsmäßigen Zustand erhielt durch die Botschaft des Königs, datirt vom 7. Januar 1850, einen Stoß, der fast die Partei zersprengt und die entschiedeneren Mitglieder zum offenen Bruch mit der Regierung gebracht hätte. Allein die Aussicht, daß man den Kampf gegen die Reaktion mit besserem Erfolg würde führen können, wenn nur erst die Verfassung durch den Eid des Königs und des Beamtenthums unverbrüchlich sein sein wird, bot wiederum den Anhalt zu erneuerter Nachgiebigkeit und erneuerter Selbsttäuschung dar.

Die Botschaft verkündete, daß die Verfassung noch nicht hinlänglich genug verbessert sei, um sie ohne Rückhalt beschwören zu können. Es wurden fünfzehn neue Verbesserungen in Vorschlag gebracht, von welchen einige unwesentlich waren und

nur den Haupt-Forderungen einen harmlosen Anstrich geben sollten. In diesen aber wurde nicht weniger verlangt als die Umkehrung all' der Grundsätze konstitutionellen Charakters, die in der Revision noch stehen geblieben waren.

An Stelle des bereits gründlich verkümmerten Artikels über die „Minister-Verantwortlichkeit", verlangte die Botschaft, daß gesagt werde: „Die Minister sind dem Könige und dem Lande verantwortlich". Da der König ohnehin jederzeit die Minister entlassen kann, so hatte dieser Vorschlag gar keinen andern Sinn als den Ministern in allen Fällen einen Rückhalt zu bieten, sich auf ihre Verantwortlichkeit vor dem Könige zu berufen, wenn sie einen Regierungsakt gegen den Beschluß der Volksvertretung vollführt haben.

In den Grundrechten, welche die Verfassung noch enthielt, war die Gleichheit vor dem Rechte allen Preußen zugesichert; die Botschaft verlangte dagegen eine Erste Kammer aus erblichen ehemaligen Reichs-Unmittelbaren, Fürsten, Grafen &c., und dazu noch lebenslänglich vom Könige ernannten Mitgliedern zu bilden.

Dem in die Verfassung selber aufgenommenen Grundsatz, daß Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen und Sonder-Gerichte nicht geschaffen werden sollten, trat die Botschaft mit dem Verlangen entgegen, einen Staatsgerichtshof ins Leben zu rufen, der über Hochverrath und sonstige politische Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates Recht sprechen solle, weil die ordentlichen Gerichte und die Geschwornen viele Angeklagte freigesprochen haben.

Der Kampf in der zweiten Kammer war ein harter. Unter den Führern der konstitutionellen Partei, welche diese Verkümmerungen der Verfassung bekämpften und entschieden dagegen stimmten, verdienen die Namen Auerswald und Patow, die ehemaligen März-Minister, ehrend genannt zu werden. Aber es war ein vergeblicher Kampf gegenüber den Konservativen, welche die „Durchlöcherung der Verfassung" offenkundig erstrebten und gegenüber den Gutgesinnten, die um jeden Preis und unter der Selbsttäuschung späterer berechtigter Opposition, eine Verfassung beschworen wissen wollten.

Die eine „Verbesserung" der Minister-Verantwortlichkeit wurde freilich entschieden abgelehnt. Diese Umkehr von allen Grundsätzen eines verfassungsmäßigen Zustandes, wonach der König unverantwortlich und deshalb grade das Ministerium verantwortlich vor der Volksvertretung sein muß, war selbst den Halb-Konservativen ein zu greller Bruch mit der Verfassung. Die anderen Anträge wurden zum Theil unverändert, zum Theil modifizirt angenommen.

Die Aussicht auf eine unbedingte Anerkennung und Beeidigung der Verfassung war demnach wiederum mit schweren Opfern an Recht und Freiheit erkauft worden.

Am 31. Januar 1850 wurde denn auch wirklich die Verfassung als „Staatsgrundgesetz" verkündigt. Die Beeidigung der Verfassung durch den König wurde auf den 7. Februar angesetzt. Sie fand im königlichen Schlosse zu Berlin statt. Aber die Rede, mit welcher der König diesen Eid einleitete, ist so charakteristisch für den damaligen und den nachfolgenden Zustand, daß wir sie in den wesentlichen Punkten hier vorführen müssen.

Die Rede des Königs spricht zunächst aus, daß er in diesem feierlichen Moment dastehe, wie „nie vorher und nie mehr in der Zukunft". Er übe nicht die ererbten Rechte seines königlichen Hauses aus, die im absoluten Königthum bestehen, und sei auch nicht gedeckt durch Verantwortlichkeit der Minister, die das Merkmal des konstitutionellen Königthums sind. „Ich stehe da als Ich selbst allein, als Mann von Ehre, der sein Theuerstes, sein Wort, geben will, ein Ja! vollkräftig und bedächtig." —

Ueber die Verfassung selber äußert sich der König dahin, daß sie ein Werk sei „entstanden in einem Jahre, welches die Treue werdender Geschlechter wohl mit Thränen aber vergebens wünschen wird aus unserer Geschichte hinauszuringen. „Es sei ein Werk des Augenblicks und trage den breiten Stempel seines Ursprungs". Die Kammer habe sich den Dank des Landes verdient durch die Verbesserungen dieses Werkes. Aber diese Verbesserungsarbeit habe erst begonnen und müsse fortgesetzt

werden. Der König beschwöre die Verfassung: aber er könne und thue es in der Zuversicht, daß es nunmehr dem vereinten Streben der Regierung und der künftigen Landtage gelingen werde, dieses Werk immer mehr den Lebensbedingungen Preußens entsprechender zu machen."

Hierauf wendet sich die Rede des Königs zur Beurtheilung der Parteien des Landes. Die demokratische Partei wird wiederum als eine bezeichnet, welche „die königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit mache und dieselbe gegen ihren Urheber, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit kehre". Die zweite, die konstitutionelle Partei, wird als eine bezeichnet, welche die Verfassung gleichsam als Ersatz der Vorsehung betrachte und die alte heilige Treue der Geschichte mißachte. Diesen Parteien gegenüber müssen die guten Parteien dem Könige beistehen, ihm das Regieren mit dem Verfassungsgesetz erst möglich zu machen. In diesem Sinne wolle der König die Verfassung beschwören.

Bevor er jedoch dies thue, wiederhole er jetzt nochmals die Gelübde, welche er im Huldigungseide in Königsberg im Jahre 1840 gethan und die Gelöbnisse, welche er am 11. April 1847 bei Eröffnung des vereinigten Landtages ausgesprochen. Es waren dies die Gelöbnisse des absoluten Königthums, die jetzt nochmals bekräftigt wurden. In diesem Sinne versicherte der König, die Verfassung unverbrüchlich zu halten und bekräftigte dies mit einem feierlichen „Ja! Ja! so wahr mir Gott helfe".

Zum Schluß fügte der König den folgenden Spruch hinzu:

„Und nun befehle Ich das bestätigte Gesetz in die Hände des allmächtigen Gottes, dessen Walten in der Geschichte Preußens handgreiflich zu erkennen ist, auf daß er aus diesem Menschenwerk ein Werkzeug des Heils machen wolle für unser theueres Vaterland, nämlich der Geltendmachung Seiner heiligen Rechte und Ordnungen! Also sei es!"

In der demokratischen Partei verkannte man auch nicht einen Augenblick den Geist der Rede, welche den Eid auf die Verfassung einleitete und erklärte. In der konstitutionellen Partei suchte man freilich wiederum Alles mit gutgesinnten

Hoffnungen zu umhüllen. Aber die konservative Partei war offenherziger. Noch an demselben Tage erschien eine Erklärung vom Herrn von Gerlach und Genossen, worin gesagt wurde: Die Verfassung sei beschworen in der Voraussetzung, daß sie nicht so bleiben dürfe wie sie lautet. Es sei fortan die Aufgabe der Partei, aus der Verfassung die Konsequenzen der Revolution und den Götzendienst des Konstitutionalismus hinauszutreiben, damit die Verfassung gehalten werden könne. — Die Kreuzzeitung drückte sich noch deutlicher aus: Sie sagt in einem Leitartikel:

„Verlangt man von uns „eine gewissenhafte Beobachtung der Verfassung", so zwingt uns eben unser Gewissen, die widerchristlichen Grundsätze der Zeit und ständen sie gleich in Preußens „Staatsgrundgesetz", auf Tod und Leben zu bekämpfen, Alles, soweit dies ohne sophistischen Zwang möglich ist, dem Zeitgeist zuwider auszulegen, nach Möglichkeit auf die legale Beseitigung verderblicher revolutionärer Errungenschaften hinzuarbeiten und vor Allem unseres rechtmäßigen Unterthanen-Eides nicht zu vergessen!"

Das waren die Merkzeichen, unter welchen die preußische Verfassung ins Leben trat.

Die Bubenstücke der Reaktion.

Wir haben, um im Zusammenhang zu bleiben, die Entstehungsgeschichte der preußischen Verfassung bis in die ersten Monate des Jahres 1850 verfolgt; nunmehr jedoch müssen wir wiederum den Blick zurückwenden auf die Vorgänge in den letzten Monaten des Jahres 1849, weil in diesen Vieles geschah, was bestimmend und verstimmend auf die Zukunft einwirkte.

Neben dem löblichen Bestreben, einen verfassungsmäßigen

Zustand in Preußen herzustellen, gingen gleichzeitig die zwei Richtungen der Politik fort, welche wir bereits als Gegensätze wunderlicher Art bezeichnet haben. Radowitz kämpfte für die Herstellung eines deutschen Bundesstaates und die Verwirklichung der Drei-Königs-Verfassung einen recht bittern Kampf gegen die schändlichsten Intriguen der hannoverschen Regierung und die versteckteren Winkelzüge der sächsischen Diplomatie. Er hatte hierin scheinbar noch immer den König Friedrich Wilhelm IV. auf seiner Seite und das ließ ihn und seine Gesinnungsgenossen hoffen, daß nicht Alles vergebliche Mühe sein würde. — Seine Gegner am Hofe operirten jedoch besser. Sie suchten das vom Glauben an demokratische Verschwörungen bereits aufgeregte Gemüth des Königs immer tiefer in das Netz der Polizei-Intriguen zu verwickeln. Sie wußten sehr wohl, daß dadurch eine Verbitterung zwischen Volk und Krone erzeugt wird, an der schließlich jeder Hoffnungsplan der Gothaer scheitern muß.

Wir werden die diplomatischen Intriguen, mit welchen Radowitz und die Gothaer zu kämpfen hatten, noch näher vorführen. Sie sind ein außerordentlich lehrreicher Beweis dafür, wie richtig der Grundgedanke des Reichsparlamentes gewesen, daß Deutschlands Einheit nur gegründet werden könne auf der Sympathie des Volkes und unfehlbar zerrüttet wird durch die Politik der Kabinette. — Für jetzt jedoch müssen wir zeigen, wie erfolgreich die Hof-Intriguen waren, welche eine unübersteigliche Mauer des Mißtrauens zwischen König und Volk aufrichteten. Und dies eben wird durch Nichts klarer dargethan als durch einen Blick auf den Prozeß gegen Waldeck und auf die schauerliche Thatsache, daß selbst die offenkundigste Enthüllung eines verruchten Bubenstückes der Reaktion nicht im Stande war den König zu überzeugen, daß er von seiner Umgebung in tiefen Irrthümern über das Streben und Wollen des Volkes erhalten werde.

Wir haben es bereits erwähnt, daß am 15. Mai 1849 der Belagerungszustand in Berlin verschärft und ein Kriegsgericht schleunigst in's Leben gerufen wurde. Diese Maßregel hatte keinen andern Zweck als Tags darauf bei der Verhaftung des

Geheimen Ober-Tribunalsrath Waldeck ungenirt von allen Schranken des ordentlichen Gerichtsverfahrens vorgehen zu können und womöglich diesen mächtigsten Vertreter der Volksfreiheit in der Kammer vor ein Kriegsgericht zu stellen und ihn wegen Hochverraths verurtheilen zu lassen.

Unzweifelhaft setzte man hierbei voraus, daß sich in den Papieren Waldeck's irgend Etwas werde finden lassen, was zur Unterlage einer Anschuldigung dienen könnte. Unter dieser Voraussetzung scheute man sich nicht, vorläufig auf Grund eines gefälschten Schriftstückes einzuschreiten. Hätte man etwas derartiges, wie man hoffte und wünschte, gefunden, so würde man sicherlich das gefälschte Schriftstück beseitigt und der Anschuldigung eine bessere Basis gegeben haben.

Es fand sich nichts von dem, was man suchte. Unter den Papieren Waldecks war nicht die Spur irgend eines strafbaren Verhaltens zu entdecken. Da aber seine Verhaftung eine ungeheure Aufregung im Volke verursachte, so blieb nichts anderes übrig, als den Verhafteten zunächst dem ordentlichen Gerichte zu überweisen und auf Grund des gefälschten Schriftstücks eine Untersuchung gegen ihn einzuleiten.

Mit diesem bubenhaften Schriftstück hatte es aber folgende Bewandtniß.

In der Nationalversammlung von 1848 und in der zweiten Kammer vom Februar 1849 saß auf der äußersten Linken ein jugendlicher Abgeordneter aus der Rheinprovinz Namens D'Ester. Er war talentvoll; aber von fanatisch revolutionärem Charakter. Im Parlament selbst und auch in der Fraktion spielte er keine sonderlich hervorragende Rolle; allein in Klubs und Volksversammlungen machte er sich durch seine entschiedenen Gesinnungen und seine Rednergabe sehr bemerklich. Ob D'Ester wirklich revolutionäre Pläne ersonnen und irgendwie Unternehmungen derart vor hatte, ist nicht erwiesen. Gleichwohl konnte man ihm dergleichen zutrauen und sein Verhalten nach Auflösung der Kammer gab solcher Vermuthung den Anschein der Wahrheit. D'Ester begab sich sofort nach Baden, wo er sich der revolutionären Bewegung anschloß, trat

dann nach der Schweiz über, wo er als Flüchtling weilte. Für die Kreuzzeitung und ihre „Enthüllungs-Fabrik" war er also eine erwünschte Persönlichkeit. Seinem leichtfertigen Wesen konnte man alle möglichen und unmöglichen Pläne gefährlichen Charakters andichten.

Um dieselbe Zeit trieb sich ein junger Bursche Namens Ohm, ein brodloser Ladendiener, in Berlin umher, der Klubs, Versammlungen und öffentliche Lokale fleißig besuchte und sich den Anschein eines begeisterten Demokraten gab, ohne jedoch mit irgend einem Abgeordneten in nähere Berührung zu kommen. Sein Gewerbe bestand in Spionage für den Enthüllungs-Fabrikanten der Kreuzzeitung, Namens Gödsche, dem er Nachrichten aus den von ihm besuchten Kreisen brachte.

Der sogenannte „Zuschauer" der Kreuzzeitung enthielt denn auch in der That manchen Bericht über Gehen und Kommen von demokratischen Abgeordneten in öffentlichen Lokalen, der in entstellender Weise als Material für „Enthüllungen" verbrecherischer Pläne ausgebeutet wurde, aber vorläufig zu nichts weiter führte als zu der Ueberzeugung der demokratischen Partei, daß sie von Spionen beobachtet werde.

Der damalige Polizei-Präsident in Berlin, Herr von Hinckeldey erhielt durch Gödsche Kenntniß von seinem Gehilfen Ohm, dessen Gewerbe er billigte, dessen Mittheilungen indessen lange keinen Anhalt für irgend ein Einschreiten dargeboten haben.

Nunmehr jedoch, wo man den Plan faßte, in Waldeck einen Verschwörer zu entdecken, wurde Ohm veranlaßt, einen Brief D'Esters an sich selbst zu fabriziren. In diesem Briefe theilt D'Ester dem Ohm mit, daß die Revolution zur Herstellung einer sozialdemokratischen Republik im bestem Gange sei, und giebt ihm auch Anweisung, dies Waldeck mitzutheilen. Wer den Brief geschrieben hat, das ist nicht ermittelt worden; die Handschrift war der D'Ester'schen offenbar nachgeahmt. Die Unterschrift „D'Ester" ward ausgestrichen, aber so, daß sie noch lesbar bleiben sollte. Der Schreiber dieses Briefes war offenbar ein ungebildeter Mensch, denn außer einigen Sprachfehlern waren auch einzelne Namen falsch

geschrieben. Gleichwohl war dies ein Dokument, auf Grund dessen man immerhin Waldeck verhaften und seine Papiere durchsuchen konnte; und dies war der rothen Reaktion vorerst genug.

Die Art und Weise jedoch, wie dieser Brief in die Hand der Polizei gespielt wurde, ist so charakteristisch für die damaligen Zustände, daß wir sie hier näher vorführen müssen.

Wie das Bubenstück eingefädelt wurde.

Der gefälschte Brief D'Ester's an den Ladendiener Ohm sollte als eine große „Entdeckung" gelten. Um den erwünschten Effekt hervorzubringen, durfte natürlich Ohm nicht als Spion und Angeber, sondern als „Mitverschworener" erscheinen, weshalb denn dessen schleunige Verhaftung bereits von dem Polizeipräsidenten am 14. Mai angeordnet wurde. Der Wunsch jedoch, die große Entdeckung vor das Kriegsgericht zu bringen, gebot einen Aufschub dieser Verhaftung. So wurde denn am 15. Mai der Belagerungszustand verschärft, das Kriegsgericht eingesetzt und die Verhaftung Ohm's erst am 16. Mai vollzogen.

Bei dieser Gelegenheit fand denn auch zum Schein eine Nachsuchung in der Wohnung Ohm's statt, wobei der gefälschte Brief in der Schlafrocktasche des Verhafteten „entdeckt" wurde. Der vollziehende Polizei-Beamte wußte sehr wohl, was er zu finden habe und führte nunmehr den „Verschwörer" und die „Entdeckung" dem Polizeipräsidenten von Hinckeldey zu, woselbst sich auch Herr Gödsche einfand. Hier jedoch begab sich eine Szene, die im öffentlichen Prozeß nicht in allen Punkten aufgeklärt werden konnte, deren thatsächlicher Erfolg aber fast mit Sicherheit den richtigen Hergang vermuthen läßt.

Im Kriminal-Polizeiwesen kommt es häufig vor, daß man durch erdichtete Angaben einen Anhalt zum Einschreiten findet, aus dem man bei glücklichem Griff auf richtige Spuren kommt. Offenbar hegte Herr von Hinckeldey die Hoffnung, auch hier einen solchen Fall in der Hand zu haben. Der gefälschte Brief sollte nur die Gelegenheit bieten, um bei Waldeck echte Schriftstücke, die den einflußreichen Mann kompromittirten, zu finden. Vorerst also mußte man Ohm und Waldeck als Verschwörungsgenossen behandeln. Dem Scharfblick des Polizei-Präsidenten konnte es aber, wo er den Ohm persönlich vor sich hatte, nicht entgehen, daß es eine Unmöglichkeit sei, diesen dummen Zeugen als Komplicen eines Waldeck vor einen Untersuchungsrichter hinzustellen. Es schien also am rathsamsten, die Person Ohm's schleunigst wieder verschwinden zu lassen und den gefangenen Laffen in einen gefährlichen Flüchtling zu verwandeln.

Dieser Plan wurde bewerkstelligt. Herr von Hinckeldey mußte sich — wie er später in öffentlicher Gerichtsverhandlung angab — „wegen dringlicher Geschäfte einen Augenblick aus dem Amts-Zimmer entfernen". Gödsche und Ohm blieben allein. Da fand Ohm die Thür zu der Privat-Wohnung des Polizei-Präsidenten offen, und nicht minder die Hinterthüren in den Wohnungsräumen, die endlich nach der Straße führten, alle unverschlossen. Er ergriff die Flucht, erlangte seine Freiheit und begab sich unangefochten per Eisenbahn nach Hamburg. — Nunmehr konnte man zur Verhaftung Waldeck's schreiten. Der entflohene Mitverschworene und der Brief D'Esters, das schien Anhalt genug für weitere Entdeckungen.

Die Rechnung erwies sich aber als trügerisch. Die Haussuchung bei Waldeck zeigte nicht die geringste Spur eines Anhaltes für eine Anklage. Es ergab sich also sehr bald, daß ohne Ohm, der den Brief D'Esters beglaubigen sollte, gar nichts anzufangen sei. Darnach mußte Ohm wieder herbeigeschafft werden. Deshalb wurde der Laffe veranlaßt, an Gödsche einen Brief zu schreiben und seinen Zufluchtsort zu verrathen. Gödsche brachte pflichtschuldigst diesen Brief in

die Hände des Herrn von Hinckeldey und ein abgesandter Polizei-Mann entdeckte den Verschwörer in Hamburg und brachte ihn zurück in den Gewahrsam des Untersuchungsrichters. Der entflohene und wieder eingefangene Mitverschworene sollte der Anklage einen haltbaren Hintergrund geben.

In den ruhigern und gesetzlichern Zeiten, die uns jetzt zu Theil geworden sind, erscheinen solche Vorgänge fast wie Fabeln. Aber sie sind leider ein wahres Stück preußischer Geschichte, das man zur Mahnung und Warnung nicht unenthüllt lassen darf. Die Aufregung, welche sie im Jahre 1849 im Volke erzeugten, als die öffentliche Gerichtsverhandlung all das bloßlegte, übersteigt die Grenze jeder Beschreibung und ertödtete im Herzen des Volkes jede Hoffnung auf eine nahe friedliche Gestaltung der Zustände des Vaterlandes.

Und doch ist es nicht das Verhalten der Kriminal-Polizei, die oft zu künstlichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen muß, sondern der ganze weitere Verlauf der Untersuchung, der ein trüberes Licht auf jene Tage wirft. Wie konnte die Fälschung dem prüfenden Auge des Untersuchungsrichters entgehen? Was konnte man nach Wochen und Monaten entdecken, wo man durch ganz Deutschland die Spuren aller Polizei-Angaben vergeblich verfolgte? Wie war es möglich, daß Anklage-Senate dem Bubenstück die Bedeutung eines wirklichen strafbaren Vorganges verleihen konnten? Diese Fragen, die uns heute noch ganz unlösbar scheinen, finden ihre Erklärung nur in dem damaligen fortdauernden und stets sich steigernden Treiben einer Reaktion, die mit aller Macht neue und immer neue Netze der Enthüllungsfabrik spann. Fast sieben volle Monate vergingen in einer stets wachsenden Aufregung des Volkes, das nun und nimmermehr an das erdichtete Verbrechen glaubte und es doch unerklärlich fand, daß man den Unschuldigen so lange im Kerker halten könne. Die Geschäftsspekulation bemächtigte sich dieser Stimmung und in Tausenden von Exemplaren wurden Bilder im Volke verbreitet, in welchen man den hochverehrten Waldeck im Kerker hinter Gittern sah. Die Polizei fahndete nach diesen Bildern in allen Läden der Buchhändler und der Buchbinder, aber sie fanden tausend Hände, die sie verbreiteten. Der Ge-

burtstag Waldecks, am 31. Juli, wurde wie ein Volksfest begangen, die Polizei fand nicht Schutzleute genug, um die in allen öffentlichen Lokalen improvisirte Feier zu stören. Die Nachricht, daß der wackere Direktor der Stadtvoigtei, Herr von Rohr, aus dem Amt entlassen werde, weil er dem unter seinem Schutz stehenden gefangenen Märtyrer einige Erleichterung der Untersuchungshaft gewährt habe, steigerte den Zorn des Volkes zu einer Höhe, wie sie sonst in bösen Zeiten kaum an den Tag tritt. Und auf der andern Seite wühlte die Kreuzzeitung fort und fort in der angesponnenen „Enthüllung". Von Tag zu Tag steigerte sich ihre Lust an der Qual des Volkes. Im „Zuschauer" Hohn und Spott unter frommem Augenverdrehen und in der „Rundschau" ein wahrhafter Cancan von phantastischem Konservatismus waren die Züge der Zeit, welche die Spannung zwischen Krone und Volk immer weiter und weiter zum jähen Riß erweiterten.

Endlich nach fast sieben Monaten der tiefsten Erbitterung kam der Tag des öffentlichen Gerichtes, der das Bubenstück in seiner ganzen Schauerlichkeit enthüllte. Er brachte ein blendendes Licht der Wahrheit, aber — keine Erlösung aus der einmal zur Herrschaft gelangten Verfinsterung.

Der Abschluß des Prozesses gegen Waldeck.

Am 28. November 1849 wurde die Gerichtsverhandlung über den Prozeß Waldeck unter Zuziehung der Geschworenen eröffnet. Bereits einige Tage vorher war die Anklageschrift durch die Zeitungen bekannt geworden und ließ deutlich genug erkennen, daß selbst die Staatsanwaltschaft an die Echtheit des sogenannten Briefes von D'Ester nicht glaube. Daß trotzdem eine Anklage gegen Waldeck erhoben werden konnte, war selbst in den Augen der politischen Gegner des Angeklagten ein trauriges Zeugniß der Zustände in Preußen.

Noch räthselhafter klang Alles, was über den Mitangeklagten Ohm im Publikum verbreitet ward. Die Kreuzzeitung verwickelte sich in den Nachrichten über ihn in die merkwürdigsten Widersprüche, indem sie ihn bald als Mitverschworenen, bald als treuen Patrioten, der die Enthüllung herbeigeführt, hinstellte. Im Volke nahm die Ueberzeugung von der Unschuld Waldeck's freilich den Charakter einer unumstößlichen Gewißheit an; aber den wirklichen Zusammenhang des gegen ihn unternommenen Bubenstücks konnte man doch nicht leicht überschauen.

Der Andrang zu der öffentlichen Verhandlung war ungeheuer stark. Der Platz vor dem Schwurgerichtslokal, der Molkenmarkt, war vom frühen Morgen an mit Menschen überfüllt. Nur einem kleinen Theil derselben gelang es, in dem sehr beschränkten Zuhörer-Raume einen Platz zu finden. Die große Masse des Volkes, umdrängt und geschoben von einer Schutzmannschaft, die die Straße frei halten wollte, mußte sich mit den Mittheilungen begnügen, welche von Mund zu Mund von den Augenzeugen der Gerichtsszenen bis in die fernsten Gruppen der Nebenstraßen verbreitet wurden.

Als die Nachricht in's Publikum gelangte, daß Waldeck, der damals erst 47 Jahre alt war, zwar ungebeugt und in ganzer stattlicher Persönlichkeit in der Schranke der Angeklagten erschienen, aber sein blondes Haar schneeweiß geworden sei, bewältigte Zorn und Schmerz die Gemüther dermaßen, daß fast kein Auge thränenleer blieb. Gleichwohl blieb die Haltung der Volksmassen eine fast feierliche durch alle die Tage des Prozesses, welcher erst am 3. Dezember seinen Abschluß fand. Erst da, als die Nachricht herabkam, daß nicht bloß Waldeck freigesprochen, sondern die ganze Anklage gegen ihn auch vom Staatsanwalt für „ein Bubenstück, ersonnen um einen Mann zu verderben" erklärt wurde, erst da brach der Strom der lange verhaltenen Empfindung laut aus und führte eine Szene des Volksgefühls herbei, deren wir noch weiterhin gedenken müssen.

Der Prozeß selbst, unter dem Vorsitz Taddels, eines würdigen, wahrhaften Richters guten altpreußischen

Schlages geleitet, brachte all die Niederträchtigkeiten zu Tage, welche wir bereits in unserer Darstellung kurz berührt haben. Die Berichte über diesen Prozeß sind stenographisch niedergelegt und verdienen von Jedermann gelesen zu werden, der die traurigen Zeiten näher kennen lernen will, aus welchen wir erst nach bitteren Kämpfen erlöst worden sind. Was aber mehr als der Prozeß selber die trübseligste Epoche des preußischen Staats- und Volkslebens charakterisirt, ist der Umstand, daß auch diese Enthüllung des Bubenstücks der Reaktion nicht die Wirkung hervorbrachte, welche treue Freunde des Vaterlandes zu Anfang hoffneten. Die offenbaren Schandthaten einer Partei, die zu Lug und Trug, zu Fälschung und Meineid ihre Zuflucht nahm, führte nicht zu der Erkenntniß, daß dieser Abweg eine tiefe Zerrüttung des ganzen Rechtsgefühls zur Folge haben müsse. Es wurde im Gegentheil der eingeschlagene Weg immer weiter verfolgt, und durch Gesetze mannigfacher Art zu verhindern gesucht, daß fortan die politischen Prozesse einen gleichen Ausgang wie der gegen Waldeck nehmen.

Der Prozeß gegen Waldeck endete, wie bereits erwähnt, nicht bloß mit einer Freisprechung des Angeklagten von Seiten der Geschworenen, sondern mit einer Vernichtung der Anklage von Seiten der Staatsanwaltschaft, an deren Spitze damals ein gesetzestreuer Mann von hochberühmtem Namen stand. Der Oberstaatsanwalt von Sethe war der Sohn eines treuen echt preußischen Richters, der dereinst in der traurigen Zeit der napoleonischen Herrschaft mit eiserner Ruhe und Festigkeit dem fremden Eroberer die Gesetztreue des preußischen Richterstandes furchtlos entgegenstellte. Sein Sohn erwies sich im Prozeß Waldeck seines Vaters würdig. Aber ein Jahr darauf mußte er von seinem Posten weichen und gefügigern Nachfolgern sein Amt überlassen, nachdem Maßregeln und Gesetze die treue Fortführung des Amtes ihm unmöglich machten. — Auch der Vorsitzende Taddel im Prozeß Waldeck wurde bald darauf von der Leitung der politischen Prozesse durch gefügigere Charaktere verdrängt. Die Veröffentlichung einer Anklageschrift vor Abschluß eines Prozesses wurde verboten! Die Ge-

schwornen wurden bei politischen Prozessen beseitigt. Die ordentlichen Gerichte mußten aufhören in ähnlichen Anklagen Recht zu sprechen und ein Staatsgerichtshof wurde dafür ins Leben gerufen. Selbst die Vertheidigung mußte sich neuen Beschränkungen unterwerfen und der Rechtsanwalt Dorn, der Waldeck zur Seite stand, mußte die Kränkung erleben, daß ein Offizier-Korps darüber berieth, ob er aus der Reihe der Landwehr-Offiziere gestrichen werden solle!

Zugleich mit der Freisprechung Waldecks faßte der Gerichtshof unter Taddel den Beschluß, den elenden Burschen Ohm im Gefängniß zurückzuhalten, um ihn wegen falscher Denunziation zur Verantwortlichkeit zu ziehen. So enthüllt auch das Bubenstück dastand, so sehr mußte dem Freunde des Rechts und der Gesetzestreue daran liegen die geheimen Fäden kennen zu lernen, von welchen das elende Werkzeug der Reaktion geleitet wurde. Aber Monat auf Monat verging, ohne daß dem Beschluß des Gerichts Folge gegeben wurde. Das Recht der Anklage ward zu einem Monopol der Staatsanwaltschaft erklärt, so daß ein Gerichtshof nicht im Stande ist ohne Einschreiten des Staatsanwalts irgend eine strafbare Handlung vor sein Forum zu ziehen. Und die Staatsanwaltschaft fand unbekannte Hindernisse den Prozeß gegen Ohm einzuleiten. Das elende Individuum wurde, man weiß nicht genau wann, aus der Haft entlassen und ist verschollen, ohne daß bisher sein Aufenthalt oder Ende bekannt geworden ist!

Der Prozeß Waldeck ist ein höchst charakteristisches Stück der Leidensgeschichte des preußischen Volks. Wir sind nicht im Stande ihn hier in dieser Skizze der Geschichte näher darzustellen. Wohl aber müssen wir noch in Kürze seine Einwirkung auf das Volk in Betracht ziehen und mindestens auf Eine traurige Thatsache hinweisen, wie man künstlich zu verhindern wußte, daß das Bubenstück der Reaktion dem Könige den Abgrund zeige, in welchen sie das ganze Staatswesen hineinzureißen drohte.

Die Wirkung des Prozesses.

Bei der Enthüllung des Bubenstückes gegen Waldeck bot in der öffentlichen Gerichtsverhandlung die Leitung des Polizei wesens in Berlin ein widerliches Bild dar. Der Polizei-Präsident Herr von Hinkeldey als Zeuge vorgefordert, gerieth durch die Fragen des Vorsitzenden über sein Verhältniß zu Gödsche und Ohm in so peinvolle Verlegenheit, daß er sich zu einem Benehmen hinreißen ließ, dessen „Unschicklichkeit" der Präsident ihm ernstlich verweisen mußte. Er schlug mit der Faust auf den Tisch, behauptete als Polizei-Präsident höheren Weisungen in Ermittlung verbrecherischer Umtriebe folgen zu müssen, welche er nicht öffentlich mitzutheilen brauche. Dergleichen seien Amtsgeheimnisse, in die der Richter nicht einzudringen befugt sei, und am allerwenigsten in öffentlichen Verhandlungen, durch welche die Verschwornen leicht ermitteln könnten, wie weit sich die Fäden ihrer verbrecherischen Pläne bereits in der Hand der Polizei befinden. — Der Vorsitzende des Gerichtshofes rügte mehrere Male diese Haltung des „Zeugen" und entließ ihn mit der Weisung, daß er, Falls es nöthig sein sollte, nochmals würde vorgeladen werden; aber der Polizei-Präsident entgegnete: er werde erscheinen, wenn seine Amtsgeschäfte ihn nicht anderweitig in Anspruch nehmen und trat aus dem Gerichtssaal wie Jemand, der sich seiner Unverantwortlichkeit bewußt ist und nur aus Gnaden sich dazu bewogen findet, dem Richter Rede zu stehen.

Es ist fast unmöglich, den Eindruck wiederzugeben, den dieses Benehmen in allen Kreisen der Gesellschaft machte. War der ganze Prozeß ein schauerlicher Beweis, daß die Wühlerei der Reaktion keine Grenzen kannte und zu Bubenstücken ihre Zuflucht nahm, wie sie in Preußen bis dahin ganz unerhört waren, so stand doch bis dahin mindestens die Autorität des Gerichtes wie ein unantastbares Dogma im Staate Friedrichs des Großen da. Daß ein Polizei-Präsident diese in so

herausfordernder Weise verletzen darf, erschütterte weit mehr die Gemüther treuer Vaterlandsfreunde, als alle Schandthaten und Lügen der bezahlten Agenten.

In den letzten Tagen der Gerichtsverhandlungen verbreitete sich denn auch das Gerücht in Berlin, daß der König im höchsten Grade entrüstet sei über den Polizei-Präsidenten und dessen Beseitigung die unbedingte Folge sowohl seiner Verbindungen mit den Agenten des Bubenstückes, wie seines Benehmens gegenüber dem Präsidenten des Gerichtshofes sein würde.

Es ist nicht ermittelt, ob diesem Gerücht irgend ein thatsächlicher Vorgang zu Grunde gelegen habe. Es liegt die Vermuthung nahe, daß sich Freunde des Vaterlandes gar nicht denken konnten, es würden solche Enthüllungen wie sie sich jetzt dargeboten, ohne Eindruck auf das sonst so tief empfindende Gemüth des Königs bleiben. Sie mögen wohl ihre Wünsche in die Sprache der Hoffnung gekleidet haben und die Hoffnungsvollsten griffen sie gern als Thatsachen auf. Selbst im Volke, das nicht grade hoffnungsselig ist, erhielt sich später noch der Glaube, daß Waldeck zum Könige berufen worden sei, um ihn dadurch über das Ungemach, das ihn betroffen, zu trösten. Allein in der Wirklichkeit gestalteten sich die Dinge durchaus anders, als die idealen Hoffnungen der Wohlgesinnten. Die Kluft, welche die Reaktion künstlich zwischen Krone und Volk geöffnet, wurde durch die Ereignisse nicht geschlossen, sondern mit aller Gewalt erweitert.

Am 3. Dezember 1849, dem Tage wo Waldeck nach fast siebenmonatlicher Haft aus dem Gefängniß entlassen wurde, war die Begeisterung des Volkes für den treuen Vertreter seiner Rechte zu einem jeder Polizei-Gewalt spottenden Sturm herangewachsen. Als Waldeck um 2½ Uhr die Straße, begleitet von seinem Vertheidiger und einigen seiner Freunde betrat, war dem Begeisterungsstrom kaum mehr Einhalt zu gebieten. Nicht bloß der Molkenmarkt und die angrenzenden Straßen, sondern fast der ganze Weg bis zur Dessauer Straße, wo er wohnte, war vom Volke dicht besetzt, das ihn sehen und dem Befreiten zujauchzen wollte. Um ihn diesem Strom zu

entziehen, nahm seine Begleitung zu einem Umweg die Zuflucht. Er bestieg einen Wagen, worin seine Frau und Tochter Platz genommen hatten und gelangte mühsam erst nach längerer Zeit durch das Gedränge bis nach der Kurfürstenbrücke, von wo aus er sich zunächst in die Wohnung eines Freundes in der Dorotheenstraße begeben wollte. Aber hier, im Angesicht des königlichen Schlosses, improvisirte sich die Szene ganz unerwartet zu einem Triumphzug. Man spannte die Pferde aus und Tausende und Abertausende zogen den Befreiten unter Jubelrufen am Schloß vorbei, bis er endlich in dem Hause seines Freundes Gelegenheit fand sich dem Begeisterungsstrom des Volks zu entziehen.

Diesem Triumphzug, den Niemand und am allerwenigsten Waldeck hätte verhindern können, schloß sich am bald hereinbrechenden Abend eine Illumination in vielen Theilen der Stadt und besonders in den volksthümlicheren Stadttheilen an. Selbstverständlich fehlte es auch nicht an Konflikten mit der Schutzmannschaft, die durchaus „Ruhe und Ordnung" herstellen wollte. All das aber wurde schon in den nächsten Tagen als ein „bestellter Tumult" geschildert, der ein Vorspiel zu einem „Aufstand" hätte sein sollen, den die Wachsamkeit der Polizei glücklich durch schnelles Einschreiten zu hindern wußte; und diese Darstellung der Volksstimmung fand Glauben im Kreise des Hofes und war hinreichend, jeden Schimmer von Hoffnung fern zu halten, daß das enthüllte Bubenstück eine richtigere Erkenntniß erwecken und einen Umschwung der herrschenden Tendenzen herbeiführen würde.

So sicher war die rothe Reaktion ihres Sieges auch an diesen Tagen und nach solchen Enthüllungen, daß die Kreuzzeitung mit beispielloser Frechheit nur Hohn ausschüttete über die ganze sittliche Aufregung des Volkes. Sie sang lauten Lobpreis zu Ehren des Herrn Gödsche und seines Talentes, gefährliche Verbrecher auszuspüren. Sie sagte, es gäbe Menschen, die dies nicht verstehen, wie es viele giebt, die zum waidmännischen Beruf keine Neigung und keine Anlage haben. „Aber wer wird, wenn er ein Ehrenmann ist, sich dieses Mangels rühmen, oder sich gegen einen

anderen Ehrenmann überheben, der Muth, Schlauheit und Stärke genug besaß, um die Fährte weiter zu verfolgen, die Bestie zu stellen, zu fassen oder doch sie wirklich deutlich ins Auge zu fassen und dann erst dem Jäger ein Zeichen zu geben".

Mit diesen frivolen Bildern wurde das Jagdtalent der Spione, die unschuldige Menschen verfolgten, mit der Waidmanns-Begabung die Bestien zu fangen versteht, auf gleiche Stufe der Ehrbarkeit gestellt; und diese Frivolität trug den Sieg über alle Bedenken davon.

Ganz und gar sicher scheint man sich freilich nicht in diesem Siege gefühlt zu haben. Ohm war ja noch im Gefängniß und ein neuer Prozeß, der noch viel enthüllen konnte, stand in Aussicht. Auch in der Kammer machte Herr von Vincke eine schwache milde Schwenkung abseits der Debatte und berührte gerade nicht allzuzärtlich die im Prozeß Waldeck bloßgelegte Wunde des Staatslebens. Da trat denn der Rundschauer der Kreuzzeitung mit schweren Waffen auf. Herr v. Gerlach schrieb eine Broschüre über den Prozeß Waldeck, wo er zeigte, daß die äußerst schlechte Leitung des ganzen Prozesses an dem höchst parteiischen Schluß desselben Schuld sei. Bei richtiger Leitung des Gerichtsverfahrens hätten alle Zeugen, die doch nur Gesinnungsgenossen Waldecks gewesen wären, mit auf die Anklagebank gebracht werden müssen. Dann wäre die Staatsanwaltschaft mit reicherem Material versehen gewesen! Die Geschworenen hätte man müssen vor dem Terrorismus der Massen schützen, die ja den Platz vollständig belagert hatten! Und die Richter — nun sie sind eben der schweren Zeit nicht gewachsen, in welcher man lebe. Das Königthum, wenn es gerettet sein wolle aus den Gefahren der Revolution, bedürfe ganz anderer Gerichtshöfe und eines ganz andern Verhaltens als ehedem in den guten Zeiten der vollbewußten Unterthanen-Seligkeit!

Diese Schrift des Rundschauers vollendete was die Kreuzzeitung mit Hilfe der Kamarilla und den Berichten Hinckeldey's über die Tumulte des Volks bei Waldeck's Befreiung, einge-

leitet hatten. Es wird von guter Seite behauptet, daß der König Friedrich Wilhelm IV. in diesen Tagen, wo man im Volke meinte, daß er Waldeck zu sich habe rufen lassen, eigenhändig an Herrn von Manteuffel die Worte geschrieben: „Lieber Otto, ich muß einen Gerichtshof haben, der verurtheilt, wo die anderen freisprechen!“ — Thatsache ist es, daß bald darauf die Botschaft an die Kammern gelangte, einen Staatsgerichtshof für verfassungsmäßig zu erklären.

Das Schwanken Deutschlands.

Während die reaktionären Umtriebe in Preußen zerrüttend auf das Staatsleben, auf das Verfassungswesen, auf die Verwaltungsbehörden und auf die sittliche Gesinnung des Volkes einwirkten, beförderten sie in Deutschland ein Intriguen-Spiel der Kabinette, welches systematisch Schritt auf Schritt allen Plänen von Radowitz und der Gothaer den Boden entzog.

Das Drei-Königs-Bündniß vom 26. Mai 1849 war bereits im Entstehen untergraben. Hannover machte wenig Hehl daraus, wie es nur unter der Bedingung beitrete, daß auch Baiern sich dem Bundesstaat anschließen werde, woran natürlich nicht zu denken war. Sachsen dachte nicht anders, sondern fühlte sich nur momentan und so lange preußische Regimenter das Rettungswerk vollführten, veranlaßt, seine Gesinnungen zu verdecken. So stand denn eigentlich Preußen allein da, nur von den kleinen norddeutschen Kabinetten gestützt, die sich zum Theil redlich, zum Theil durch die Volksstimmung gezwungen, dem Bundesstaats-Projekt angeschlossen hatten. Selbstverständlich kam nun Alles darauf an, daß Preußen selber es ernst mit der Sache meine. Mit wie Wenigen auch das Bündniß zuerst aufgetreten wäre, es würde — gleich dem ehemaligen Zollverein — sein Wachsthum mit der Zeit gefunden haben.

Grade aber worauf es einzig und allein ankam, auf die Festigkeit Preußens, ward es selbst den vertrauensvollsten Gemüthern der Gothaer schwer zu bauen. Daß Radowitz es ernst meine, war zweifellos; aber auch andere in der älteren Schule des Staatsbeamtenthums und der Diplomatie aufgewachsene Männer standen fest ein für den Plan. Wir dürfen zwei dieser Männer hier besonders achtungsvoll nennen, weil sie sich trotz ihrer anerkannten konservativen Gesinnungen nicht wenig wegen ihrer deutschen Politik dem Spott und den Intriguen der rothen Reaktion ausgesetzt sahen. Der Eine, Herr von Bülow, vertrat würdig in öffentlicher Rede die preußisch-deutschen Pläne und der Zweite, der ehemalige vormärzliche Minister Herr von Bodelschwingh, hat mit achtungswerther Energie durch viele Monate den Vorsitz in der Konferenz der Regierungsvertreter geführt und daselbst wacker gegen Hannovers Unverschämtheit und Sachsens Hinterhaltigkeit angekämpft. Der Graf Brandenburg war ein schlichter, grader Charakter und fest entschlossen nicht zurückzuweichen von dem einmal der Nation gegebenen Worte, selbst wenn das Ehrenwort mit dem Schwerte in der Hand eingelöst werden müßte. Und so weit eben die Situation fest schien, war auch Herr von Manteuffel anscheinend eine Stütze derselben. Die offiziösen Korrespondenzen rühmten ihm nach, daß er Hand in Hand mit Gagern und — sogar öffentlich in Berlin Unter den Linden — „Arm in Arm mit Simson gehe;" daß er stark genug sei, der Natter Demokratie und der Schlange Reaktion die Köpfe zu zertreten. In einer Zirkular-Note an die preußischen Regierungen vom 7. Juli 1849 spricht er aus: „Wir Preußen dürfen mit gerechtem Stolz auf eine große Aufgabe hinblicken. Während unser Heer berufen scheint, in den deutschen Gauen die Bollwerke der Schreckensherrschaft niederzuwerfen, ist es uns beschieden, die ersten Schritte zur Verwirklichung eines einheitlichen Deutschland zu thun." Daß er späterhin der Erste sein werde, der nach seiner Devise „der Starke weicht einen Schritt zurück", die letzten Hoffnungen Deutschlands zertrümmern werde, das mindestens konnte man ihm in der Mitte des Jahres 1849 noch nicht anmerken.

Gleichwohl war der Boden der ganzen Politik so untergraben, daß selbst die öffentlichen Debatten in den preußischen Kammern, wo die Regierung vollkommen fest zu sein schien, die schleichende Reaktion nicht verdecken konnten. Sie kam höhnend hinter all den parlamentarischen Diskussionen und Demonstrationen hergezogen. Die Kreuzzeitung hatte die Devise: „Gottes Mühlen mahlen langsam" für ihre in der Stille wühlende Partei ausgegeben. Herr von Gerlach aber, der „Rundschauer", besaß das damals besonders gefährliche Talent, die Tendenzen seiner Partei halb witzelnd halb frömmelnd in Schlagworten an den Tag zu bringen, von welchen man wußte, daß sie dort wirken, von wo schließlich die Entscheidung abhängt. Die langsame Mühle und die schlagenden Witzworte haben leider ihre Kunst nicht verfehlt.

Im August 1849 war es der ehrliche Herr Camphausen, der in der ersten preußischen Kammer die Debatte über die deutsche Frage einleitete. Es galt in die preußische Verfassung einen Artikel aufzunehmen, der da besagte, daß alle Bestimmungen der preußischen Verfassung modifizirt werden sollen durch die für den deutschen Bundesstaat zu Stande kommenden Verfassungs-Artikel. Es ward hiermit das richtige Verhältniß befürwortet, daß die deutsche Bundesstaats-Verfassung eine höhere Autorität haben solle als die Gesetze und Verfassungs-Artikel der Einzelstaaten. Bei dieser Gelegenheit war es, wo Camphausen in würdiger und sehr sachlicher Weise den ganzen Jammer der vormärzlichen Bundeszustände auch vom konservativen Gesichtspunkte aus bloß legte. Er sprach aufrichtige Worte des Muthes aus, die ihre Wirkung auf die in allem Glauben an Preußen tief erschütterten Gemüther des Volkes nicht verfehlten. Es waren Worte, welche darthun sollten, daß man in Preußen entschlossen sei mit der ganzen Kraft des Staates und der Sympathie der Nation einzustehen für die Errichtung des deutschen Bundesstaates; daß man die Intriguen des Auslands hingegen nicht fürchte, welches sich hüten werde die gerechten Ansprüche Deutschlands und Preußens als einen casus belli, einen Kriegsgrund, aufzunehmen. Seine sehr ausführliche Rede vom 17. August, die hauptsächlich darthut, daß

die deutsche Bundesverfassung von 1815 rechtlich aufgehoben und kein Hinderniß gegen den neuen Bundesstaat innerhalb des alten Bundes sei, schließt mit den unter vollstem Beifall aufgenommenen vielsagenden Worten:

„Ich hoffe es bald zu erleben, daß man um die Allianz des jetzt isolirten Preußens wirbt, wie um eine stolze Braut, wenn wir, nicht mehr zwischen zwei Richtungen schwankend, in einer Richtung fest ausharren und wenn Europa weiß, daß man sich mit uns einlassen kann ohne die Besorgniß, daß wir binnen wenigen Monaten einen andern Weg gehen werden, als heute."

Die Herausforderung Camphausens war so ernst, daß die Regierung nicht umhin konnte, ihre Festigkeit im deutschen Programm zu versichern und die Vorlegung aller Aktenstücke in nächster Zeit zu verheißen. — Aber die Furcht vor dem „Schwanken zwischen zwei Richtungen" und der Zweifel, ob man nicht doch binnen weniger Monate „einen ganz anderen Weg gehen werde", ward auch durch die zustimmende Aeußerung des Ministeriums nicht beschwichtigt. Herr von Gerlach nannte dieses Schwanken nur die Umkehr zur richtigen Lage, aus der man sich im Revolutionssturm entfernt hat. Er stellte sein Programm auf, das da lautete: „Bekämpfung der Revolution in Oestreich und in Preußen und sodann Bekämpfung der Revolution in Deutschland durch Oestreich und durch Preußen. Dies Programm paßt freilich nicht zur östreichischen Verfassung und zur preußischen Verfassung; aber diese Verfassungen sind von gestern und werden morgen nicht mehr sein! — Was aber Deutschland angeht, so ist mir der preußische schwarzweiße Pfennig lieber als ein schwarzrothgoldener Thaler."

Der Camphausen'sche Antrag wurde der Anlaß, daß endlich auch Radowitz aus dem bisherigen diplomatischen Hintergrund heraus und mit außerordentlich imposantem Effekt auf die öffentliche Bühne des Parlamentarismus trat. Als er zum Erstenmal eine glänzende Rede über die deutsche Frage gehalten hatte, erkannte man in ihm den Mann, dessen seltene Begabung von großem Einfluß auf den König sein müsse.

— Aber der Zustand war bereits so unterwühlt, und selbst Radowitz war schon so fest in eine von Oestreich gelegte Schlinge verwickelt, daß man eine sichere Hoffnung trotz aller guten Reden nicht fassen konnte.

Die Schlinge war „das Interim", das wir nunmehr näher kennen lernen müssen.

Wie das Interim den Keim des Verderbens ausstreut.

Wir müssen daran erinnern, daß sofort nachdem das Reichsparlament den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland gewählt hatte, der provisorische Reichsverweser, der Erzherzog Johann von Oestreich, seinen Rücktritt vom Amte ankündigte. Obwohl dieses Verhalten sehr loyal damit motivirt wurde, daß das Provisorium aufhören müsse, wenn das Reich ein definitives Oberhaupt erhält, konnte man doch über die wahre Bedeutung dieses Schrittes nicht im Zweifel sein. Es lag in ihm nicht der Wunsch sein Amt dem gewählten Kaiser zu übergeben, sondern im Gegentheil durch Niederlegung des Amtes den offiziellen Uebergang desselben in die Hand des Kaisers zu verhindern.

Indessen hatte man in Berlin nach der Ablehnung der Kaiserkrone keinen Grund den Schritt des Reichsverwesers zu bedauern. Man hatte im Gegentheil erklärt, daß der König von Preußen bereit sei, vorläufig und bis zu den einzuholenden Beschlüssen der Fürsten, das Amt des Reichsvorstandes zu übernehmen. Das gerade aber suchte man in Wien unter allen Umständen zu verhindern, weshalb denn dem Erzherzog Johann die Weisung zuging, sein Amt nicht aufzugeben, sondern im

Besitz der ihm anvertrauten Macht zu bleiben bis er dieselbe dem rechtmäßigen Inhaber überantworten könne.

Der Erzherzog gehorchte natürlich dieser Weisung des wiener Hofes und in Folge dessen erhob sich ein diplomatischer Streit über die Frage, wer denn eigentlich der Vollmachtgeber des Erzherzogs gewesen sei. Er war, wie wir wissen, ohne Zuthun der Kabinette von dem Reichsparlament gewählt; aber der Bundestag war schlau genug, zu erklären, daß er bereits vor dieser Wahl, Namens der deutschen Regierungen, die Zustimmung zu derselben ertheilt habe und ihm deshalb die Zentralgewalt provisorisch übergebe. Dieser prinzipielle Widerspruch wurde im Juli 1848 von der Linken des Reichsparlaments in aller Schärfe zur Sprache gebracht, jedoch von den Mittel-Parteien als unwesentlich durch „Tagesordnung“ beseitigt. Jetzt jedoch erhob sich die Frage zu einer sehr prinzipiellen Bedeutung. Es unterlag keinem Zweifel, daß Oestreich den Bundestag als den Vollmachtgeber betrachte und darauf ausgehe, diese Macht in die Hand des wieder herzustellenden Bundestages zu bringen. Von preußischer Seite wehrte man sich natürlich gegen diese Argumente, weil sie in ihrer Konsequenz die Vernichtung der preußischen Pläne mit sich führen mußten.

In diesem diplomatischen Streite, der den Talenten der kleinen wie der großen Kabinette sehr reiche Gelegenheit darbot, ihre völkerrechtliche Weisheit auszukramen, hielt sich Anfangs Herr von Radowitz auf einem sehr klaren Standpunkt. Derselbe gipfelte in folgender Gedankenreihe. Deutschland hatte bis zum Jahre 1848 einen Bund, dieser Bund hatte eine Verfassung und diese Verfassung besaß ein Organ, den Bundestag. Mit der Revolution des Jahres 1848 habe zwar der deutsche Bund selber nicht aufgehört; aber seine Verfassung sei durch rechtsgiltige Beschlüsse aufgehoben worden und sein Organ, der Bundestag, sei für immer aus der Welt geschieden. Deshalb haben Preußen und seine Verbündeten vom Mai 1849 das Recht, sich unter Anerkennung des Bundes zu einer neuen Verfassung zu vereinigen und gehöre es auch zu den Unmöglichkeiten, irgend welche ein-

mal konstituirte Macht wiederum in die Hand des gar nicht mehr rechtlich existirenden Bundestages zu legen.

Dieser an sich ganz korrekte Standpunkt würde sicherlich auch mit aller Konsequenz festgehalten worden sein, wenn nicht der König unabwendbar darauf gedrungen hätte, eine Verständigung mit Oestreich zu suchen. Wir wissen ja, wie er bereits in dem großen Kampfe über die Zirkular-Note vom 23. Januar 1849 seine Zustimmung ganz unerwartet zu derselben gab; aber entschieden hinzufügte, daß darum die Verbindung mit Oestreich nicht aufgegeben werden solle. In Wien war man wohl unterrichtet von dieser widerspruchsvollen Situation; um nun unter dem Schein eines friedlichen Einvernehmens die Pläne des preußischen Kabinettes faktisch zu untergraben, veranlaßte man das bairische Kabinet einen Plan zu einem Interims-Zustand zu entwerfen, der bis zur definitiven Ordnung der deutschen Verfassung die Möglichkeit darbieten sollte, das ganz haltlos gewordene Amt des Reichsverwesers in sichere Hände zu übergeben.

Laut diesem ursprünglichen Plane sollte der Reichsverweser sein Amt, welches ihm das Parlament übertragen hatte, niederlegen; aber seine Macht, welche ihm von den Regierungen anvertraut wurde, in die Hand einer „Bundeskommission" übergeben, welche aus Vertretern Oestreichs, Preußens und Baierns gebildet wurde. Hiermit — so wurde ausgeführt — solle der künftigen Gestaltung Deutschlands keineswegs vorgegriffen, sondern nur interimistisch ein erträglicher Zustand hergestellt werden, um das Eigenthum des deutschen Bundes nicht ganz verkommen zu lassen. Selbstverständlich war Baiern hier nur dazwischen geschoben, um auf Verlangen Preußens unter dem Schein der Nachgiebigkeit bescheiden zurückzutreten und das „Interim" in der Hand Oestreichs und Preußens zu belassen. So wurde denn auch wirklich solch ein „Interim" zu Stande gebracht, das seinem ganzen Charakter nach den Keim der Zerrüttung in alle bundesstaatlichen Pläne Preußens warf.

Der Kernpunkt dieses zwischen Oestreich und Preußen ab-

geschlossenen Vertrages lautete dahin, daß diese beiden Mächte unter Zustimmung der andern deutschen Regierungen, vorerst bis zum 26. Mai 1850 die Zentralgewalt Deutschlands gemeinschaftlich aus der Hand des Reichsverwesers übernehmen und durch je zwei Kommissare ausüben lassen werden. In dem § 3 dieses Vertrages ward in scheinbar unverfänglicher Manier auf die Bundesakte von 1815 verwiesen, als ob diese noch irgend welche Geltung hätte. Im § 4 aber wurde bestimmt, daß Falls bei Ablauf des Termins die deutsche Verfassungs-Angelegenheit, insbesondere die auf Bildung des engeren Bundesstaates bezüglichen Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gediehen sein sollten, die deutschen Regierungen sich über den Fortbestand der hier getroffenen Uebereinkunft vereinbaren werden.

Es ist klar, daß die Freunde des von Preußen erstrebten Bundesstaates die Falle wohl gesehen haben, die in dieser letzteren Bestimmung des „Interims" gelegt wurde. Niemand konnte zweifeln, daß Oestreich im Verein mit seinen Genossen dafür sorgen würde, die Verwirklichung der Projekte von Radowitz jedenfalls bis über den 26. Mai 1850 hinauszuschieben, damit sodann die deutschen Regierungen wieder zusammentreten, um unter Auflösung des Interims den deutschen Bundestag wieder herzustellen!

Die Gothaer waren entrüstet. Ihre Organe traten mit Energie gegen dieses abgeschlossene Interim auf und sprachen es offen aus, daß es ein Werk der Kamarilla sei, welches das Zustandekommen des Bundesstaates verhindern werde. Daß Radowitz diese Gefahr richtig erkannte, ist nicht minder gewiß. Da er jedoch wegen des entschiedenen Willens des Königs den Abschluß des „Interims" nicht umgehen konnte, so fühlte er sich angetrieben, mit möglichster Energie die schleunigste Errichtung des Bundesstaates zu befördern. Er gab die bis dahin beobachtete Zurückhaltung von parlamentarischer Thätigkeit auf und trat am 25. August 1849 als Regierungs-Kommissar mit einer imponirenden Rede in der zweiten Kammer auf, worin er die möglichst baldige Einberufung des Parlamentes der zum Bundesstaat sich bekennenden Staaten verheißt, die parti-

kularistische Haltung der Gegner mit scharfen Worten charakterisirt, über die Bedeutung des verfänglichen „Interim" mit leichter Wendung hinweggeht und darin nur den Sporn erblickt, den Abschluß des Bundesstaates unter allen Umständen zu beschleunigen, damit der letzte Termin, der 26. Mai 1850 eine fertige Thatsache vorfinde. Zum Schluß hebt er zum Lobe Preußens, das die Regierungen Deutschlands gerettet habe, dessen Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit hervor, mit welcher es sowohl den Dankbaren wie den „Undankbaren" Hilfe geleistet.

Bei diesen Worten verließ der bairische Gesandte die Diplomaten-Loge mit sehr ostensiblem Geräusch. — Gut unterrichtet von allen Hof-Intriguen, wußte er sehr wohl wie bodenlos die Hoffnungen waren, welche Radowitz so eindrucksvoll ausgesprochen. Das „Interim" gab den Grund zur Einberufung des alten Bundestages und die „Dankbarkeit" Baierns für die Rettungen sollte sich zum richtigen Termin deutlich genug erweisen.

Die Verwirrung steigert sich.

Ein traurigeres Bild politischer Verwirrung, welches mit Eintritt Preußens in das sogenannte „Interim" zur Herrschaft gelangte, ist kaum denkbar.

Auf der einen Seite war man bemüht jedenfalls vor dem Termin den das Interim aufstellte, also vor dem 26. Mai 1850, den Bundesstaat des sogenannten „Drei-Königs-Bündnisses" ins Leben zu rufen. Man setzte zu diesem Zweck im Sommer 1849 einen „Verwaltungsrath" dieses Bundes ein, der im Namen der verbündeten Regierungen die Wahlen zum Parlament vorbereiten und mit den anderen Regierungen über den Beitritt zu dem Bunde vom 26. Mai 1849 verhandeln sollte.

An der Spitze dieses „deutschen Verwaltungsrathes" stand der ehemalige vormärzliche Minister Herr von Bodelschwingh, der nunmehr mit Ernst und Würde das wahre Interesse Preußens und des Bündnisses, welches in seinem Namen geschlossen worden war, vertrat. Wer die Protokolle und Aktenstücke dieses Verwaltungsrathes kennt, der muß der Ausdauer und Festigkeit, mit welcher Bodelschwingh den Kampf gegen die unverschämte Niederträchtigkeit Hannovers und die ewige Verschlagenheit Sachsens führte, aufrichtiges Lob zollen. Es hatte die Märzrevolution, welche diesen Minister gestürzt, offenbar einen gewaltigen Einfluß auf den ehemaligen talentvollen Büreaukraten, Polizisten und Absolutisten ausgeübt und ihn zu einem aufrichtigen deutschen Patrioten umgestaltet. Aber das Kehrbild dieses Verwaltungsrathes des „Interim" brachte Alles in Verwirrung. Auf der einen Seite mit Deutschlands Regeneration befaßt, stand auf der andern Seite Preußen im Bunde mit Oestreich da und wühlte gegen seine eigenen Pläne. „Verwaltungsrath" und „Interim" waren thatsächlich, wie die Urwähler-Zeitung sich damals ausdrückte, zwei Gespanne vor und hinter dem Wagen der deutschen Neugestaltung, und Preußen — bot für beide die Kräfte dar.

Der Kampf im Verwaltungsrath entspann sich bereits am 5. Oktober 1849 zu einer ernstlichen Krisis. Die kleinen Staaten Norddeutschlands, und mit ihnen auch Baden, drangen darauf, daß nunmehr ein neues Parlament, der Reichstag, für den Bundesstaat auf Grund der Verträge vom Mai jenes Jahres einberufen werden solle. Hiergegen trat Hannover mit der Erklärung auf, daß die drei Regierungen, Preußen, Hannover und Sachsen, welche im Mai 1849 das Bündniß geschlossen, bereits ursprünglich gar nicht gleichen Sinnes über den Charakter und die Verwirklichung desselben gewesen seien. Preußen wäre wohl entschlossen gewesen, das Bündniß durchzuführen mit denjenigen Staaten, welche ihm beitreten und den andern den Beitritt offen zu halten, dagegen waren Hannover und Sachsen gleich von vorne herein der Ansicht, daß höchstens ohne Oestreich, keineswegs aber ohne Baiern und Würtemberg solch ein

Bündniß verwirklicht werden dürfe. Da nun diese zwei Königreiche vorläufig ihren Beitritt nicht erklärt haben, so seien Hannover und Sachsen auch nicht verpflichtet, das Bündniß zu halten. Die Frechheit Hannovers bestand nun noch besonders darin, daß sein Vertreter auch für Sachsen Erklärungen abgab, obgleich dessen Bevollmächtigter in der Sitzung des Verwaltungsrathes zugegen war und keineswegs von dem Inhalt der Tagesordnung überrascht sein konnte.

Der preußische Vertreter trat dem hannoverschen Diplomaten mit fester Entschiedenheit entgegen und forderte den Sachsen auf, selber das Wort zu nehmen. Dieser that es denn auch mit jener Zweideutigkeit, die das ganze Verhalten Sachsens in jener Zeit charakterisirt. Er ließ die „ursprünglichen Intentionen“ unerörtert, sprach von den fortzusetzenden Bemühungen, die anderen Staaten Deutschlands für das Bündniß zu gewinnen und erklärte den Versuch, schon jetzt ein Parlament zu berufen, für ein unzeitiges Vorgehen, welches Deutschland in zwei Lager trennen würde. Der Frage, ob wirklich der hannoversche Bevollmächtigte berechtigt gewesen sei, auch für Sachsen eine Erklärung abzugeben, wich er geschickt aus und zog eine schriftliche Erklärung aus der Tasche, die er im ganzen Umfange verlas und welche hinlänglich bekundete, wie er wohl vorbereitet gewesen sei, Sachsens Stellung selber zu vertreten. Nach einigen anderweitigen Erklärungen der kleinen Regierungen, worunter Mecklenburg und Kurhessen für die Verweisung der schwebenden Frage an eine Kommission stimmten, nahm jedoch der Hannoveraner nochmals das Wort und bekundete mit einer ostensiblen Offenheit, wie er dennoch berechtigt gewesen, die Uebereinstimmung mit Sachsen auszusprechen. Es ward dadurch ganz zweifellos, daß Sachsen und Hannover hinter dem Rücken Preußens eine Art Separatbündniß schon beim Beginn gegen ihr Bündniß mit Preußen abgeschlossen hatten.

Worauf all dies hinauslief, war sonnenklar. Das heillose „Interim“ dem Preußen zugestimmt und das es mit Oestreich übernommen hatte, enthielt den Passus, daß der Bundesstaat, so zu sagen, innerhalb des alten Bundesrechtes von

1815 gebildet werden solle, daß jedoch, wenn der Bundesstaat nicht fertig dastehe, am 26. Mai 1850 sämmtliche deutsche Regierungen die weitere Ordnung Deutschlands in die Hand nehmen sollen. Darin lag das Prinzip deutlich genug ausgesprochen, daß der alte Bund das bestehende Recht sei und der neue Bundesstaat der Zustimmung aller deutschen Regierungen zu seiner Gründung bedürfe. Hannover und Sachsen waren nun einig, auf formellem Wege die Konstituirung des Bundesstaates so lange zu hintertreiben, bis der 26. Mai 1850 herangekommen sein und, wie sie sehr wohl wußten, Oestreich den Bundestag einberufen würde.

Die Sitzung vom 5. Oktober zog sich im Kampf der Grundprinzipien bis spät in den Abend hinein. Bodelschwingh war tief entrüstet, und wäre auch der Mann gewesen, der Bundesbrüchigkeit mit dem einzig richtigen Mittel entgegenzutreten. Allein er wußte sehr wohl, wie es mit der Kamarilla in diesem Punkt stand und mußte seinem Gefühl Zwang auferlegen.

Die Berathung sollte am 9. Oktober fortgesetzt werden. Tags vorher legte Bodelschwingh den verhängnißvollen Interims-Vertrag dem Verwaltungsrathe vor und wollte wissen, ob die Vertreter der Regierungen hierin Etwas fänden, was dem Bündniß vom 26. Mai entgegen stehe. Er selber spricht sich hierüber verneinend in offenbar gedrückter und zurückhaltender Stimmung aus, während Hannover und Sachsen, dankend für den richtigen Geist des Interims, das Wort nehmen. Von den kleinen Staaten, die sich meist schweigend verhalten, verdient die Erklärung des Großherzogthums Hessen hervorgehoben zu werden, die offenherzig von der „Gefahr" spricht, welche dem Bundesstaat durch das Interim drohe. Diese Gefahr freilich lag auf der Hand; aber man mußte nunmehr die Augen davor verschließen.

Der Konflikt trat denn auch am Tage darauf, am 9. Oktober, offenbar auf. Sachsen machte Ausflüchte. Hannover war entschieden und erklärte peremtorisch:

„daß die Berufung des Reichstages auf keine Weise

stattfinden dürfe, ehe nicht diejenigen Regierungen, welche der Verfassung nicht beigetreten, die Erklärung abgegeben haben, daß sie die in der Einführung der Reichs-Verfassung liegende Erklärung der rücksichtlich ihrer fortbestehenden Bundes-Verfassung genehmigen wollen."

Und der preußische Vertreter — es ist ein trauriges Zeugniß der bereits damals nicht mehr zu verhüllenden Verwirrung — er erklärt: er **wisse nicht wie die preußische Regierung über diese Kardinalfrage denke** und wolle Instruktionen einholen. Er persönlich aber möge sein Urtheil keinen Augenblick zurückhalten, daß eine Regierung, welche solcher Ansicht wie die von Hannover und Sachsen gewesen, nimmermehr hätte das Bündniß vom 26. Mai abschließen dürfen!

Da Bodelschwingh selber nicht im Stande war zu sagen, wie Preußen über diese Lage der Dinge denke, so ist es selbstverständlich, daß alle seine kleinen Verbündeten auch nicht wußten, was sie zu dieser Streitfrage, wo man sich auf Preußen nicht verlassen kann, sagen sollte. Sie sehen die Verwirrung und behalten sich alle ihre Erklärungen vor!

Die Sprengung des Drei-Königs-Bündnisses.

Bodelschwingh drang nun auf eine Entschließung des preußischen Ministeriums. Er erklärte entschieden, den Vorsitz im Verwaltungsrath aufzugeben, wenn ihm nicht durch eine feste Position solche Demüthigungen, wie er sie sich in den letzten Sitzungen von den bundesbrüchigen Kabinetten Hannover und Sachsen gefallen lassen mußte, erspart werden. Schleinitz zog die Achseln: wer konnte wissen, ob der König nicht gerade durch die Erklärungen dieser Bundesgenossen sich veranlaßt sehen könnte, das ganze Projekt des Bundesstaates fallen zu

lassen. Nur Graf Brandenburg fand die Ehre Preußens so tief engagirt in dieser Angelegenheit, daß ein Rückschritt unmöglich sei. So wurde denn ein Ministerrath veranstaltet, bei dem der König anwesend sein wollte, und zu dem auch Radowitz hinzugezogen wurde, um auf die Stimmung des Königs einzuwirken, obwohl sonst die Minister nicht gerade erbaut waren von dem persönlichen Verkehr zwischen dem Monarchen und seinem vertrauten Freunde.

Ueber den Hergang in diesem Konseil sind wir nicht näher unterrichtet. Charakteristisch ist es nur, daß ihn der Staatsanzeiger mit einiger Ostentation und ganz besonders die Betheiligung von Radowitz an demselben verkündete. Das Resultat war momentan günstig. Es wurde beschlossen, die Wahlen zum Reichstage anzuordnen und nöthigenfalls mit den kleinen Bundesgenossen ohne Hannover und Sachsen, die Verfassung des Bundesstaates unter bestimmten Modifikationen in's Leben treten zu lassen. Einige Modifikationen ergaben sich naturgemäß von selber. Ursprünglich sollte das Bündniß vom 26. Mai das „deutsche Reich" ohne Oestreich repräsentiren; als man sah, daß Baiern und Würtemberg nicht beitraten, ließ man das „Reich" fallen und nannte die Neuschöpfung „Bundesstaat"; jetzt wo voraussichtlich bloß Preußen mit den Kleinstaaten verbündet bleiben sollte, ließ man sich den bescheidenen Namen „Union" gefallen, und zwar eine Union, welche „innerhalb des deutschen Bundes" und auf Grund der Vereinbarung der betreffenden deutschen Regierungen sich konstituiren sollte. Einige Abänderungen der Verfassung, dem gegebenen Verhältniß entsprechend, waren daher unvermeidlich.

Die Entschließungen des preußischen Ministeriums gewährten Bodelschwingh eine festere Grundlage für die nächste Sitzung des Verwaltungsrathes. Sie fand am 17. Oktober statt. Das Protokoll dieser Sitzung, von Blömer, — einem bis an sein Lebensende der deutschen Sache und der politischen Freiheit treu ergebenen Manne — verfaßt, darf als das beste Aktenstück aus dieser trübseligen Epoche gerühmt werden. Bodelschwingh deckte die ganze Misere und die Schliche der

bundesbrüchigen Regierungen auf und erklärte fest und bestimmt, daß Preußen seinen Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Volke und der deutschen Nation treu nachkommen wolle und werde. Auch Blömer nahm hier das Wort und beleuchtete die sogenannten „Vorbehalte“ von Hannover und Sachsen mit dem richtigen Lichte. Man war sich dessen bewußt, daß die Katastrophe unvermeidlich sei und nahm kein Blatt vor den Mund, um das Verhalten der Bundesbrüchigen mit dem rechten Namen zu bezeichnen.

Selbstverständlich war der Standpunkt, den Preußen nunmehr annahm, politisch vollauf gerechtfertigt; aber das Bleigewicht, welches es sich selber mit dem „Interim“ angehängt hatte, verschob den Schwerpunkt nach der ganz entgegengesetzten Seite und die Interims-Verehrer verstanden die Situation besser zu benutzen.

An sich war es eine diplomatische Künstelei, den alten deutschen Bund als rechtsbeständig anzunehmen und dennoch die „Union“ gründen zu wollen, als erlaubtes separates Bündniß der einzelnen Regierungen. Die Union wäre auch in ihrer bescheidensten Form das vollste Gegenstück des alten Bundes gewesen, in welchem die Gleichberechtigung aller Verbündeten als Prinzip aufgestellt war und wo das Veto einer einzigen Regierung hinreichen sollte, alle Beschlüsse der anderen ungiltig zu machen. Diese diplomatische Künstelei machte es Hannover und Sachsen sehr leicht, den Widerspruch der Situation bloßzulegen. Die Sitzung am 17. Oktober war daher eine äußerst gespannte. Man wußte auch, daß sie die letzte sein werde, an welcher die Bundesbrüchigen theilnahmen, und bemühte sich gar nicht mit müßigen Versuchen, die Spaltung zu verhüten. Es mußte wohl Jeder fühlen, daß bei solchem Stand der Dinge die Entscheidung auf ganz anderem Gebiete, als dem der bloßen diplomatischen Auseinandersetzungen herbeigeführt werden müßte.

Bodelschwingh erklärte am Schluß seiner sehr ausführlichen Auseinandersetzung, daß Preußen nicht bloß für die baldige Berufung des Reichstages stimme, sondern unverzüglich Anträge stellen werde, die Wahlen vorzubereiten und anzuberaumen.

Die Majorität stimmte ihm bei und unter diesen auch Kurhessen und Mecklenburg-Schwerin, die damals noch von liberalen Regierungen geleitet waren. Die Vertreter von Hannover und Sachsen blieben bei ihrem Votum. Sachsen unter dem verschmitzten Vorgeben, daß die Berufung des Reichstages „voreilig" sei; man solle doch warten, bis Baiern und Würtemberg auch beitreten! Hannover unter der offenen Behauptung, daß ohne Genehmigung sämmtlicher Mitglieder des deutschen Bundes — worunter nicht bloß Oestreich, sondern auch Luxemburg und Dänemark gehörten — eine Neugestaltung oder auch nur ein Unions-Bund nicht stattfinden dürfe.

Am 20. Oktober reichten denn auch die Vertreter von Hannover und Sachsen dem Verwaltungsrath die Erklärung ein, daß sie fortan nicht an den Sitzungen desselben Theil nehmen würden. Den Bundesstaat wolle Hannover auch, aber nicht ohne Oestreich. Sachsen wolle nicht auf den Beitritt Oestreichs bestehen, aber jedenfalls auf den von Baiern und Würtemberg. Baiern sendete an Radowitz neue Entwürfe einer deutschen Verfassung, laut welchen das „Reich" von einem Fürsten-Kollegium unter wechselndem Vorsitz von Oestreich und Preußen und Stellvertretung von Baiern regiert werden solle. Würtemberg gab demokratische Erklärungen ab, von welchen es wußte, daß sie Preußen abweisen würde. Hinter all dem aber lauerte der Plan, die Verwirklichung des von Radowitz und den Gothaern verfolgten Planes hinauszuzögern bis zum Mai 1850, wo das Interim ablief und der definitive Bundestag von Oestreich wieder ins Leben gerufen werden sollte.

Wie aber stand es um dieses Interim?

Zu thun hatte es nichts, aber man sorgte dafür, daß es nicht müßig blieb.

Zunächst wurde seine Existenz allen Regierungen angezeigt, worauf die freudigste Zustimmung zu demselben erfolgte. Bald darauf entließ der Kurfürst von Hessen sein liberales Ministerium und schwenkte nach Oestreich hin. In Mecklenburg-Schwerin aber, wo eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wurde, traten die adligen Ritter auf, den Protest

dagegen einzulegen. Sie erhielten von Charlottenburg aus die Weisung, nicht an den deutschen Verwaltungsrath, sondern bei dem „Interim“, welches sich als „Bundes-Kommission“ konstituirt hatte, ihren Protest geltend zu machen, weil die alte feudale Verfassung Mecklenburgs unter der Garantie des deutschen Bundes stehe. Bodelschwingh sah in diesem Schritt einen Eingriff in das Recht der Union, der ja Mecklenburg beigetreten sei; allein der König Friedrich Wilhelm IV. billigte den Schritt der Feudalen Mecklenburgs, welche ihren Herzog und dessen Regierung bei der „Bundeskommission“ verklagten. In dem Moment, wo man alle Kraft hätte anwenden müssen, um die „Union zu stützen, wurden die Gegner ermuthigt zum Festhalten am alten Bundesrecht.

In der preußischen zweiten Kammer brachte Herr von Beckerath eine Interpellation vor, um Auskunft über den Stand der Union zu erhalten. Herr von Radowitz ertheilte die Antwort, daß Alles im besten Gange sei und die Wahlen zum Reichstage angeordnet werden sollen. Es geschah auch, wie er verkündet und die Wahlen wurden auf den 31. Januar 1850 anberaumt. Die Gothaer waren wieder voll Hoffnung und rühmten Preußens Entschiedenheit. Sie sahen nicht, oder wollten nicht sehen, daß hinterrücks Alles untergraben wird. Schon war man in Wien und München und Charlottenburg darüber einig, daß die Projekte von Radowitz und der Gothaer unhaltbar bleiben würden. In einer Zirkular-Depesche des würtembergischen Ministeriums an die Reichsgesandtschaften wird bereits auf die richtigen Bemerkungen des russischen Gesandten, Herrn von Meyendorf, hingewiesen, daß wenn erst Hannover und Sachsen sich von Preußen lossagen, dieses selber bei Ablauf des im Vertrage vom Mai 1849 anbestimmten Jahres alle Projekte würde fallen lassen. Die Gothaer wurden in dieser Note als eine haltlose Partei bezeichnet, die in ihren ewigen Schwankungen keine feste Stütze bilden würden. Die berliner Staatsmänner würden zur Zeit schon zur richtigen Ueberzeugung kommen, daß sie auf Sand bauen.

In der That hätten sich die Projekte, welche Preußen offiziell vertrat, nur durchführen lassen unter der vollen Sympathie der Völker. Das Jahr 1849 aber endete mit dem vollen Gegentheil dieser Vorbedingung. Das Interim nahm die „Macht“ in die Hände, welche ihm der noch bis dahin fortexistirende Reichsverweser übertrug. Die Gothaer blickten hoffnungsvoll nach Erfurt hin, wo der Reichstag die Neugestaltung Deutschlands anbahnen sollte; die deutschen Kabinette jedoch waren der richtigen Ueberzeugung, daß der Keim der Zerrüttung von Preußen selber in all seine Projekte eingeimpft werde.

Verwirrung im Innern und Gefahrdrohung von außen.

Die Aussicht auf den Zusammentritt eines Unions-Parlaments in Erfurt und die trotz aller Reserven und Vorbehalte doch endlich publizirte und beschworene preußische Verfassung wären wohl geeignet gewesen, die Stimmung des Volkes gegenüber der Regierung günstiger zu gestalten. Es erhob sich auch sofort nach dem Tage der Beeidigung der Verfassung eine ernstliche Agitation in der demokratischen Partei für die Betheiligung an den Wahlen. Aber der Kampf für das Aufgeben der bisherigen Wahlenthaltung, welchen die Urwählerzeitung mit ernster Energie gegen die Nationalzeitung und die Demokratische Zeitung führte, war ein vergeblicher. Allen Einsichtigen wurde es wohl klar, daß die Wahlenthaltung von Seiten der Majorität des Volkes ein Mißstand ist, der den Rechtssinn des Volkes zerrüttet und wenn er lange andauert, zur politischen Gleichgiltigkeit führt; allein die Regierung fuhr dermaßen in Verfolgungen und in Anzettelung politischer Prozesse fort, daß es unmöglich war, den tiefen Unmuth des

Volkes in das ruhige Geleise eines Rechtskampfes überzuleiten. Der Ausgang des Prozesses gegen Waldeck führte nicht den Sturz der verfolgungssüchtigen Reaktion herbei, sondern stärkte diese zu immer neuen Anzettelungen. Die Betheiligung am stuttgarter Parlament wurde zum „Hochverrath" gestempelt, die angeklagten Mitglieder, die meistens die Flucht ergriffen hatten, wurden zum Tode verurtheilt. Als Einzelne, die sich wie Johann Jacoby zum Prozeß einfanden, von den Geschwornen freigesprochen wurden, hatte dies keine andere Folge, als daß man nunmehr für die Beseitigung der Geschwornen in politischen und Preßprozessen agitirte. Als endlich gar im Februar 1850 ein Monstre-Prozeß gegen die „Steuerverweigerer" vom November 1849 in Szene gesetzt wurde und auch dieser trotz aller Hetzereien der Reaktion mit einer Freisprechung fast aller Angeklagten von Seiten der Geschwornen endete, ward das Geschick der Geschwornen-Gerichte besiegelt und die Einsetzung eines „Staatsgerichtshofes" möglichst beschleunigt.

Unter solchen Umständen war es leider allzunatürlich, daß die Demokratie in ihrem tiefen Groll verharrte und den Konstitutionellen und den Gothaern allein das Feld des parlamentarischen Kampfes überließ, um aus dem Zusammenbruch aller Hoffnungen zu retten, was noch zu retten war.

Der Eifer dieser vertrauensvollen Parteien war darum ein sehr lebhafter, weshalb denn auch die Wahlen für das Volkshaus in Erfurt ziemlich günstig ausfielen. Am 12. Februar 1850 trat der Kriegsminister von Strotha mit der Forderung einer Anleihe von 18 Millionen vor die Kammer. Wozu? — Der Kriegsminister sagte: damit Preußen gewaffnet dastehe „gegenüber den Feinden der Ordnung". Die Konstitutionellen und die Gothaer hatten indessen in aller Stille die Zusicherung erhalten, daß die Mobilmachung gegen Oestreich beabsichtigt werde, falls ein Krieg zu Gunsten der Unions-Politik nöthig sein sollte. Es wurde daher aufs schleunigste eine Kommission gewählt, um über den Antrag einen Bericht zu erstatten. Die Entscheidung der Kammer wurde auf den 21. Februar angesetzt, wo zugleich die Wahlen

für das Staatenhaus in Erfurt von Seiten der Kammer vollzogen wurden, und in welchen die Regierung mit offenkundiger Absicht den Gothaern alle möglichen Zugeständnisse machte. Selbstverständlich führte dieses Verhalten der Regierung zu einer ganz unbedingten Bewilligung der Anleihe und zwar — wie Herr von Beckerath versicherte — als „Vertrauensvotum, daß Preußen sein Wort einlösen und das Werk der Neugestaltung Deutschlands im Unions-Projekt kräftig durchführen werde."

Die Abendsitzung, wo dieses Vertrauensvotum thatsächlich ertheilt wurde, war gerade Fastnacht; man konnte es der Kreuzzeitung nicht verdenken, wenn sie darin eine fröhliche Maskerade erblickte. In der That fehlte auch der Aschermittwoch dazu nicht. Die Wahlen zum erfurter Staatenhaus, die in der Kammer so gothaisch freundlich ausfielen, erhielten ihre Ergänzung durch die andere Hälfte der Mitglieder, welche von der Krone ernannt wurden. An ihrer Spitze stand der Professor Stahl, der natürlich mit seinen Genossen die Kehrseite der von der Kammer Gewählten bildete.

Entsprechend dieser Situation war denn auch das zwiespaltige Verhalten der zwei Organe, welche die preußische Politik nach außen repräsentirten. Auf der einen Seite ging der Verwaltungsrath der Union ganz den Weg der Politik Radowitz. Der von der Ritterschaft in Mecklenburg-Schwerin angeregte Verfassungsstreit wurde als eine Frage erklärt, welche einzig und allein vor das Schiedsgericht der Union gehöre, weil Mecklenburg die Unions-Verfassung anerkannt habe. Die preußischen Mitglieder des Interims, der sogenannten „Bundes-Kommission", kümmerten sich jedoch nicht um die Ansichten des Verwaltungsrathes und zogen unter offenkundiger Zustimmung des Königs, den Konflikt in Mecklenburg-Schwerin vor ihr Forum, worüber die Kreuzzeitung ein freudiges Loblied des „wiedererstandenen Rechtsbewußtseins" in Deutschland anstimmte.

All das ermuthigte denn auch die Regierung von Hannover, den Bruch mit Preußen offen anzukündigen. Seit dem 20. Oktober hatte sich Hannover nur von der Betheiligung an den Sitzungen des Verwaltungsraths zurückge-

zogen, welchem Beispiele auch Sachsen folgte. Jetzt jedoch, nachdem die Wahlen zum Reichstag der Union stattfanden, erklärte die hannoversche Regierung ihren vollen Rücktritt von dem Bündniß. Diese Erklärung hatte noch das besonders Charakteristische, daß die offiziellen Zeitungen der hannoverschen Regierung dazu die Erläuterung gaben, wie der gut regierte Staat Hannover „keiner Hilfe gegen die Feinde der Ordnung bedürfe". Das Bündniß vom Mai 1849, welches als Rettung aus den Wirren betrachtet wurde, sei nunmehr, wo es der Rettung nicht bedarf, ein bedeutungsloser Luxus geworden.

In der preußischen Regierung erregte dieses freche Verhalten Hannovers eine tiefe Entrüstung. Der Staatsanzeiger fühlte sich veranlaßt, einen Bericht über die Sitzung des Verwaltungsrathes vom 1. März zu veröffentlichen, worin — mit Ausnahme von Mecklenburg-Strelitz — alle Theilnehmer einstimmig erklärten, daß Hannover wegen Bundesbruchs unter Anklage vor das Bundesgericht zu stellen sei. — In Folge eines Ministerraths, zu welchem wiederum Herr von Radowitz zugezogen wurde, erließ der Minister des Auswärtigen, Herr v. Schleinitz, am 6. März eine Note an den Gesandten in Hannover, worin er den Bundesbruch mit dem richtigen Namen bezeichnete und an den Gesandten die Aufforderung richtete, seinen Posten sofort zu verlassen.

Das Verhalten Hannovers war natürlich nur die Folge des Einverständnisses mit Oestreich und den Kabinetten von München und Stuttgart. Man war nunmehr so weit, ganz offen gegen Preußen aufzutreten. Die östreichischen Noten sprachen freilich immer noch von der Unwahrscheinlichkeit, daß Preußen es wirklich ernst meine mit der Politik Radowitz. Der Scharfblick der östreichischen, von der preußischen Kamarilla gut unterrichteten Diplomatie erklärte all den Ernst der Situation nur für ein Phantasie-Spiel, das in der entscheidenden Stunde doch würde aufgegeben werden. In München bereitete man sich auf eine Rolle vor, wo Baiern die Wonne zu Theil werden sollte, Preußen zu de-

müthigen. In Stuttgart hielt der König am 15. März eine Rede zur Eröffnung der Kammern, welche die Situation so deutlich zeichnet, daß wir die betreffende Stelle hier wörtlich anführen müssen.

„Deutschland — so lautet diese Stelle — „hat seit den Märzereignissen des Jahres 1848 nicht aufgehört der Spielball der Parteisucht und des Ehrgeizes zu sein. Der deutsche Einheitsstaat ist ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder. Alle Wege, welche man nach diesem verkehrten Ziele bereits eingeschlagen hat und noch ferner einschlagen möchte, werden immer nur zum Gegentheil, das heißt: zur Spaltung und Auflösung der Gesammtheit führen. Die wahre Stärke und Eintracht, die wahre Kultur und Freiheit der Nation beruht im letzten Grunde auf der Erhaltung und Pflege der Eigenthümlichkeit und Selbstständigkeit ihrer Hauptstämme. Daß man diese Wahrheit zuerst in Frankfurt und dann in Berlin verkannte, hat die gegenwärtige Spaltung und Verwirrung unserer Zustände allein herbeigeführt. — Die unparteiische Geschichte wird es einst nicht verschweigen, welche Zwecke, welche Leidenschaften das Bündniß vom 26. Mai gestiftet haben. Die Größe und die Einigkeit der Nation habe nichts mit ihm gemein; auf die Volkssympathieen kann es keinen Anspruch machen. Es ist ein künstlicher Sonderbunds-Versuch, auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet und eben deshalb in der Mitte von den drei größten Landmächten ohne Aussicht auf Bestand in den Tagen der Gefahr. Die Durchführung dieses Bündnisses würde nicht zu vollbringen sein, ohne einen offenen Bundesbruch und ohne wissentliche Verletzung jener feierlichen Traktate, worauf unsere Stellung und unsere Unabhängigkeit gegen Europa, sowie das politische Gleichgewicht Europa's überhaupt beruht!" —

So stand es in Deutschland mit den Kabinetten ein Jahr nach den verhängnißvollen Tagen, wo Preußen die Stimme des Volkes mißachtete!

Wie die Zerrüttung immer weiter um sich greift.

Das Unions-Parlament wurde zum 20. März 1850 nach Erfurt einberufen. Aber noch ehe dasselbe zusammentrat, hatte man schon Gelegenheit, die Zerrüttung vorauszusehen, welche sich Preußen selber durch das unselige „Interim" vorbereitet, und die innere Anarchie zu beobachten, die jede entschiedene Haltung unmöglich machen mußte.

Wie bereits erwähnt, war es die mecklenburgische Ritterschaft, welche durch ihren Protest gegen die Bundesverfassung den Streit zwischen dem Verwaltungsrath der Union und der Kommission des Bundes anfachte. Die mecklenburgische Regierung rief zum Schutz der neuen Verfassung die Autorität des deutschen Verwaltungsrathes an, während die mecklenburgische Ritterschaft die Interimsbehörde, die Bundeskommission, anrief, damit sie auf Grund „der Rechte des alten deutschen Bundes" die neue Verfassung Mecklenburgs beseitige und die alten Privilegien des Adels wieder in Kraft setze. Die Vertreter Preußens in beiden mit einander in Streit gerathenen Kollegien bildeten einen Gegensatz, der sehr grell den inneren Zwiespalt in der Politik des berliner Kabinets aufdeckte und den Feinden den Muth gab, den wohlbedachten Plan der Demüthigung Preußens energisch zu betreiben.

In der zweiten Kammer wurde freilich das Ministerium von der konstitutionellen Partei wegen des Verhaltens in der mecklenburger Frage interpellirt. Der Minister von Schleinitz aber machte Ausreden, wie man sie eben zusammenstoppelt, wenn man sichs selbst nicht verhehlen kann, daß man in Zwiespalt und Unklarheit tief verwickelt ist, ohne einen Ausweg zu sehen. Er behauptete, daß die Bundeskommission zwar die Klage der Ritterschaft „angenommen", aber keineswegs damit schon ihre Kompetenz ausgedrückt habe, in der Sache „entscheiden" zu können oder zu wollen! In der ersten Kammer dagegen ließ der vom König für das erfurter Staatenhaus gewählte Professor Stahl eine Rede über diesen Gegenstand los, die sehr un-

zweideutig zeigte, wie dieser Fürsprecher der Reaktion nur nach Erfurt gehe, um daselbst für das Recht des alten Bundestages zu wühlen.

Ein anderes Vorzeichen der kommenden Krisis bot Kurhessen dar, das auserlesen war, in der nächsten Zeit eine verhängnißvolle Rolle zu spielen.

Der Staat Kurhessen war von jeher miserabel regiert. Nach der Juli-Revolution im Jahre 1830 ward zwar der Kurfürst genöthigt, eine anständige Verfassung zu erlassen und zu beschwören; aber sie wurde nicht gehalten und der Bundestag war der unermüdliche Schutzgeist aller kurhessischen verfassungswidrig regierenden Minister. Mit den Märztagen des Jahres 1848 brach natürlich auch der Jammerzustand in Kurhessen zusammen und der Kurfürst sah sich genöthigt, ein volksthümliches und deutschgesinntes Ministerium zu ernennen, welches unausgesetzt bis nahe vor dem Zusammentritt des erfurter Parlaments treu zu Preußen stand. Als jedoch die Zeit kam, wo die Demüthigung Preußens beschlossen wurde, da wendete sich das Blatt in Kurhessen. Am Tage wo Hannover seinen Rücktritt von dem Drei-Königs-Bündniß offiziell anzeigte, fand sich der Kurfürst von Hessen veranlaßt, das bisherige Ministerium Eberhard zu entlassen und dem vormärzlichen Minister Hassenpflug das Regierungsheft wieder zu übergeben, der selbstverständlich im ganzen Lande mit tiefer Entrüstung aufgenommen wurde.

Wer die geographische Lage des ehemaligen Staates Kurhessen betrachtete, dem konnte die Bedeutung eines solchen Schrittes nicht entgehen. Kurhessen bildete damals eine Scheidewand zwischen den älteren Landestheilen Preußens und seinen westlichen Provinzen, Rheinland und Westfalen. Diese Lage machte es zur unbedingten Nothwendigkeit, daß Kurhessen stets zu Preußen in allen Punkten stehe, wo es sich um irgend eine Machtstellung in Deutschland handelte. Der Rücktritt des März-Ministeriums in Kurhessen und die Ernennung Hassenpflugs zum Minister-Präsidenten, dessen östreichische bundestägige Gesinnungen man sehr wohl kannte, war daher im Moment, wo die Krisis stets näher und näher kam, ein sehr un-

trügliches Zeichen der bereits fertig ausgesponnenen Netze der feindlichen Koalition.

Die Beleidigungen, welche sich der König von Würtemberg gegen Preußen erlaubte, waren nur die wohlbedachten weiteren Vorläufer der kommenden Ereignisse. Graf Brandenburg verstand diese Herausforderung und beantwortete sie mit der sofortigen Abberufung des preußischen Gesandten aus Stuttgart. Sachsen mit in dem Einverständniß der Koalition, verhielt sich freilich ganz stille. Die Epoche, wo preußische Garden den Thron in Dresden retteten, lag noch gar zu nahe, um schon jetzt den Dank dafür abzutragen. In Baiern jedoch bereitete man sich auf die große Rolle der Demüthigung Preußens vor, die in Kurhessen vollzogen werden sollte.

Unter solchen Umständen bewirkte auch ein Wechsel des Kriegsministeriums in Preußen eine lebhafte Erregung. Der Zweck der bewilligten Anleihe von 18 Millionen konnte nicht mehr verkannt werden. Der Kriegsminister von Strotha wurde als ein Mann ausgegeben, der wirklich ernstlich gemeint habe, es sei das Geld am Besten verwendet, wenn man die Mobilmachung gegen die Demokratie ins Leben treten lasse. Es verbreiteten sich die Gerüchte, daß für eine Vertheidigung Preußens gegen die Koalition nichts Ernstliches geschehen und deshalb auf Andringen von Radowitz und Brandenburg im Verein mit der deutschen Partei die Entlassung des Kriegsministers und die Ernennung seines Nachfolgers Herrn von Stockhausen stattfinde. Es belebten diese Nachrichten wohl die Hoffnung, daß man ernstlich dabei sei, dem deutschen Volke Wort zu halten und gestützt auf dessen Sympathie mindestens in kleinem Maßstabe einen Punkt der Einheit bilden wolle, an den sich später unter günstigerem Umstand der noch widerstrebende Theil anschließen würde; aber in allen, selbst in den hoffnungsvollsten Gemüthern blieb stets die Befürchtung rege, daß im entscheidenden Moment der feste Entschluß fehlen und die Reaktion dennoch siegen werde, welche in allen möglichen Tonarten das Lied des Rundschauers „von der Buße, die Preußen thun müsse wegen seiner sündhaften deutschen Gelüste“ tagtäglich wiederholte. Gespannt zwischen Hoffnungen und

Zweifeln trat denn am anberaumten Tage das Unions-Parlament in Erfurt zusammen. Es war ein blasses Abbild des wirklichen Parlamentes, das zwei Jahre vorher im Volkssturm einer großen Revolution als der Zentralpunkt der deutschen Nation wie ein plötzliches Meteor aufstrahlte. In der Noth der Zeit und in der Spannung der Zustände traten sich daselbst die Bevollmächtigten der Regierungen und die Vertreter des Volkes in dem Bewußtsein näher, daß es jetzt nicht gilt viel zu parlamentiren, sondern mit der möglichsten Beschleunigung den Moment herbeizuführen, wo Preußen an der Spitze der ihm treu verbliebenen Verbündeten im Stande sein würde noch vor dem verhängnißvollen Termin, dem 1. Mai 1850, eine definitive verfassungsmäßige Union herzustellen.

Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus die Berathungen und die Ergebnisse des erfurter Parlaments betrachtet, so wird man ihm nicht das Lob versagen können, daß es im Ganzen und Großen ein Bild der Einmüthigkeit zwischen der Regierung und der Volksvertretung abgab, wo man endlich bemüht war, den Wünschen und Hoffnungen der deutschen Nation mindestens eine bescheidene Stätte der Erfüllung zu gewähren. Radowitz und Bodelschwingh boten alles Mögliche auf, um die Majorität zur Annahme der Vorlage des Verwaltungsrathes zu bewegen und diese, meist aus Gothaern bestehend, hatten in ihrer Nachgiebigkeit mindestens die Genugthuung, daß die Reaktion unter Stahls Leitung einen kräftigen Widerstand in den Mitgliedern des Verwaltungsrathes fand. Die Unionsverfassung wurde nebst den Zusätzen, welche die Regierungen forderten, in wenig Wochen durchberathen und angenommen. Einige Verbesserungen, welche die Volksvertretung zum Beschluß erhob, fanden bei den Regierungsmännern schließlich auch ihre Zustimmung. Als am 29. April 1850 das Parlament von Seiten des Verwaltungsrathes für geschlossen erklärt wurde, geschah es unter Versicherung, daß die Einmüthigkeit fruchtreich sein würde, und begleitet „von dem aufrichtigen Wunsche, daß das Verfassungswerk in seiner jetzigen Vollendung die Anerkennung finden möge, die es im wahren Interesse aller Theile in Anspruch zu nehmen hat."

Aber noch waren die Schlußworte des Parlaments zu Erfurt nicht verklungen und schon erhob sich der Gegensatz in vollster Rüstung. Das Interim, durch Preußens Zustimmung gegründet, war am Tage darauf, am 1. Mai 1850 abgelaufen, ohne daß das Drei-Königs-Bündniß verwirklicht war.

Nun hatte Oestreich durch den Vertrag über das Interim das Recht, die deutschen Regierungen nach Frankfurt einzuberufen, um einen definitiven Zustand zu schaffen, und somit stand der **alte Bundestag** bereits vor der Thür, als kaum die Unions-Verfassung in's Dasein zu treten versuchte!

Die Einberufung eines Fürsten-Kongresses.

Die Unions-Verfassung, wie sie im erfurter Parlament beschlossen worden ist, war immerhin ein noch mäßig gutes Werk, freilich zugeschnitten für die herabgekommenen Verhältnisse, wie sie im Jahre 1850 walteten. Die Union sollte bestehen aus Preußen und den Kleinstaaten und denjenigen Staaten, welche sich später anschließen würden. Diese unirten Staaten sollten eine Regierung in einem Fürsten-Kollegium haben, an dessen Spitze der König von Preußen als „Vorstand" treten sollte. Die Regierungsgeschäfte sollten nur die gemeinsamen Interessen der Union umfassen und von verantwortlichen Ministern gehandhabt werden, welche der Vorstand unter Zustimmung der Mitfürsten ernennt. Die Gesetzgebung sollte ausgeübt werden durch die gemeinsame Uebereinstimmung des Fürsten-Kollegiums und der zwei Häuser der Union. Das Eine der Häuser sollte das „Staatenhaus" sein, dessen Mitglieder zur Hälfte von den Volksvertretungen, zur Hälfte von den Fürsten der Einzelstaaten gewählt werden, während das zweite Haus, das Volkshaus, aus einem Drei-Klassen-Wahlgesetz hervorgehen sollte, wie es jetzt noch in Preußen gilt. An Grundrechten enthielt die Unions-

Verfassung ein bescheidenes Maß, so ungefähr wie die preußische Verfassung. An Institutionen sollte nunmehr sofort ein Ministerium und ein Unions-Gerichtshof ernannt werden. Sodann wurde bei Schluß des verfassunggebenden Parlamentes die Einberufung eines definitiven gesetzgebenden Parlamentes verheißen, womit denn auch die Epoche der Verwirklichung des Unions-Planes beginnen sollte.

Leider aber schimmerte bereits in die letzten Lichtblicke der gothaischen Hoffnungen in Erfurt das Wetterleuchten der Reaktion hinein. Professor Stahl, der Führer der Reaktion im erfurter Parlament, verkündete in einer mit Schlagwörtern wohlausgestatteten Rede, ganz im Geschmack der preußischen Kamarilla, daß die Grundrechte dieser Unions-Verfassung unannehmbar seien. Wenn es den Gothaern wirklich, wie sie vorgaben, um die Einheit Deutschlands zu thun sei, so mögen sie es doch dadurch beweisen, daß sie auf diese gefährlichen Grundrechte verzichten. Dies allein wäre das richtige Mittel, die Zustimmung der Regierungen für die Verfassung zu erhalten. Daß überhaupt noch eine „Zustimmung" dort nöthig sei, wo die Verfassung ja von den Regierungen selber entworfen und oktroyirt wurde, leuchtete zwar den Gothaern nicht ein, aber die Regierungs-Vertreter, und namentlich Radowitz und Bodelschwingh, auf deren guten Willen man rechnen konnte, zuckten die Achseln und gestanden aufrichtig, daß sie der Zustimmung Preußens zu seinem eigenen Werke nicht sicher seien!

Selbstverständlich höhnte die Kreuzzeitung in Berlin das ganze parlamentarische Spiel in Erfurt und verkündete offen die Nichtigkeit desselben. Ein schlimmes Anzeichen der Zu-Zustände aber war es, daß auch das Regierungsorgan in Berlin, die „Deutsche Reform", düstere Prophezeihungen hören ließ. Rußland, so theilte sie bedeutungsvoll mit, rüste in bedrohlichem Grade und blicke als Freund des deutschen Bundes und als Retter Oestreichs mit Unmuth auf die unglücklichen Verfassungs-Experimente Deutschlands, weshalb denn der Abschluß dieser Experimente eine unbedingte Forderung europäischen Charakters sei.

Der Abschluß war nunmehr erfolgt. Der linke Flügel der Konstitutionellen und der Gothaer forderte energisch die sofortige Verwirklichung des Unions-Planes. Die Regierungen der kleinen Staaten waren bereit, den Wünschen nachzukommen. Aber das alte Uebel, das Schwanken des Königs Friedrich Wilhelm IV. im Moment, wo eine Entscheidung unumgänglich war, stellte wiederum Alles in Frage. Von Erfurt heimgekehrt, fanden die Anhänger der Unions-Politik den Boden unter ihren Füßen wankend, während die Feinde wohl wußten, was sie wollten und in Koalition mit Oestreich bereit waren, den alten Bundestag wieder in's Leben zu rufen.

Da ergriff ein Freund der volksthümlichen Reform, der Herzog von Koburg-Gotha, eine Initiative in dieser Angelegenheit, welche der oft geäußerten Sympathie des Königs entgegen kam und die in besonders hoffnungsvollen Gemüthern einigen Erfolg zu verheißen schien.

Der König hatte wiederholt das Prinzip ausgesprochen, daß die Fürsten Deutschlands berufen und berechtigt und auch des besten Willens seien der deutschen Nation Alles zu gewähren, was sie an Einheit und an Freiheit wünsche. Der Herzog — wir wissen nicht ob auf fremde Anregung oder aus eigener Eingebung — richtete nun bei Abschluß des erfurter Parlamentes die Bitte an den König, einen Kongreß der mit ihm verbündeten Fürsten zu berufen, um mit ihnen in persönlicher Berathung und unter Beistand ihrer verantwortlichen Minister das in Erfurt angenommene Werk zu prüfen und hierüber, wie über die Frage der Beziehung zu den andern deutschen Fürsten, Beschlüsse zu fassen. Das so oft ins Licht gesetzte Programm des Königs: „Freie Völker unter freien Fürsten" solle damit seinen Triumph feiern.

So weit es galt, die Initiative fürstlicher Entschließungen anzuregen, war der Plan wohl angelegt. Der König Friedrich Wilhelm IV. widerstand diesem Zuge nicht, der mit seinen zeitherigen Sympathien so ganz im Einklang war. Er erließ am 1. Mai 1850 eine gleichlautendes persönliches Schreiben

an alle verbündeten Fürsten, worin er dem Vorschlage des Herzogs von Gotha beistimmte und die Verbündeten auf den 8. Mai nach Berlin persönlich einlud, wo sie in Begleitung ihrer „verantwortlichen Minister" erscheinen möchten. In dieser besonders betonten Begleitung erblickten die Gothaer einen Schimmer von Bürgschaft, daß es nunmehr endlich zum Abschluß ihrer so lebhaft gewünschten Ziele kommen werde.

Als Gegenstand der Berathung wurde die erfurter Verfassung aufgestellt, aber nebenbei auch darauf hingewiesen, daß die Fürstenkonferenz ein einmüthiges Verhalten gegenüber den Plänen Oestreichs herbeiführen solle. „Die gemeinsamen Interessen" — heißt es in der Einladung — „die gleiche Gesinnung der lebhaften Theilnahme an dem Geschicke des gemeinsamen Vaterlandes und das unter Uns allen herrschende erfreuliche und herzliche Vertrauen wird eine solche Zusammenkunft zu einem Unser Aller Wünsche entsprechenden Ziele führen; und das deutsche Volk wird in dieser persönlichen Vereinigung der verbündeten Fürsten eine erfreuliche Beruhigung und die sicherste Bürgschaft für Unsern ernstlichen Willen finden, das in einer schweren Zeit gemeinsam begonnene Werk zum Heile der Uns von Gott anvertrauten Länder auf eine Unser würdige Weise auszuführen."

Die verbündeten Fürsten leisteten, mit geringen Ausnahmen, der Einladung Folge; die Hoffnungen der Gothaer belebten sich wieder auf einige Tage. Die Kreuzzeitung freilich wußte besser Bescheid, wie es mit den Aussichten stehe. Was aber das Volk betrifft, so verkündete zwar am Tage der Zusammenkunft der Magistrat von Berlin in der Person seines Bürgermeisters Naunyn, „daß in den Mauern der guten Stadt Berlin durch die Allerdurchlauchtigsten Fürsten **die größte deutsche That** vollendet, das deutsche Vaterland einer Einigung und Umgestaltung entgegengeführt werden wird, wie sie die glorreichste Vergangenheit der deutschen Fürsten und Stämme **herrlicher nie gesehen**;" — aber ein unbefangener Umblick auf die Zustände in Preußen ließ diese glorreichen Aussichten in sehr trübem Lichte erscheinen.

Während nämlich alle gothaischen Diplomaten darüber einig waren, daß der deutsche Bund in seiner alten Verfassung aufgehört habe zu existiren, waren sämmtliche Staatsanwälte der Gerichte sehr eifrig mit der Aufgabe beschäftigt, alle Mitglieder des stuttgarter Parlaments als „Hochverräther" anzuklagen, weil sie den Umsturz der deutschen Bundesverfassung beabsichtigt haben.

Die Fürsten zogen in Berlin ein. Unter ihnen auch der Kurfürst von Hessen in Begleitung seines verantwortlichen Ministers Herrn Hassenpflug. Und diesem Diplomaten war es vorbehalten, die „größte deutsche That" des glorreichen Fürsten-Kongresses in ein höchst jammervolles Bild der Fürsten-Anarchie zu verwandeln.

Von den freien Fürsten bis zu den Kreuzzeitungslehren.

Was in dem vom König Friedrich Wilhelm IV. einberufenen Fürsten-Kongreß vom 8. Mai 1850 „zur persönlichen Besprechung der Fürsten untereinander" verhandelt worden ist, liegt jetzt noch unter dem Siegel der höchsten Kabinetsgeheimnisse verschlossen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob der Nachwelt dereinst in der Veröffentlichung dieses persönlichen Meinungsaustausches ein neues Licht über den damaligen Stand der deutschen Frage aufgehen wird. Es genügen zur Beurtheilung der Situation die veröffentlichten Protokolle der gleichzeitig stattgehabten Berathungen der in Begleitung der verbündeten Fürsten erschienenen „verantwortlichen Minister". Es zeigen diese Protokolle ein Bild der Jämmerlichkeit, das zur Zeit selbst die sanftesten Gemüther der gothaischen Partei bis an den Rand der politischen Verzweiflung trieb, das wir aber

heutigen Tages ruhigern Gemüthes betrachten können, weil wir uns erlöst wissen aus der kläglichen Misere jener Tage.

In den betreffenden Konferenzen war Preußen außer den Ministern durch Radowitz, als Kommissar der Regierung, und Bodelschwingh, als den Vorsitzenden des Verwaltungsrathes der Union, vertreten. Sie erklärten im Namen Preußens, daß dieses die Unions-Verfassung, wie sie in Erfurt abgeschlossen wurde, annehmbar finde und bereit sei zur Durchführung derselben, wenn „alle“ Verbündeten damit einverstanden seien. Was geschehen solle, wenn eine einzelne Regierung abweichender Ansicht sei, das ließ das Programm von „den freien Fürsten“ nur dunkel ahnen.

Wenn die preußischen Vertreter die Hoffnung hegten, daß von den Verbündeten Niemand einen Einspruch gegen die Union erheben werde, so belehrte sie Hassenpflug, der Vertreter Kurhessens, sofort eines Bessern.

Zunächst trat er mit der Bemerkung auf, daß sein konstitutionelles Gewissen ihm jede Aeußerung verbiete, so lange an dieser Konferenz Männer Theil nähmen, die nicht hierher gehören. Die Fürsten seien eingeladen in Begleitung von „verantwortlichen Ministern“. Er sehe aber hier Mitglieder, die dieser konstitutionellen Vorbedingung nicht entsprächen. In der That waren Radowitz und Bodelschwingh nicht verantwortliche Minister. Ihr Einfluß auf die preußische Politik war der Kreuzzeitungspartei ein Dorn im Auge, und Hassenpflug brachte hiermit in der Konferenz nur offiziell zur Sprache, wogegen die Kreuzzeitung bereits lange Zeit wühlte. Die Frechheit, mit welcher Hassenpflug vorweg die Konferenzen für nichtig erklärte, so lange den eigentlichen Fürsprechern der Union ein Sitz in derselben zugestanden werde, empörte selbst das ruhige Gemüth des gradsinnigen Grafen Brandenburg. Man sah, worauf dies hinauslief, und wußte, daß dies die Einleitung sei, um durch die unglückselige Phantasie, eine Union nur unter freier Zustimmung aller Mitglieder zu schaffen, die ganze Konferenz zu vernichten. Zwei Konferenz-Tage wurden mit dieser Wühlerei des für Minister-Verantwortlichkeit schwärmenden Hassenpflug verbracht, wobei manch ge-

sundes Wort von Seiten der Vertreter einzelner Kleinstaaten fiel. Endlich, am dritten Tage, erklärte Hassenpflug seinen Protest dahingestellt lassen zu wollen und gab sein Votum gegen die Ausführung der Unions-Verfassung ab.

Dieses Votum im Namen des „freien Kurfürsten von Hessen" setzte denn auch die ganze Konferenz aufs Trockne. Von einer Durchführung der Verfassung konnte nun nicht mehr die Rede sein. Man mußte auf weitere Verhandlungen verweisen und sich mit einem „Provisorium der Union" zufrieden geben. Nunmehr brachte Preußen die weitere Frage zur Sprache, ob man sich einige gegenüber dem von Oestreich einberufenen Bundestag, und Preußen die Führung hierin überlassen wolle. Hierbei wollte man die von Oestreich veranstalteten Berathungen nur als freie Konferenzen der gegnerischen Regierungen betrachten, für welche die Schranken der alten Bundesverfassung nicht geltend seien. In der Diskussion hierüber entwickelten die Vertreter Preußens ihren Standpunkt dahin, daß der deutsche Bund selber unantastbar bleiben solle, dessen Verfassung aber ungiltig und dessen Organ, der Bundestag, für immer aufgelöst sei. Die Union aber solle als Bündniß im Bunde existiren und die verbündeten Regierungen unter Preußens Leitung sollen mit den anderen deutschen Regierungen eine für ganz Deutschland geltende Verfassung definitiv herstellen.

Keinen denkenden Kopf kann es Wunder nehmen, daß auch hieraus so wenig ein praktisches Ergebniß folgen konnte, so wenig man im Stande ist aus einem in der Luft schwebenden Punkt ein Fundament für einen festen Bau zu machen. So lange die Union ein „Provisorium" bleiben sollte, so lange mußte der Wunsch, durch dieselbe ein Definitivum zu schaffen, eine schöne Phantasie bleiben.

Die Konferenzen gingen resultatlos zu Ende. „Die größte deutsche That, wie sie die deutschen Fürsten und Stämme herrlicher nie gesehen", wurde zum Gespött der unter unausgesetzten Verfolgungen leidenden Demokratie und zum Gegenstand eines wühlerischen Hohns der Kreuzzeitung. Aber Schlimmeres noch war im Anzuge. Es war wirklich

so wie die Zeitungen bereits früher berichtet hatten. Das russische Kabinet, gehoben durch seine in Ungarn vollzogene Rettung, fühlte sich berufen, in der deutschen Frage ein entscheidendes Wort drein sprechen zu wollen. Der Prinz von Preußen, der Unionspolitik freundlich gesinnt, sah sich veranlaßt zu einer Reise nach Warschau, um den Kaiser Nikolaus günstig für Preußen zu stimmen. Die offiziellen Zeitungen verkündeten auch, daß diese Initiative den gewünschten Erfolg erzielt und durch Vermittlung Rußlands die Haltung Oestreichs und seiner Genossen eine freundliche Wendung genommen habe.

Während die folgenden Monate ein innerer Kampf zwischen dem linken Flügel der Gothaer und den Organen der Offiziellen ausfüllte, nahm die Kreuzzeitung eine Haltung an, die genugsam zeigte, wie es am Hofe selber mit der deutschen Politik stand.

In der Kamarilla erzeugte der persönliche Einfluß, welchen Bunsen von London aus und Radowitz in Berlin noch immer auf den König ausübten, eine tiefe Verstimmung. Dem mußte eine Ende gemacht werden. Hierzu bot der Keim der Zerwürfnisse, welchen Hassenpflug geschickt genug ausgestreut hatte, die schönste Veranlassung. Unter dem Vorwand, daß man Rußland versöhnen und sich in England im etwaigen Kampf gegen Oestreich eine Stütze schaffen wolle, wurde zunächst die schleswig-holsteinische Frage zur Ruhe verwiesen. Es wurde ein Akt unter dem Titel „das londoner Protokoll" nicht gerade mit offizieller aber doch mit schweigender Zulassung Preußens abgeschlossen, wonach die Schleswig-Holsteiner in ihrem Kampf gegen Dänemark ihrem eigenen Schicksal überlassen blieben. Hiermit verdrängte man den Einfluß Bunsens, der Preußen in London vertrat und den König fortdauernd vor den Schlingen der Reaktion gewarnt hatte. Nunmehr aber wurde ein konstitutionelles Manöver in Szene gesetzt, um unter dem Vorwand, daß die deutsche Politik unmöglich von Radowitz weiter geführt werden könne, weil er kein verantwortlicher Minister sei, auch dessen Einfluß auf den König zu beseitigen.

Die Aufregung in Deutschland griff jetzt in allen und

auch in den konservativen Kreisen um sich. Die offiziösen Zeitungen verkündeten, daß wichtige Minister-Konferenzen stattfinden, in welchen Manteuffel für die Unions-Politik fest dastehe und ihre Durchführung fordere, während alle Schuld der Hinzögerungen und der ewigen thatenlosen Provisorien auf die Unentschlossenheit des „unverantwortlich" waltenden Radowitz falle. Die Kreuzzeitung stimmte in dies Lied mit ein und nannte Radowitz den „bösen Dämon Preußens", der hinter den Coulissen heimlich wirke und die Saat des Verderbens ausgestreut habe, die jetzt als bittere Frucht aufgehe. — Der Rundschauer der Kreuzzeitung aber, offenherziger als all' die Schleicher unter konstitutioneller Schablone, ließ offen seine Stimme für die Rückkehr Preußens zum Bundestage vernehmen und schloß seine Betrachtungen über die in Deutschland herrschende Aufregung, welche einen Bürgerkrieg wachrufen könnte, mit einer Glorifizirung dieser Situation, welche den Bürgerkrieg als erfreuliche Erscheinung der wiederkehrenden Gesundheit pries.

Es verdienen die fanatischen Aeußerungen des Rundschauers aus jener Zeit als Zeugniß der Gesinnungen, welche die Kamarilla beherrschten, der historischen Skizze einverleibt zu werden.

Die Lehre der Kreuzzeitung vom Bürgerkrieg lautet in der Rundschau vom September 1850 wie folgt:

„Der Bürgerkrieg ist die wahre Form, in welcher die Reaktion der gesunden Glieder der Nation gegen die gewaltsamen Angriffe brandiger oder fiebernder Glieder sich äußert. Er ist ein Symptom, daß noch unangefressene Kräfte vorhanden sind, von denen die Heilung ausgehen kann. Er ist eine schöne Probe wahrhafter Treue und Vaterlandsliebe und ein Schau- und Kampfplatz für die edelsten politischen und militärischen Tugenden."

Sollte die Rückkehr zum Bundestag wirklich einen Bürgerkrieg entzünden, so würde er nach der Kreuzzeitung durch das vergossene Bürgerblut nur eine höhere Weihe erhalten!

Der Konflikt auf seiner Höhe.

Die Sehnsucht des Rundschauers nach einem erfrischenden Bürgerkrieg sollte sich schnell erfüllen. Sein Gesinnungs-Genosse Hassenpflug führte praktisch aus, was längst geplant war und in der Theorie der phantastischen Rundschau nur dunkel hervorschimmerte.

Die Frechheit, mit welcher Hassenpflug in Berlin auftrat, steigerte die Entrüstung in der kurhessischen Ständeversammlung gegen ihn, den man als einen Verächter von Gesetz und Recht längst haßte. Zu alldem kam noch hinzu, daß Hassenpflug in Greifswald, wo er früher als Gerichtspräsident existirte, der Unterschlagung von Staatsgeldern angeklagt und in erster Instanz auch verurtheilt war, wobei es sich ergab, daß er sich notorisch Fälschung von Quittungen hatte zu Schulden kommen lassen. Die Stände in Kassel verweigerten ihm die Bewilligung der direkten Steuern, worauf von Seiten des Kurfürsten die Auflösung der Ständekammer erfolgte.

Nach der in Kurhessen in Geltung gewesenen Verfassung vom Jahre 1831 trat im Falle der Auflösung wie der Vertagung der Kammer ein ständischer Ausschuß in Wirksamkeit, der alle konstitutionellen Rechte der Volksvertretung zu wahren hatte und ohne dessen Zustimmung die Regierung keine Gesetze oder Verordnungen erlassen durfte. Die Verfassung war denn auch nicht bloß von dem Kurfürsten und allen Beamten, sondern auch von allen Offizieren des Heeres beschworen, so daß ein Umsturz derselben ein Akt der gefährlichsten Gewaltthätigkeit war. Hassenpflug indessen wußte was er wollte und nach dem Plan der gegen die Union verbündeten Regierungen sollte. Er erließ eine Verordnung ohne Zustimmung des Ausschusses zur Einziehung der Steuern. Als der Ausschuß hiergegen Protest einlegte und die Gerichte des Landes zum Schutz der Verfassung aufrief, dekretirte er den Belagerungszustand in Kurhessen. Als hierauf, wie vorauszusehen war, mehrere angesehene Offiziere ihm wegen ihres geleisteten

Eides den Gehorsam versagten und die Obergerichte sein Dekret für null und nichtig erklärten, begab sich der Kurfürst sammt seinen Getreuen hinweg aus seiner Residenz und rief den Schutz des Bundestages an, der sich auf Oestreichs Aufforderung und beschickt von Oestreich, Baiern, Würtemberg, Hannover, Sachsen, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Luxemburg und Dänemark für Holstein-Lauenburg in Frankfurt am Main inzwischen konstituirt hatte.

Mit diesem Streich Hassenpflugs wurde der bis zum September hin und her schwebende leere Diplomaten-Streit zwischen Union und Bundestag zu einer praktischen Machtfrage erhoben. Es galt nicht blos einem Staatsstreich gegen die kurhessische Bevölkerung, die sich durchaus keiner rebellischen Handlung schuldig gemacht hatte, sondern einer Herausforderung Preußens, das die Kompetenz des Bundestages nicht anerkennen wollte und ein Einschreiten seiner Gegner in Kurhessen nicht zulassen durfte. Die gewissenlose Regierung des Kurfürsten von Hessen gab es zu, daß das Recht und das Wohl der Bevölkerung zum Spielball eines Koalitionsstreites gemacht wurde, durch den Preußen gedemüthigt werden sollte, wegen der Hoffnungen, die Deutschland noch immer trotz aller trüben Erfahrungen auf diesen dereinstigen Kernpunkt der nationalen Einheit nicht aufgeben mochte.

Wir stehen hier vor einem neuen Punkt der preußisch-deutschen Geschichte, den kein Freund des Vaterlandes durch viele Jahre berühren konnte, ohne einen krampfhaften Schmerz zu empfinden, der das Wort im Munde erstickt. Selbst jetzt, wo die Weltgeschichte ihr Richter- und Rächer-Amt ausgeübt und Genugthuung gewährt hat für all die Frevel jener bösen Tage, kann man sich schwer der Schamröthe erwehren über all die Erniedrigungen, die damals Schlag auf Schlag folgten. Wir begnügen uns mit einer leichten Skizze all der traurigen Erlebnisse, die bitterer waren, als irgend ein Sturz des Staates durch Feindesmacht. Die uns zugedachte Demüthigung wurde durch die Selbsterniedrigung verzehnfacht.

In den ersten Tagen des September 1850, als die Nachricht von dem provozirenden Staatsstreich Kurhessens in

Preußen bekannt wurde, regte sich ein Gefühl tiefer Erbitterung in allen Parteien des Landes. Die Regierungspresse verkündete einen entschiedenen Widerstand gegen die Koalition. Im Volke verbreitete sich die Nachricht, daß der König tief entrüstet sei über die Herausforderung in Kurhessen. Selbst die Kreuzzeitung mit ihrer Sehnsucht nach einem „erfrischenden Bürgerkrieg" trat leiser auf und erinnerte nur bescheiden, daß die Koalition ja in Kurhessen nichts anderes thue als was Preußen auch gethan haben würde, daß die Berufung auf die Bundesakte keine Beleidigung Preußens sei, da doch die Hilfe, welche es Sachsen in Bewältigung der Revolution leistete, gleichfalls auf Grund der Paragraphen 25 und 26 der wiener Schlußakte erfolgt sei. Wer denke denn wohl daran, sagte sie, daß preußische Garden sich an die Seite Bayerhofers — des Führers der Opposition in Kurhessen — und gegen den Kurfürsten von Gottes Gnaden stellen würden! Wenn die Koalition zur Rettung des Kurfürsten und der Autorität seiner Regierung herbeieile, so sei ja Preußen nicht ausgeschlossen von dem guten Werk der Hilfe, sondern eingeladen zur Mitbetheiligung an derselben! Darin liege keine Herausforderung, sondern ein Anruf auf hergebrachte Freundschaft und Bundesgenossenschaft. Wenn die östreichische Presse so frech sei, Preußen mit Hohn zu überschütten, so sei das blos eine Ungezogenheit, in welcher sie in den unpassenden Ton verfalle, der in der preußischen Presse an den Tag trete.

Die Nachrichten aus Kurhessen und Frankfurt nahmen von nun ab einen immer unverhüllteren Charakter der feindseligsten Absichten an. Es war zweifellos, daß die Koalition im Namen des deutschen Bundes einschreiten wolle, angeblich, weil der Kurfürst nicht im Stande sei, die Rebellion durch eigne Macht zu unterdrücken. Was diese Herausforderung noch besonders schärfte, war die Gewißheit, daß die Rolle des Retters in Kurhessen der Regierung von Baiern zugewiesen werden sollte, die mit wahrer Lust nach dem Ruhm dürstete, die Nichtigkeit all' der preußischen Projekte thatsächlich vor den Augen Europa's darzuthun. Ein Gefühl tiefster Empörung griff daher in allen Kreisen um sich. Man konnte sich nicht die Möglichkeit denken,

daß Preußen schweigend den Hohn seiner Gegner hinnehmen würde. Selbst von den konservativsten Parteien wurde eine neue entscheidende That dringend gefordert.

Da die ministeriellen Organe fortdauernd stattfindende Minister-Konferenzen unter dem Vorsitz des Königs verkündeten, so sah man mit gespanntester Erwartung irgend einem faßbaren Resultat derselben entgegen. Was indessen die nächsten Wochen brachten, war so zweifelhafter Natur, daß es die Grundlage für die widersprechendsten Gerüchte bildete.

Schon seit langer Zeit hatte die Kreuzzeitung gegen die Rolle des hinter den Coulissen agitirenden Radowitz geeifert und ganz im Geiste der Hassenpflug'schen Invektiven die Forderung aufgestellt, daß dieser heimliche Agitator für die Union entweder entlassen werden oder offen heraustreten solle in der Rolle eines auswärtigen Ministers, der unter voller Verantwortlichkeit nunmehr die Leitung der Geschäfte übernehme. Dieser an sich nicht unbegründeten Forderung wurde denn auch jetzt Folge geleistet. Der Staatsanzeiger vom 26. September brachte wirklich die Nachricht, daß der bisherige Minister des Auswärtigen, von Schleinitz, den Abschied erhalten und Radowitz dessen Amt übernommen habe. Allein ein klarer Einblick in die Haltung Preußens wurde auch in diesem Personenwechsel nicht gewonnen. Die Kunst der Hinzögerungen wurde noch weiter betrieben, während indessen die Koalition sich militärisch verstärkte und Baiern sehr rührig war, sich zu der großen Rolle, die ihm zugewiesen wurde, vorzubereiten.

Endlich nach mehreren Wochen tiefster Verstimmung vernahm man die Kunde, daß nicht in Deutschland und nicht durch das Schwert, sondern in Warschau und durch den Richterspruch des dort befindlichen Kaisers von Rußland die Entscheidung herbeigeführt werden solle. Wirklich begab sich der östreichische Kaiser auf der Reise dahin, während von Seiten Preußens Graf Brandenburg die Mission übernahm, Ausgleichungs-Vorschläge nach Warschau zu überbringen, um auf Grund derselben den drohenden Konflikt durch den Spruch des fremden Potentaten beseitigt zu sehen.

Diese Vorschläge waren so trauriger Natur, daß selbst die Kreuzzeitung damit zufrieden war. Sie rief aus: „Wir können Gott danken, daß dieses erhabne Schiedsrichteramt vor allem dem Kaiser Nikolaus, dem bewährtesten Freunde Preußens wie Oestreichs zugefallen ist.“ Laut diesen Vorschlägen war Preußen bereit die Union fallen zu lassen, und die Berathungen der östreichischen Koalition in Frankfurt als „freie Konferenzen“ zu betrachten, an welchen es unter Umständen selber Theil nehmen wolle. Dafür sollte Preußen das Zugeständniß gemacht werden, die Etappenstraße durch Kurhessen besetzen zu dürfen und den Einmarsch bairischer Truppen so lange hinausgeschoben zu sehen, bis die freien Konferenzen hierüber eine Vereinbarung zu Wege gebracht haben würden.

Der Kaiser Nikolaus jedoch benahm sich wie ein Befehlshaber Europa's und ein von Gott bestimmter Retter aller in Revolutionsfieber verfallenen Staaten. Die demüthigenden Vorschläge, welche der Graf Brandenburg überbrachte, mißfielen ihm ganz entschieden. Er fuhr den gradsinnigen Ueberbringer in so brutaler Weise an, daß dieser in tiefster Seele sich verwundet und die Ehre Preußens erniedrigt fühlte durch seine unglückselige Mission. Die Kreuzzeitung, die noch in mildester Version die Brutalität, mit welcher Graf Brandenburg in Warschau behandelt wurde, darzustellen suchte, berichtete gleichwohl von dem Zorn des Zaren gegen die Charakterlosigkeit der preußischen Politik, welche sich in Deuteleien und Schwankungen wohl fühle. So lange Radowitz die Angelegenheiten leite, müsse man von Preußen ganz andere Garantieen fordern, um den Frieden zu sichern.

Graf Brandenburg langte am 31. Oktober tief gekränkt und bis auf den Tod in der Seele verwundet in all seinen patriotischen Gefühlen zu Berlin an. Die Minister eilten zu ihm, um seinen Bericht zu vernehmen; aber sie fanden ihn in einem so zerrütteten Zustand, daß keine Diskussion mehr möglich war. Am 2. November fand noch einmal eine Ministerberathung bei ihm statt, wo Radowitz den Beschluß faßte, vom Ministerium zurückzutreten. Tags darauf erkrankte Graf Brandenburg in bedenklicher Weise. Er sah im Fieber den

Untergang Preußens und beklagte dessen Fall, den er nicht überleben wollte. Der Tod erlöste ihn auch von der Pein, die Politik Olmütz mit anzusehen. Er starb am gebrochenen Herzen am 6. November 1850.

Vom Tode des Grafen Brandenburg bis zum Gang nach Olmütz.

In der ewig schwankenden Haltung der preußischen Politik führte der so plötzlich eingetretene Tod des Grafen Brandenburg eine neue Situation herbei, welche in den Herzen derer, die die Ehre des Staates höher stellten als die Freundschaft Oestreichs und Rußlands, neue Hoffnungen erweckte. Die Entlassung von Radowitz — das wußte man — war wider den persönlichen Wunsch des Königs erfolgt, weil Manteuffel und seine Gesinnungsgenossen im Ministerium gegen eine Mobilmachung stimmten, die Radowitz für unabweisbar hielt, uud für welche auch der Prinz von Preußen mit Entschiedenheit eintrat. Nunmehr, wo der unerwartete Todesfall der tiefen Seelenkränkung des Verstorbenen zugeschrieben wurde, welche er sich von dem Kaiser von Rußland gefallen lassen mußte, erhob sich ein so gewaltiger Sturm der Entrüstung gegen die demüthige Politik des Kabinets, daß nahezu die Sprengung des ganzen Ministeriums unvermeidlich wurde. Der Minister des Kultus Ladenberg forderte seinen Abschied. Auch der ehemalige Liberale von der Heydt weigerte sich, im Ministerium zu verbleiben, wenn man fortgesetzt die erniedrigende Rolle spielen wollte, die nicht blos Deutschland, sondern auch die Ehre Preußens tief verletzte. Aber auch der König empfand das tiefste Mißbehagen der Situation, zumal verfassungsmäßig die Kammern im November einberufen werden mußten und es keinem Zweifel unterlag, daß — mit alleiniger Ausnahme der Kreuzzeitungsmänner — die Schwäche

der bisherigen Politik eine einstimmige Verurtheilung bei allen Mitgliedern finden würde.

So wurde denn in einem Ministerrath, der nunmehr stattfand, der Beschluß gefaßt, das gesammte preußische Heer mit Einschluß der Landwehr mobil zu machen. Die richtige Konsequenz dieses Entschlusses hätte denn freilich der Wieder-Eintritt von Radowitz in sein Amt sein müssen; allein man wollte damit nicht den Zorn des Zaren reizen und der Kreuzzeitung nicht das bittere Leid anthun, dem „bösen Dämon Preußens", wie sie Radowitz nannte, wieder die Leitung in die Hand zu geben. Manteuffel, der gehorsame Rechnungsträger jeder wechselnden Laune, stimmte jetzt für die Mobilmachung, die er früher bekämpft hatte, aber zugleich mit dem Zusatz, der ganz dem Gefühl des Königs entsprach, „die Unterhandlungen nicht abbrechen zu wollen". Der Prinz von Preußen, dem die zeitherige demüthigende Situation unerträglich war, begnügte sich jetzt mit dem Ausspruch: „Unterhandeln, es sei! aber nur so, wie sichs mit dem Helm auf dem Kopf und dem Schwert in der Hand geziemt."

Wer es weiß, wie tief in Preußen eine Mobilmachung der ganzen Landwehr in das gesammte Leben des Volkes eingreift, welch schwere Opfer dieselbe allen Familien, arm und reich ohne Unterschied, auferlegt, der wird es als einen lehrreichen Charakterzug des preußischen Volkes gelten lassen, daß der Befehl zur Mobilmachung wie ein Ruf der Erlösung aus dem Bann ewigen Schwankens freudig aufgenommen wurde. Man konnte sichs nicht denken, daß eine Maßregel von solch moralischer wie materieller Bedeutung ohne einen klaren der Ehre und dem Interesse des Staates entsprechenden Zweck ins Leben gerufen werde. Der Glaube, daß das Ziel dieses gewaltigen Aufgebots der gesammten Volkskraft kein anderes sein könne als den Volkswünschen und all den früheren Verheißungen nachzukommen, war ein so allgemeiner, daß aller Parteistreit für den Moment verstummte und der Eifer, dem Aufruf der nationalen Wehrkraft nachzukommen, zur Ehrenpflicht jedes Mitbürgers wurde.

Aber dieser tief patriotischen Stimmung des Volkes entsprachen die offiziösen und offiziellen Nachrichten keineswegs. Die „Deutsche Reform", das Regierungsorgan, begann bereits „abzuwiegeln" als kaum noch der Beschluß der Mobilmachung in offizieller Form bis an die Enden des Staates gelangt war. Preußens Ansprüche wurden dahin erläutert, daß man die preußische Etappenstraße durch Kurhessen gegen Einschreiten der Koalitionsheere wahren wolle. Die Neugestaltung Deutschlands sollte in einer Preußen im deutschen Bunde zugestandenen „Parität" mit Oestreich bestehen. Der Preis des Krieges wurde so bemessen, das man wohl sah, es sei bloß zum Schein mobil gemacht worden. In der Reform des deutschen Bundes welche man forderte, sollten nur die Kleinstaaten in ihrer Berechtigung ein Opfer zu Gunsten Preußens bringen. Anstatt sich an die Spitze derselben zu stellen, die bei energischem Auftreten gern Preußen folgen würden, entwickelte man Pläne, welche dieselben geradezu ins Lager Oestreichs treiben mußten.

Noch tiefere Entrüstung riefen die Auslassungen der Kreuzzeitung wach, von welchen man wußte, daß sie der Stimmung der Kamarilla entsprachen. Sie war mit dem Lauf der Dinge zufrieden und blickte mit Zuversicht auf den nunmehrigen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Herrn von Manteuffel, den sie fortan „unsern November-Mann" nannte. Sie stellte spekulative Betrachtungen über die Treue des Heeres an, die nicht wanke, selbst wenn dem Heere Befehle ertheilt würden, welche es tief im Herzen verletzen. Sie erinnerte, wohlbewußt das Gemüth des Königs aufreizend, an den Gehorsam, welchen das Heer in den Märztagen geleistet, als man ehrverletzend ihm den Rückzug aus Berlin befohlen und ihm Demüthigungen vor den überwundenen Rebellenhaufen auferlegt hatte. Sie deutete zwischen den Zeilen an, daß sich dieser Gehorsam auch jetzt zeigen würde, wenn man gegen die treuen Bundesgenossenschaft Oestreichs feindselig auftreten müßte. Aber der „freudige Gehorsam" würde dies nicht sein, sondern der Gehorsam der schmerzlichen Pflicht, die den eigenen Sieg betrauert und über das vergossene Bruderblut Thränen des Schmerzes weint!

Ein Vorgang auf dem sogenannten „Kriegsschauplatz“ entsprach denn auch diesen Offenbarungen der Kreuzzeitung.

Am 8. November trafen unweit von Fulda, das von den Preußen besetzt war, bei dem Dorfe Bronzell die preußischen Truppen mit den östreichisch-baierschen zusammen. Von Seiten der preußischen Truppen wurde auf die letzteren gefeuert, wobei einige Feinde verwundet sein sollten, während durch Schüsse der Feinde auf preußischer Seite ein „Schimmel“ wirklich verwundet worden ist. Da aber laut den Versicherungen der preußischen offiziellen Presse die Koalitions-Truppen durchaus nicht feindliche Absichten gehabt, ja nicht einmal die Gewehre geladen haben sollten, zogen sich die Preußen zurück. In der That überbrachte ein Parlamentär Preußens sofort nach diesem Vorfall ein Schreiben des preußischen Generals v. d. Gröben an den feindlichen Befehlshaber, worin ihm angezeigt wurde, daß die Preußen morgen den 9. November um 12 Uhr, auf Befehl, der ihm von Berlin zugekommen, Fulda räumen und sich auf die Etappenstraßen zurückziehen werden.

Die Tage, welche auf diesen Vorfall höchst zweideutiger Natur folgten, waren getheilt in Hoffnung und Erbitterung. Die Kriegsstimmung war rege; aber die Kriegsvorbereitung war äußerst mangelhaft. Es war ein herzerhebender Anblick, die Landwehr an den Bahnhöfen in Berlin aus den fernsten Theilen des Staates anlangen und von der Bevölkerung Berlins freudig begrüßt und mit Erfrischungen erquickt zu sehen. Aber es war herzzerreißend sich sagen zu müssen, daß all diese Opferfreudigkeit nur der Spielball augenblicklicher Launen sei, die jeden Tag wechseln und vor der That den Rückzug antreten. Zum 21. November 1850 waren die Kammern einberufen und man sah dem Zusammentreten derselben mit aufreibender Spannung entgegen, weil man überzeugt war, daß sie trotz ihrer unvolksthümlichen Zusammensetzung dennoch im nationalen Sinne für die Ehre Preußens und Deutschlands einstehen würden. Die konstitutionelle Partei die jetzt von tiefem Mißtrauen gegen Manteuffel erfüllt war, erhielt neue Hoffnungen durch die verbreitete Nach-

richt, daß der König über den Rücktritt des Ministers Radowitz tief betrübt sei. Man hoffte jetzt noch immer auf die Zurückberufung desselben, da man ja doch in der Mobilmachung seinen Plänen zu folgen schien. Die Freunde seiner Politik veröffentlichten daher einen eigenhändigen Brief des Königs an Radowitz, der sehr charakteristisch für das Verhältniß zu demselben ist. Der Brief ist von Sanssouci, 5. November 6 Uhr Abends datirt und lautet wie folgt:

„So eben gehen Sie zur Thür hinaus, mein treuer und theuerster Freund und schon nehme ich die Feder, um Ihnen ein Wort der Trauer, der Treue und der Hoffnung nachzurufen. Ich habe Ihre Entlassung aus dem auswärtigen Amte gezeichnet — Gott weiß es — mit schwerem Herzen. Aber ich habe ja in Freundestreue noch mehr thun müssen. Ich habe Sie vor Meinem versammelten Rathe, um Ihres Entlassungsbegehrens wegen gelobt. Das sagt Alles und das bezeichnet Meine Lage schärfer als es Bücher vermöchten. Ich danke Ihnen aus Meinem tiefsten Herzen für Ihre Amtsführung. Sie war die meisterhafte Ausführung Meiner Gedanken und Meines Willens und beide kräftigten sich und hoben sich an Ihrem Willen und Ihren Gedanken; denn wir hatten dieselben. Es war trotz aller Tribulation eine schöne Zeit, ein schöner Moment meines Lebens und ich werde dem Herrn — den wir beide bekennen und auf den wir beide hoffen, — so lang ich athme dankbar dafür sein. — Gott der Herr geleite Sie und führe in Gnaden bald Unsere Wege wieder zusammen. Sein Friede bewahre, umlagere und beselige Sie bis auf Wiedersehen. Dies zum Abschied von Ihrem treuen Freunde Friedrich Wilhelm."

Hätte man überhaupt auf die Seelenstimmungen des Königs bauen können, so wäre jetzt der Umschwung wohl in Aussicht gewesen. Auf Grund der Hoffnung, daß der König mit Freuden wiederum die Leitung der auswärtigen Angelegenheit in die Hand seines treuen und theuren Freundes legen würde, richtete die konstitutionelle Partei eine sehr entschiedene Adresse an die Kammern, und forderte darin Aufrechthaltung des deutschen Programms, Durchführung der preußischen Ver-

fassung, Freiheit der Presse, Unabhängigkeit des Richterstandes, Selbstständigkeit der Kirche und ein vom Vertrauen des Volkes getragenes Ministerium. Sie stellte solchen Bedingungen die vollste Opferfreudigkeit des Landes und des deutschen Volkes in sichere Aussicht. — Aber die Thronrede, mit welcher die Kammer eröffnet wurde, dämpfte diese Hoffnungen. Sie bewies, daß die Stimmung wiederum sehr schnell gewechselt hatte. „Die meisterhafte und geistreiche Ausführung der Gedanken und des Willens des Königs" wie sie Radowitz verstanden, lag weit ab von dem, was Manteuffel daraus machte. „Unser Novembermann" der Kreuzzeitung hatte die Zügel in Händen, und bereitete sich auf den Gang nach Olmütz vor.

Wie Manteuffel sich beeilt, die Ehre Preußens zu retten.

In dem patriotischen Eifer, der nicht bloß das preußische Volk sondern auch die Freunde Deutschlands vom Augenblick an erfüllte als die Mobilmachung angeordnet war, wirkte die Thronrede vom 22. November 1850 bei Eröffnung der Kammer sehr niederdrückend. Der König sprach von diesem, das Volkswohl und das Staatsinteresse so tief berührenden Ereigniß in einer merkwürdigen Lauheit. Die herausfordernde Haltung der Koalition erschien ihm bloß als ein „Mißverständniß" über die Art und Weise, wie man die „Zerwürfnisse eines Nachbarstaates" beseitigen solle. Die Mobilmachung — so meinte der König — würde genügen den Frieden zu sichern, nach dem sich alle Betheiligten sehnen.

Die Kammer war mit Ausnahme der Kreuzzeitungs-Fraktion anderer Ansicht. Sie wählte den Grafen Schwerin

zum Präsidenten, der an der Spitze der konstitutionellen und gothaischen Partei stand, ohne in seiner derben pommerschen Gradheit in die diplomatische Vertrauensseligkeit derselben aufzugehen. Er trat sein Amt mit einer Würde an, die ganz der Stimmung des Landes entsprach. „Es geht ein fester kühner Geist durch unser Volk!“ rief er unter begeisterter Zustimmung der Majorität aus. „Auf des Königs Ruf hat es sich wie Ein Mann erhoben und steht des Befehls seines Kriegsherrn gewärtig. Von allen Seiten, aus allen Gauen des Vaterlandes tönt uns der Ruf entgegen: Preußen will keine Unbill leiden! — Die Hand ans Werk! Das will unser Volk! Die Kammer, wenn sie diesem Rufe folgt, wird Preußens verpfändete Ehre retten und Deutschlands Wohl und Heil begründen.“

Aber die Kamarilla war längst entschlossen, diesem Rufe der öffentlichen Meinung die stille Intrigue entgegenzusetzen. Es ist Thatsache, daß die Rüstung äußerst unvollständig war, und es läßt sich kaum bezweifeln, daß im ersten Anprall eines Krieges die preußische Tapferkeit einen schweren Stand gehabt hätte, um sich der Feinde zu erwehren, welche ihre Pläne wohl durchdacht und ihre strategische Position erfolgreich gewählt hatten. Nach wie vor blieb auch der östreichische Gesandte Prokesch von Osten, von intimen Anhängern gut unterrichtet über den Stand der Dinge, der festen Ueberzeugung, daß der König es nicht werde zu einem Kriege kommen lassen. Er sprach dies gegen vertraute Freunde mit lachendem Munde aus. „Wir haben Ursache,“ sagte er „diesen Frieden jedem Krieg, auch dem siegreichsten, vorzuziehen. Er bringt Preußen zum Gehorsam, verleiht uns hohen Ruhm und verfeindet die preußische Regierung mit dem deutschen liberalen Volke. Ein Besseres können wir gar nicht wünschen.“ Jetzt galt es demnach schleunigst, die moralische Unterwerfung Preußens herbeizuführen, bevor die Kammern in ihren Adressen die Stimmung des Königs für den Krieg gewännen. Da wurde denn am 25. November der diplomatische Sturm von allen Seiten angeordnet. Rußland, so verkündete die Kreuzzeitung — Rußland ist fest entschlossen, eine Stellung anzunehmen,

welche es zweifellos macht, daß wir thatsächlich in einem Kriege gegen Oestreich zugleich einen Krieg gegen Rußland zu führen genöthigt sein würden.

An demselben Tage langte in Berlin auch eine Depesche Oestreichs an, welche strikte forderte, daß die preußischen Truppen die durch Kurhessen gehende Etappenstraße räumen sollen, dafür wolle Oestreich für die Sicherheit der preußischen Militärstraßen sorgen. Verweigere man dies Zugeständniß preußischer Seits, so sei der Gesandte Oestreichs angewiesen, sofort seine Pässe zu fordern.

Ein Ministerrath fand natürlich nach Entgegennahme dieser Depesche in Bellevue im Beisein des Königs statt. In diesem erklärte Manteuffel, daß der östreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg sich auf Anregung des östreichischen Gesandten erboten habe, persönlich mit Manteuffel an der Grenze zusammenzutreffen, und mit ihm den Versuch anzustellen, wie der Krieg vermieden werden könne. Der König hielt es für Pflicht, diesen Versuch nicht abzuweisen. Ein Telegramm verkündete dies dem östreichischen Minister. Die Antwort lautete, daß diese Zusammenkunft dringlichst von Seiten Oestreichs ersehnt werde und es deshalb wünschenswerth sei, daß die Minister schleunigst abreisen, um an der schlesischen Grenze zusammenzutreffen. Wer von beiden früher in Oderberg eintreffe, der solle dem anderen entgegeneilen, um die wichtige Zusammenkunft zu beschleunigen.

Manteuffel reiste am 27. November ab; der östreichische Gesandte blieb noch in Berlin. Die Kreuzzeitung athmete froh auf, nachdem sie einige Tage in düstere Stille versunken war. In der ministeriellen Presse waltete die weise Vorsicht, den Feinden ein Loblied zu singen und dem Kriege, wenn er sein muß, den Triumph zu verkünden. Die Stimmung im Volke aber charakterisirte sich wohl am deutlichsten durch die Thatsache, daß der Minister Ladenberg die tiefste Unzufriedenheit mit dem Zustand der Dinge gar nicht zu verbergen suchte und selbst Herr Stiehl, der spätere Vater der Regulative, den Zeitungen die Nachricht zugehen ließ, daß er sich brieflich gegen

die demüthigende Politik Manteuffels diesem gegenüber ausgesprochen. Die Stimme der unabhängigen Presse verurtheilte natürlich sehr entschieden die eingeschlagene Politik; aber selbst in den Kreisen der konservativsten Patrioten machte sich eine verzweifelte Stimmung sehr bemerkbar. Die Spenersche Zeitung, bis dahin durchweg ministeriell, brachte einen Artikel, der wahrscheinlich von Ladenberg selber herrührte oder mindestens veranlaßt war. Es hieß in demselben:

„Können wir noch länger in dem Zustand des gepreßten, des beleidigten Nationalgefühls verharren, wo der kühne Muth am nächsten Tage schon wieder gelähmt wird? Was ist das für ein Staat, der keinen Entschluß fassen kann, ohne ihn am anderen Tage wieder fallen zu lassen! Dies kann ein Volk nicht länger über sich ergehen lassen, ohne seine sittliche Kraft einzubüßen und das Zutrauen zu sich selber zu verlieren.

„Lieber wollen wir zu Grunde gehen, als diese unaufhörliche Pein tragen. An dem innersten Marke des Volks zehrt dieses Gefühl der Ohnmacht, das drückende Bewußtsein der Unabhängigkeit von jeder Laune dieses oder jenes Kabinets. Wir müssen laut sagen: Kein Staat Europas befindet sich in solch jammervoller Lage. So kann es, so darf es nicht bleiben."

Als Manteuffel nach Oderberg kam, fand er wirklich den Fürsten Schwarzenberg nicht vor. Er eilte ihm entgegen in das Gebiet Oestreichs und eilte so eifrig, daß er in Olmütz eintraf, wo ihn der Oestreicher freudig begrüßte.

Die Schmach, welche in diesem Schritte dem preußischen Staate angethan wurde, rief in der demokratischen Partei jene Stimmung wach, wo der Schmerz sich in den Humor der Verzweiflung hüllt. Die Nachricht, daß Manteuffel wirklich bis nach Olmütz geeilt sei, ließ voraussehen, was er heimbringen werde. Die ministeriellen Zeitungen aber behaupteten, daß der Minister dem Oestreicher das Ultimatum stellen werde zu wählen, ob sich Preußen auf den Boden der „Solidarität der konservativen Interessen" stellen oder auf die „Sympathie der Völker" stützen solle. Beides stehe Herrn von Manteuffel zu Gebote; was aber auch Oestreich beschließen möge jedenfalls werde Herr v. Manteuffel „die Ehre Preußens retten!"

Die Demüthigungen in Olmütz.

Die verzweifelte Stimmung, welche sich besonders in der demokratischen Partei bei der Nachricht geltend machte, daß Manteuffel bis nach Olmütz dem ruhig dort verharrenden Schwarzenberg entgegen geeilt, dürfte sich am besten charakterisiren durch einen in der Urwähler-Zeitung vom 29. November enthaltenen Leitartikel. Derselbe thut zugleich dar, daß man im Volke sehr wohl wußte, was auf dem Spiele stehe, und welche Folgen der Gang nach Olmütz nach sich ziehen mußte.

Der Leitartikel hatte die Ueberschrift: „Was kann Gutes aus Olmütz kommen?" und lautete wie folgt:

„Herr von Manteuffel ist nach Olmütz gereist, um, wie man sagt, jedenfalls Preußens Ehre zu retten und uns den Krieg oder den Frieden zurück zu bringen. Man sagt, daß er in der rechten Rocktasche die „Solidarität der konservativen Interessen" mitgenommen und in der linken die „Sympathien der Völker" wohleingepackt hält.

Haben wir nun in Olmütz die Ehre, Gunst in den Augen des östreichischen Ministers zu finden, so überreicht er ihm die „Solidarität der konservativen Interessen", erbittet von ihm Preußens Ehre und überbringt uns den fertigen Frieden.

Sollte aber Fürst Schwarzenberg nicht so gnädig auf uns herabblicken, so wird Herr von Manteuffel plötzlich die wohl eingepackten „Sympathien der Völker" herauslangen, sie dem Fürsten Schwarzenberg unter die Augen halten, umkehren und uns Krieg bringen.

Was er uns aber auch bringen möge, sei es Krieg, sei es Frieden, immer — das steht laut der offiziellen Presse fest — wird es eingewickelt sein in der Ehre Preußens.

Worin nun die Ehre Preußens bestehen wird, das wird von den Umständen abhängen.

Bringt er uns den Krieg, so wird die Ehre Preußens darin bestehen, daß es wirklich glaubt, Herr von Manteuffel habe die Sympathien der Völker in der Rocktasche und daß

er diese nur zu schütteln braucht, um die Sympathien wie einen Bienenschwarm um sich herum summen zu hören. Dann besteht Preußens Ehre darin, daß es in Herrn von Manteuffel einen volksthümlichen Minister besitzt, der nur zu winken braucht, um Reaktionäre, Konservative, Konstitutionelle und Demokraten in einem Gefühl der Begeisterung für unser Ministerium zu vereinigen.

Bringt er uns aber den Frieden, ja dann wird es der Ehren gar kein Ende geben.

Dann werden wir die Ehre haben, auch im Norden Deutschlands eine Exekution von Bundestruppen Schleswig-Holstein entwaffnet zu sehen.

Dann werden die Kammern die Ehre haben, auf einige Zeit vertagt zu werden.

Dann werden die Konstitutionellen die Ehre habeu, dieselbe Rolle in diesem Jahre zu spielen, die die Demokratie im vorigen Jahre spielte.

Dann wird die Polizei die Ehre haben, noch mehr aufrichtig Konstitutionelle aus Berlin zu bringen, als sie im verwichenen Jahre die Ehre hatte, Demokraten zu maßregeln.

Dann werden die Liberal-Konservativen die Ehre haben, daß ihnen die Augen jetzt aufgehen, wie sie den Konstitutionellen im vorigen Jahre aufzugehen anfingen.

Dann hat das Volk die Ehre, dies ganze Schauspiel für den äußerst mäßigen Preis von einigen Dutzend Millionen Mobilmachungskosten mit anzusehen.

Dann hat Herr von Manteuffel die Ehre, im wahren Sinne des Wortes „unser November-Mann" in der Kreuzzeitung zu sein.

Und die Kreuzzeitung, sie, die bisher stets jammerte, daß Preußen sein Kleinod, seine Ehre, „seine Unterthanen-Ehre" seit dem tollen Jahre 1848 verloren hat, wird dieser Ehren im vollsten Maße froh werden.

Was aber uns betrifft, nun, wir haben bereits die Ehre gehabt, zu sagen, was wir von der ganzen Geschichte halten. Wir meinen:

Unsere großen Herren Minister haben die Ehre, mit der

großen ernsten Aufgabe Preußens gar sonderbar umzuspringen. Die ganze Zeit ihrer Regierung haben wir die Ehre, sie zu betrachten wie Kinder, die die Beinchen in des Vaters Stiefel gesteckt und nun glauben, ungefährdet mit des Vaters Pistolen Soldatspielen zu können.

Gar sonderbar kamen sie uns vor, als sie in dem Vermächtniß der preußischen National-Versammlung herumstolperten und eine Verfassung oktroyirten, in der sie weder vorwärts noch rückwärts konnten. Gar wunderlich nahmen sie sich aus, als sie auch die Beine in die Stiefel des deutschen Einheits-Ganges steckten und im Nachlaß der deutschen Nationalversammlung herumschlenkerten, ohne zu wissen, wie sie all die volksthümlichen Geschichten wieder los werden sollten.

Jetzt haben sie gar harmlos auch zu der Mobilmachung gegriffen; — das ist, Gott weiß es, des Vaters gefährlichste Pistole. Freilich fragt man: wozu? so muß man leider antworten: — wozu man so viele Dinge gethan und immer einen Ehrentrumpf darauf gesetzt und dann die Dinge fallen ließ, wie man kindlich Spielzeug fallen läßt.

Wir fürchten, daß der letzte Ehrentrumpf: die Mobilmachung, ebenso sonderbar endet, sobald man ihn fallen läßt, wie es wunderlich ausschlägt, sobald man davon Gebrauch macht. —

Unsrer Ansicht nach bringt Herr von Manteuffel mit der „Solidarität" in der rechten und den „Sympathien" in der linken Rocktasche gerade das nach Hause, was er bisher von allen Missionen nach Hause brachte: halb fallengelassene Ideen und nicht aufgegebene Gedanken!

Unsrer Ueberzeugung nach wird der scharfblickende Schwarzenberg ein gar sonderbar Gesicht machen, wenn ihm Herr von Manteuffel die „Solidarität der konservativen Interessen anbietet und dabei lächelnd fragen: „Besitzen denn Exzellenz hierzu die Solidarität Ihrer eigenen Konservativen?" Wenn aber gar Herr von Manteuffel die „Sympathien der Völker" aus der linken Rocktasche herausholt, so dürfte der Fürst noch feiner lächeln und ausrufen: „Exzellenz, bei diesem Ding

wird nur denen unheimlich, die zu lange damit gespielt haben!"

Krieg oder Frieden aus den Händen dieses Ministeriums! Wahrlich zu Eurem Krieg ohne den echten Geist rufen wir aus:

„Nicht in Heeren, nicht in Schlachten, sondern mit dem Geiste!"

Und zu Eurem Frieden ohne Heil sprechen wir:

„Wehe, sie heilen den Bruch meines Volkes leichthin sprechend: Friede! Friede! und es ist doch kein Friede!"

Nein! Krieg und Frieden schließen andere Geister! und unsere Ehre kommt nicht von Olmütz!"

Dieser Leitartikel der Urwählerzeitung vom 29. November fand seine volle Bestätigung in den Thatsachen der nächsten Tage. Noch mochten freilich die Konservativen nicht glauben, daß Manteuffel das ganze Maß der Demüthigungen über Preußen ausgeschüttet. Die Zeitungen derselben erschöpften sich in Vermuthungen und wiegten sich in Hoffnungen, daß sich ein ehrenvoller Ausgang aus dem peinlichen Gewirre doch noch zeigen werde. Aber der wohlgemeinte Wahn hielt nicht lange vor. Am 3. Dezember war Herr von Manteuffel wieder zurück. Die Kammer begann eine Adreß-Debatte, in welcher von Seiten der Konstitutionellen der ganze Schmerz über die Olmütz-Politik zur Aussprache kam und selbst der konservative Abgeordnete Stiehl zu dem Schluß gelangte, daß in Olmütz ein schwerer Schlag gegen Preußens Ehre geführt worden sei. Aber die Kreuzzeitungs-Partei hatte der Vertheidigung Manteuffels bereits trefflich vorgearbeitet. — Hier war es, wo er die denkwürdige Sentenz gebrauchte: „Nur der Schwache fühlt sich im Aufgeben eines Planes gereizt; der Starke dagegen weicht ruhig zurück."

Und wahr ist es: so stark im Zurückweichen hat sich kaum ein anderer Minister Preußens, wie dieser November-Mann der Kreuzzeitung, gezeigt.

Die Zeiten der Schmach.

Wir befinden uns gegenwärtig in der glücklichen Lage, die Schmach von Olmütz als völlig überwunden, ja als gerächt betrachten zu können und vermögen jetzt ruhigeren Blicks als ehedem den traurigsten Abschnitt der Geschichte Preußens und Deutschlands zu betrachten. Gleichwohl wird Niemand, der die Zeiten der Schmach durchlebt hat, ohne tiefen Seelenschmerz bei diesen schweren Erinnerungen verweilen, und die nach uns kommen und sich dessen erfreuen, wofür wir gestritten und gelitten haben, würden selbst in den ausführlichsten Darstellungen doch nur ein verblaßtes Bild von dem Gram erhalten, der in jenen Tagen alle Gemüther der Vaterlandsfreunde, ohne Unterschied der Parteien, niedergedrückt hat. — Dies mag es denn entschuldigen, wenn wir uns hier mit einem flüchtigen Umriß der damaligen thatsächlichen Begebenheiten begnügen.

Der Tag von Olmütz, der 29. November 1850, hat Alles niedergetreten was bis dahin als Hoffnung in den Gemüthern gelebt hatte. In Schleswig-Holstein wehrte sich ein stammverwandtes Volk, mit einer gewählten Statthalterschaft an der Spitze, gegen den Uebermuth der Dänen und zwar seit dem März 1848 theils unter dem Beistand, theils unter dem Schutz Preußens; die Konvention von Olmütz erklärte diese Erhebung des Volkes als eine Rebellion und setzte fest, daß Preußen im Verein mit Oestreich die stammverwandten Gebiete wieder der dänischen Herrschaft ausliefern solle.

Das Bestreben, einen deutschen Bundesstaat unter Preußens Leitung zu gründen, war durch die ganze Zeit seit den Märztagen ein Zielpunkt aller Nationalgesinnten. Der Tag von Olmütz trat jede Hoffnung dieser Art nieder. Fortan sollte Deutschlands Regeneration diplomatischen Minister-Konferenzen anheimgestellt werden, welche in Dresden veranstaltet wurden, von welchen man aber ganz zweifellos voraussehen konnte, daß sie nur eine Vorstufe bil-

deten, um bald wieder in den alten Bundestag unter Leitung Oestreichs einzukehren.

In Kurhessen wurde in der frechsten Weise Gesetz, Verfassung und Volksrecht mit Füßen getreten und eine Gewaltherrschaft etablirt, gegen welche sich jedes deutsche Gemüth empörte; Preußen hatte gerüstet, um dieser Frechheit ein Ziel zu setzen. Der Tag von Olmütz kehrte auch hier Alles um. Fortan sollte Preußen selber vollführen helfen, wogegen es sich bis dahin in tiefster Entrüstung wehrte.

Preußen hatte durch die Mobilmachung ein Heer von einer halben Million Streitern aufgeboten, um sich der östreichischen Oberherrlichkeit in Deutschland zu entziehen. Der Tag von Olmütz machte es zum demüthigen Bundes-Genossen seines übermüthigen Gegners und suchte „die Ehre Preußens" darin, Hilfsdienste demselben leisten zu dürfen.

Und doch war mit all dem das Maß der Schmach nicht voll. Wer in der Konvention von Olmütz zwischen den Zeilen zu lesen im Stande war, sah vollkommen richtig voraus, daß das preußische Militär in Kurhessen nicht einmal mit dem Bundesgenossen Oestreich auf gleiche Stufe gestellt wurde, sondern zu der Demüthigung verurtheilt ward, ruhigen Blickes mit anzusehen, wie Baiern daselbst im Namen des Bundes wirthschaftete.

Wer in der damaligen Zeitgeschichte bewandert war, sah all das deutlich genug in der Konvention von Olmütz ausgesprochen, wie schlau dieselbe auch die Kernpunkte zu verhüllen suchte. Das Aktenstück, welches Manteuffel als „Rettung der Ehre Preußens" heimbrachte, darf in der Geschichte der Erniedrigung nicht der Vergessenheit überlassen bleiben. Es verdient als Warnungs-Denkmal in seinem ganzen Wortlaut für ewige Zeiten gekannt zu werden.

Das schmachvolle Aktenstück lautete wie folgt:

„Bei den am gestrigen und heutigen Tage zwischen den Unterzeichneten stattgefundenen vertraulichen Besprechungen haben sich folgende Propositionen als mögliche Ausgleichungspunkte der vorliegenden Differenzen und geeignete Mittel zur Verhinderung von Konflikten herausgestellt, die der schließlichen

Genehmigung der betreffenden hohen Regierungen schleunigst unterbreitet werden.

§ 1. Die Regierungen von Oestreich und Preußen erklären, daß in ihrer Absicht liege, die endliche und definitive Regulirung der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit durch die gemeinsame Entscheidung aller deutschen Regierungen herbeizuführen.

§ 2. Um die Kooperation der in Frankfurt vertretenen und der übrigen deutschen Regierungen möglich zu machen, sollen in kürzester Frist von Seiten der in Frankfurt vertretenen Bundesglieder sowie von Seiten Preußens und seiner Verbündeten je ein Kommissarius ernannt werden, welche über die gemeinschaftlich zu treffenden Maßregeln in Einvernehmen zu treten haben.

§ 3. Da es aber im allgemeinen Interesse liegt, daß sowohl in Kurhessen wie in Holstein ein gesetzmäßiger, den Grundsätzen des Bundes entsprechender und die Erfüllung der Bundespflichten möglich machender Zustand herbeigeführt werde, da Oestreich ferner in seinem Namen und im Namen der mit ihm verbündeten Staaten die zur Wahrung der Interessen Preußens von letzterem geforderten Garantien über die Okkupation des Kurstaates in vollem Maße gegeben hat, so kommen die beiden Regierungen von Oestreich und Preußen für die nächste Behandlung der Fragen und ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung über Folgendes überein:

a) In Kurhessen wird Preußen der Aktion der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hinderniß entgegenstellen und zu dem Ende die nöthigen Befehle an die dort kommandirenden Generale erlassen, um den Durchgang durch die von Preußen besetzten Etappenstraßen zu gestatten. Die beiden Regierungen von Oestreich und Preußen werden im Einverständniß mit ihren Verbündeten den Kurfürsten auffordern, seine Zustimmung dazu zu geben, daß ein Bataillon der von der kurfürstlichen Regierung requirirten Truppenmacht (Baiern) und ein königlich preußisches Bataillon verbleiben, um die Ruhe und Ordnung zu erhalten.

b) Nach Holstein werden Oestreich und Preußen, nach ge=

pflogener Rücksprache mit ihren Verbündeten und zwar so schleunig wie möglich, gemeinschaftliche Kommissare schicken, welche im Namen des Bundes von der Statthalterschaft die Einstellung der Feindseligkeiten, die Zurückziehung der Truppen hinter die Eider und die Reduktion der Armee auf ein Mittel der jetzt bestehenden Truppenstärke verlangen, unter Androhung gemeinschaftlicher Exekution im Weigerungsfalle. Dagegen werden beide Regierungen auf das königlich dänische Gouvernement dahin einwirken, daß dasselbe im Herzogthum Schleswig nicht mehr Truppen aufstelle, als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich sind.

§ 4. Die Ministerial-Konferenzen werden unverzüglich in Dresden stattfinden. Die Einladungen dazu werden von Oestreich und Preußen gemeinschaftlich ausgehen und so erfolgen, daß die Konferenzen um die Mitte Dezember eröffnet werden können.

Olmütz den 29. November 1850.

(gez.) von Manteuffel. (gez.) Fürst Schwarzenberg."

Als am 3. Dezember die Kammer die Adreßdebatten eröffnete, war das schmachvolle Schriftstück aus Olmütz, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Inhalte nach den Abgeordneten bekannt. Die konstitutionelle Partei, vertreten von Herrn von Vincke, wehrte sich gegen diese Schmach in vollster Entrüstung. Die Rede des Führers endete mit dem Ausruf: „Fort mit diesen Ministern!" — Aber auch die konservativ-konstitutionelle Partei unterdrückte ihre Verstimmung nicht. Die Debatten sollten am 4. Dezember fortgesetzt werden und deshalb beschloß die Adreßkommission unter Zustimmung von Bodelschwingh einen Zusatz zur Adresse, worin ausgesprochen wurde, „nach dem jetzt bekannt gewordenen Inhalt des olmützer Abkommens erkennen wir hierin zu unserm tiefen Schmerz einen Weg, der kaum vereinbar mit der Ehre Preußens und seiner Stellung in Deutschland erscheint."

So kam der 4. Dezember heran unter allen Anzeichen, daß die überwiegende Majorität der Kammer gegen die Schmach von Olmütz entschiedenen Protest einlegen würde. — Aber der

Würfel war gefallen und der Kelch der Demüthigungen mußte bis auf die Hefe geleert werden.

Als die Debatten an diesem Tage eröffnet werden sollten, erschienen fünf Minister — Ladenberg hatte seinen Rücktritt beschlossen, um an der Schmach nicht betheiligt zu sein — mit den bekannten weißen Binden in der Kammer, welche andeuten, daß sie Ueberbringer einer kgl. Botschaft seien. Die königliche Botschaft ward denn auch von dem November-Mann der Kreuzzeitung sofort verlesen. Sie lautete: Die Kammern sind vertagt.

Der Bruch mit der Revolution.

Mit der Vertagung der Kammern am dritten November 1850 trat die längst geplante, bisher nur schwach verdeckte und frech abgeleugnete Reaktion offen hervor. Sie leitete die Epoche ein, von welcher der ehrliche Camphausen sehr treffend sagte, daß in ihr „das Unrecht auch schamlos geworden sei.“

Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß von allen Winkelzügen der preußischen Politik auch nicht ein einziger im Stande war sich geltend zu machen. Die Unterwerfung in Olmütz war eine ganz vollständige. Oestreich feierte nicht bloß den Triumph, in Holstein und in Kurhessen die Bundesmaßregeln zu Gunsten Dänemarks und zu Ehren Hassenpflugs durchzuführen, sondern genoß auch die Wonne, Preußen als Helfershelfer dabei zu Dienst zu haben. Eine Zirkular-Depesche des Fürsten Schwarzenberg vom 7. Dezember spricht diese Unterwerfung Preußens auch ganz unverhohlen aus. Zum Schein ließ der Tag von Olmütz zwar den Schritt in den Bundestag hinein noch unberührt. Es sollten noch erst in Dresden Konferenzen gehalten und Versuche angestellt werden

zur Reform des deutschen Bundes; allein die Bestimmung, daß diese Reform nur durchgeführt werden solle, wenn sämmtliche Regierungen sie gut hießen, ließ selbst die beschränktesten Geister einsehen, daß Dresden nur der Umweg sei, um Preußen und seine Genossen nach Frankfurt am Main zu führen und Deutschland wieder auf den vormärzlichen Standpunkt zurückzuschrauben, wo es eine Domäne der östreichischen Regierungskünste war.

Der Schmerz über diese jammervolle Haltung griff nun tief hinein in alle, selbst in die konservativsten Kreise aufrichtiger Vaterlandsfreunde. Es bemächtigte sich namentlich des höheren Beamtenthums die tiefe Scham über diese Erniedrigungen, welche sich ein Staat wie Preußen kaum nach einer Reihe verlorener Schlachten gefallen lassen durfte. Nicht bloß Ladenberg trat von seinem Ministerposten zurück, sondern auch der Oberstaatsanwalt Sethe legte sein Amt nieder, nachdem das Ministerium die Zumuthung an die Staatsanwaltschaft gestellt hatte, die oppositionellen Zeitungen konfiszіren zu lassen, selbst wenn sie eine Freisprechung des Richters voraussähe. — Aber die Reaktion war wohl vorbereitet auf diese Erscheinung. Ein Witzwort Manteuffel's, der diese Opposition der Beamten „die Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ nannte, veranlaßte das Ministerium zu Zirkular-Erklärungen, welche unnachsichtliche Beseitigung aller Beamten einschärften, die sich nicht mit vollem Eifer der Umkehr anschlössen. Manteuffel, „unser November-Mann“ der Kreuzzeitung, wurde zum Minister-Präsidenten ernannt. Das Ministerium des Innern wurde Herrn von Westphalen, das des Kultus dem Herrn von Raumer anvertraut, die beide nach dem Herzen der Kreuzzeitung ihr Amt zu verwalten bereit waren. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher man nun auftrat, zersprengte denn auch wirklich die Schaar der Beamten, welche in der Kammer zumeist der gothaischen und konstitutionellen Partei angehört hatten. Als die Zeit der Vertagung abgelaufen war und die Kammern wieder am dritten Januar 1851 zusammentraten, war die Situation dermaßen verändert, daß Manteuffel offen das Regierungs-Programm verkünden durfte: „Es soll

mit der Revolution gebrochen werden". Als die Liberalen hierauf die durch die Vertagung unterbrochenen Debatten über die auswärtige Politik fortsetzen wollten, wurden sie mit einer Majorität von 147 gegen 141 geschlagen. Der Uebergang zur einfachen Tagesordnung, der keine Kritik der Zustände gestattete, wurde zum Beschluß erhoben. Herr Stiehl und Genossen waren wiederum ministeriell geworden.

Ueber die Epoche, die jetzt im Anzuge war, gab es fortan keine Täuschung mehr. Die Kreuzzeitung illustrirte mit der ganzen Flammenschrift des Fanatismus das neue Programm der Regierung. Ihr Leitartikel vom 10. Januar ist ein charakteristisches Dokument jener Tage. Die Verherrlichung, die sie ihrem Novembermann angedeihen ließ, und die Weisung, die sie ihm für die weitere Ausführung seines Programms ertheilte, verdienen der Geschichte einverleibt zu werden, da sie das ganze Maß der Selbsterniedrigung aufdeckten, welche nunmehr bis zum Sturz des Systems Manteuffel-Westphalen-Raumer über Preußen und Deutschland waltete.

Der Artikel der Kreuzzeitung erläutert den Ausspruch Manteuffels: „Es soll mit der Revolution gebrochen werden", in folgender Weise:

„Diese große Wahrheit hat der Herr Minister-Präsident gestern in der ersten Kammer proklamirt und sich zum Vollstrecker dieses Willens gemacht."

„Es ist schön und erhebend, wenn ein Mann seine Lebensaufgabe in der Verfolgung Eines großen Zieles erkannt hat und diesem mit unerschütterlicher Konsequenz zustrebt".

„Es ist mindestens ebenso erhebend, wenn ein Mann — und ein Staatsmann — es erkennt und gesteht, daß er früher geirrt und nun mit der ganzen Energie, die aus der aufrichtigen Buße erwächst, der Wahrheit sich zuwendet. Ein solcher Mann erringt den größten und schwersten Sieg, den Sieg über sein Herz. Und diesen Sieg hat Herr von Manteuffel errungen!"

„Preußen will mit der Revolution brechen! So breche man denn auch mit ihr da, wo sie sich am tiefsten in das Fleisch des noch gesunden Volkes einzufressen droht, mit dem

radikalen Staats-Schulmeisterthum, mit den alles gesunde Volksleben desorganisirenden sogenannten organischen Gesetzen — der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung. — Die Regierung beharre im festen Muth, sie fasse Glauben zu ihrer Mission, zu der hohen heiligen Mission, die Wahrheit der Worte zu verwirklichen: Preußen will mit der Revolution brechen, und die Ausführung wird leicht — über Erwarten leicht sein."

„Preußen will mit der Revolution brechen! So breche man denn auch mit der ganzen Revolution, nicht bloß mit der höchsten Blüthe der zahmen Revolution — dem souveränetätslüsternen Kammer-Oppositions-Wesen, — sondern auch mit dem revolutionären Beamtenthum. Auch hier muß die Politik des Ministeriums durchsichtig werden, zerstreuen muß es die dicken Wolken, die bisher aufstiegen aus der von jenen „Helden in Pantoffeln und Schlafrock" dargebrachten Friedens-Pfeife."

Das Programm der Kreuzzeitung wurde von den Männern der Regierung im Laufe der Jahre erfüllt, soweit eine Regierung Dinge zu verwirklichen im Stande ist, die dem Leben und dem Wesen des Staates widersprechen und dem Geiste des Volkes ein tiefes Widerstreben aufzwingen. Die Regierung der Reaktion vertheidigte nur sich selber. Sie verhüllte nur dem Blick des Königs die immer weiter schreitende Kluft zwischen Regierer und Regierten. Aber das Volk in Preußen und in Deutschland, in den Märztagen einmal erwacht zur selbstständigen Erkenntniß, war durch keine Regierungskunst mehr in den vormärzlichen Zustand zurückzubringen. Man konnte die Beamten maßregeln, die Wahlen korrumpiren, die Gesetze oktroyiren, die Polizei abrichten, die Schulen reglementiren, die Religion verfinstern und die Verfassung durchlöchern: aber den Geist des Volkes nimmermehr dem Fortschritt abwendig machen.

„Der Bruch mit der Revolution", die Herrschaft der Kreuzzeitung, gehört den traurigsten Jahren Preußens an, die einen neuen Geschichtsabschnitt für sich bilden. Zum Abschluß unserer hierzu skizzirten Epoche gehört nur noch ein

Blick auf den König, der so viel gewollt und so wenig zu vollbringen im Stande war, und ein Blick auf das Volk, das lange schweigend verharrte, aber dennoch zum Lohn seiner Gesinnungstreue berufen war, nach stillen, schwülen Jahren, den Anbruch besserer Tage für Preußen und Deutschland zu sehen.

Die Lage des Königs.

Man ist berechtigt, sich die Frage vorzulegen, mit welchen Gedanken und Empfindungen wohl ein geistig so hoch begabter Monarch wie Friedrich Wilhelm IV. diesen Umschwung aller innern Verhältnisse und diese Demüthigungen in äußeren Angelegenheiten geschehen ließ. Die Antwort hierauf ist schmerzlich; aber nicht blos zur Klärung der Vergangenheit, sondern auch in ihrer allgemeinen Bedeutung lehrreich.

Der Freiherr von Stein sprach es einmal aus: „Wenn es einem Monarchen an Geist fehlt, so thut es nichts, er kann Andere für sich arbeiten lassen; aber Charakter, den kann man ihm nicht borgen."

Auf Friedrich Wilhelm IV. angewendet, kann man nur sagen: Die Disharmonie zwischen diesen beiden Eigenschaften, die dem Wollen und dem Thun eines Monarchen ihren Stempel verleihen, war bei ihm größer als bei irgend einem seiner Vorgänger. Er war geistig so regbar, daß er gleich vielen Selbstdenkern den reizenden Genuß einer Idee schnell aufnahm aber auch schnell aufzehrte. Wie Künstler-Naturen der Stimmung des Augenblicks feurig hingegeben, widerstrebte ihm die Praxis, die langsam und sorgsam verwirklicht sein will. Dem persönlichen Regiment mit ganzer Seele zugethan, befand er sich in ewigem Kampf mit der Stätigkeit, die einem Staat erst einen Charakter leiht. Er drückte wiederholt seinen Unmuth gegen den „Racker von Staat" aus, der keine persönlichen Einfälle und Eingriffe zuläßt. Er glich den genialen Malern,

die stets nur Skizzen entwerfen, ohne sich die Ruhe der Ausführung zu gönnen. Daher die wechselnde Vielgestaltigkeit, die ihn Freundschaft und intime Geistesverwandtschaft mit allen begabten Geistern suchen ließ, die Neues schaffen wollten; daher aber auch die schnelle Verflüchtigung der neuen Ideen, die ihn in entscheidenden Momenten in die Macht derer gab, welche die althergebrachte Praxis handhabten. Daher das Ruinenhafte alles Begonnenen, bis ihr Schöpfer selber zur Ruine wurde.

Die Tage, welche wir in dieser historischen Skizze schildern, liegen uns noch zu nahe, um aus ihren nur spärlich ans Licht getretenen Denkwürdigkeiten ein volles Bild zu gestalten. Aber die wenigen Züge, welche bereits bekannt geworden sind, gestatten einen Einblick in das innere Getriebe. Die Klagen, welche die treuesten Anhänger des Königs über die Olmütz-Epoche laut werden ließen, zeigen den tiefen Sturz des Staates und die Illusionen, welche denselben vor dem Blick des Königs zu verhüllen suchten.

Die Denkwürdigkeiten aus dem Leben Bunsens enthalten hierüber so Manches, was noch der weiteren Ergänzung bedarf. Wir führen hier aus denselben nur dasjenige vor, was deutlich genug ist, um auch ohne Erläuterung verstanden zu werden. Wie bereits erwähnt, regte die Mobilmachung in Preußen die Hoffnung aller Freunde des Staates auf einen günstigen Umschwung an. Man setzte voraus, daß nunmehr Radowitz wieder das Staatsruder ergreifen würde. Bunsen hegte noch am 30. November 1850 diese Hoffnung, als bereits Manteuffel die Demüthigung in Olmütz vollzogen hatte. Ein Brief Bunsens von diesem Tage an den Baron von Stockmar — den klugen, treuen Freund Deutschlands und den einflußreichsten Berather der Königin Viktoria von England und des Prinzen Albert — spricht hierüber Folgendes aus:

„Sobald erst Manteuffel entfernt ist, muß Radowitz wieder an die Spitze des Ministeriums treten. Dann hängt Alles davon ab, daß er gleich vom Anfang die rechte Stellung zum Könige nimmt und um der Liebe willen für des Königs unsterbliche Seele und seine Ehre bei Mit- und Nachwelt dem

Könige sage, daß ein ehrlicher Mann nicht Minister sein kann, wenn er fortfahren will, mit einer hochverrätherischen oder stockdummen Kamarilla zu regieren."

Selbst nachdem der Schlag von Olmütz alle Hoffnungen vernichtet hatte, verließ ein Schimmer derselben dennoch Bunsen nicht. In einem Briefe von Camphausen an ihn finden wir freilich ein richtiges und scharfes Urtheil über die Situation ausgesprochen. Camphausen klagt: „Seitdem Sie schrieben und noch abzuwehren hofften, ist der Schlag gefallen. Ein großer Staat, wehrkräftig wie keiner in Europa, ohne Verlegenheit im Innern, des Volksgeistes gewiß, in den Finanzen gesund, leckt den Staub von den Füßen seiner Gegner, ohne nur den Versuch des Widerstandes zu machen, auf eine bloße Kriegsdrohung hin, die bramarbasirende Feinde, bittere Angst im Herzen, ausgestoßen haben." Auch Bunsen war voll der Klage. In einem Briefe an eine hochstehende patriotische Frau (?) schreibt er:

„Am 19. März 1848 wurde das alte, am 3. November 1850 das neue Preußen begraben. Der Prinz von Preußen hat ritterlich für das Vaterland gekämpft, doch vergebens!"

Gleichwohl finden wir Bunsen am 18. Januar 1851 wiederum in Hoffnungen auf eine Aenderung. In einem Briefe an Stockmar schreibt er:

„Die Lage des Königs ist entsetzlich an sich, entsetzlicher durch das Unglück, welches er, wenn ihn nicht Gott herausreißt, unübersehbar über das Vaterland bringen muß. Er, der tausend Eigenschaften hatte, Preußen und Deutschland und die Zeit zu heben und zu trösten!" — doch „die nächste Woche kann eine Krise bringen."

Die Krisis — wir wissen nicht, welche Bunsen nahen sah — trat nicht ein. Ein Brief eines preußischen Diplomaten — sein Name ist nicht genannt — schildert die Situation richtiger:

„Die Kreuzzeitungs-Partei, die hier alles beherrscht, fühlt sich unter dem östreichischen Joch so selig wie der Fisch in seinem Element; und der König — wiewohl er bisweilen sich noch ärgert — hat doch die Gabe, sich Alles einzubilden, was er will, und sich die Wirklichkeit hinwegzuillusioniren. Er

glaubt selbst nach der Schwarzenberg'schen Depesche noch fest an den „Sieg von Olmütz", sowie an den „Fortbestand" der Union".

Der Freund der Wahrheit muß sich fragen, wo denn eigentlich die Fäden lagen, an welchen die Kreuzzeitungspartei im Stande war, die Illusionen eines geistig so hochbegabten Mannes wie der König war, für ihre Zwecke zu leiten und ihn fern und abwendig von allen treuen Anhängern zu halten, die ihren Schmerz und Unmuth nicht verhehlen konnten. Wer jedoch den ganzen Jammer dieser Zeit mit offenen Augen überblickt, dem entgeht der Aufschluß nicht, daß auch hier wie in ähnlichen Fällen die Kamarilla, welche jede Tageslaune zu benutzen verstand, die edelsten Empfindungen des Monarchen zum Netze um ihn ausgespannt hatte.

Bei aller Beweglichkeit und Empfänglichkeit für wechselnde Ideen ward Friedrich Wilhelm IV. doch stets von einem religiösen Zug nach einer Richtung hin dauernd getragen, der ihm wie ein ewiger Leitstern in den Irrgängen des Lebens erschien. Je wechselvoller sein reger Geist war, desto mehr suchte seine Seele einen Halt im Wechsellosen, im Geoffenbarten. Den Kämpfen der modernen Welt und der praktischen weltlichen Staatsleitung abgewendet, that es ihm wohl, theologischen Problemen nachzuhangen und sich in Ideen zu vertiefen, die ihn das Heil der Welt im untrüglichen Glauben erblicken ließen.

Die Kamarilla wußte diesen Zug für sich auszubeuten, und der Rundschauer der Kreuzzeitung hatte das Talent, jede Regung der Zeit nach diesem Ideale zu modeln und auszuspinnen.

Der „König David", der „Mann nach dem Herzen Gottes", der Angesichts seines Volkes vor der Bundeslade Jehovah's tanzte, war das Ideal, welches der Rundschauer zu allen Zeiten gar herrlich als Vorbild ausmalte. Auch dieser König hatte eine Revolution durchzumachen und ein Rebell Namens Simei beschimpfte ihn und warf mit Steinen nach ihm. Aber der König David sagte: „Gott habe es ihm geheißen." Die Revolution war also Gottes Wille, um des Königs Sünden zu strafen und ihn verherrlichend zur Buße zu leiten, die er in seinen Buß-Psalmen, so tief die Seele läuternd, dargelegt.

Auch Preußen — so lehrte der Rundschauer — habe gesündigt, gesündigt durch die „Verheißungen in dem Jahre der Schande.“ Darum ist die Buße als Gnadenmittel zur Läuterung an uns herangetreten. In dieser Buße, in dieser Demüthigung vor Gott ist das Heil. In der Umkehr, im „Bruch mit der Revolution“ geht das Licht der Erlösung auf für König und Volk, damit der Thron wieder aufgerichtet werde in obrigkeitlicher Herrlichkeit und das Volk wieder in seiner Sehnsucht gestillt werde nach dem verloren gegangenen edelsten Gut, nach seiner: Unterthanen-Seligkeit!

Mit diesen Phantasmen verhüllte man vor dem Blick des Königs das Elend des Staatswesens, den tiefen immer allgemeiner um sich greifenden Unmuth der Einsichtsvollsten und Gebildetsten und die für seine ganze Lebenszeit unausfüllbar gewordene Kluft zwischen ihm und seinem Volke.

Das Volk zwischen Revolution und Reaktion gestellt.

Lehrreicher noch als ein Einblick in die Intentionen des Königs ist ein offener Blick auf das in der Olmütz-Epoche zum Durchbruch gekommene politische Bewußtsein des Volkes.

Das Volk hatte eine schwere Schule durchgemacht. Seit dem ersten Auftreten des öffentlichen Lebens in Preußen war alles, was nur den Namen eines verheißungsvollen Fortschrittes hatte, mit fast systematischem Unmuth nach kurzer Frist wieder wie ein abgethanes Spielzeug bei Seite gestoßen worden. Der vereinigte Landtag von 1847 ward in Zorn entlassen, die Nationalversammlung von 1848 durch Militärgewalt gesprengt, die zweite Kammer von 1849 wurde aufgelöst, die Kaiserkrone wurde zurückgewiesen, das Reichsparlament des Hochverraths geziehen, die Drei-Königs-Verfassung wurde fallen gelassen, die

preußische Verfassung wurde unter Vorbehalt beschworen, die Unionsverfassung wurde aufgegeben, das erfurter Parlament wurde resultatlos verlassen, der Fürstentag löste sich in Nichts auf, der Verwaltungsrath war verschwunden. Die Millionen der Anleihe waren dahin und selbst die allerschärffste Anspannung der Volkskraft: die Mobilmachung ward nun auch ein leeres Spiel. Mit dieser Reihe von Vorgängen mannigfachster Gestaltung wurde jede politische Ansicht, jede Partei — außer der des blinden Dienerthums oder der wohlbewußten Reaktion — im innern Dasein verwundet. — Nun wurde auch das Beamtenthum noch verdächtigt und der „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ geziehen. Was war natürlicher als die einmüthige Entrüstung, die endlich das ganze Volk erfüllte!

Manteuffel wußte dies; aber sein Dienerthum gegenüber der Kamarilla kannte bald keine Grenzen. Nachdem die Kreuzzeitung wörtlich die Lehre aufgestellt hatte, daß der „Bruch mit der Revolution“ nur zu vollführen sei, wenn man das Staatswesen ganz und gar dem Einfluß der sogenannten „Gebildeten“ entzieht, „die auf unseren Schulen und Universitäten durchtränkt werden von dem Gift des Pantheismus“, verstand sich Manteuffel auch dazu in einem Zirkular an die Regierungen kund zu thun, daß der Sitz der Revolution nunmehr in den Klassen der Gebildeten niedergekämpft werden müsse, weshalb sich denn die Aufmerksamkeit der Behörden auf die in diesen Kreisen verbreiteten Zeitungen und Schriften zu richten habe, um daselbst mit aller Energie den Gefahren des Staates entgegen zu wirken.

Indem in solcher Weise in den regierenden Kreisen die Zeit vorbereitet wurde, in der Professor Stahl als letzte Konsequenz den frechen Ausspruch that: „die Wissenschaft muß umkehren“, entwickelte sich im Volke selber das Bewußtsein einer geistigen Selbsthilfe, eine Emanzipation von jeder Art Regierungs-Einfluß, eine Lossagung von Allem was ein Volk mit seiner Regierung verbindet, und eine Ueberzeugung, daß die von den Kabinetten

zurückgedrängte Revolution nicht verloren gehe, sondern nur in das Bewußtsein des Volkes zurückkehre und dort als tief innerlicher Widerstand fortleben müsse, bis eine Zeit des neuen Umschwungs heranbrechen werde.

Nicht bloß die Gesinnung, sondern auch die Sprechweise des Volkes ward durchtränkt von diesem Bewußtsein. Eine Lüge nannte man eine „Verheißung", einen Wortbruch eine „Errungenschaft". Das Vertrauen wurde zum Spott. Eine Wahlbetheiligung wurde als „Volksverrath" angesehen. Die Mißachtung gegen Alles, was von der Regierung ausging, griff so um sich, daß selbst die Besprechung und Beurtheilung derselben kaum mehr gehört werden mochte. Der Hilferuf der Konstitutionellen, die jetzt in der Kammer gehöhnt wurden, fand ein verschlossenes Ohr im Volke. Der Hohn der Kreuzzeitung gegen die Verfassung fand im Hohngelächter des Volkes seinen Wiederhall, das den konstitutionellen Glauben an Verfassungs-Paragraphen mit tiefster Verachtung von sich abwies.

Die Reaktion, welche mit der Olmütz-Epoche um sich griff, vollendete in ganz eigener Weise die Impulse, welche die Revolution dem Volke ertheilt hatte. Die Zeit, wo in Preußen ein großer Monarch dem Volke voranleuchtete in Bildung und Aufklärung, war längst dahin. Nicht minder war die Epoche überwunden, wo ein streng geschultes Beamtenthum ein Muster der Staatsordnung war und in stiller Wirksamkeit die Fesseln des feudalen Staatswesens auflöste. Die Revolution hatte den Volksgeist geweckt und die Reaktion hatte ihm die geistige Selbsthilfe aufgezwungen. Zwischen Regierung und Volk war eine Kluft geöffnet, die sie weit auseinander trieb. Es ist eine lehrreiche Thatsache, daß je schroffer die Reaktion auftrat, desto entschiedener der innere Widerstand des Volkes wuchs. Die Regierung konnte nur die Regierung zurückschrauben; das Volk ging geistig vorwärts trotz aller Reskripte und aller Maßregelungen.

Mit der Einkehr Preußens in den Bundestag und der Wirthschaft Raumer's und Westphalen's im Innern war das

eigentliche Staatsleben, das nur in zeitgemäßen Reformen seinen berechtigten Ausdruck findet, ganz zurückgedrängt. Das Volk stand nur noch zwischen den zwei zerstörenden Impulsen, zwischen der mißglückten Revolution und der unglückseligsten Reaktion. Hier war Rath und Hilfe der Besonnenen vergeblich. Wer sich nicht der Reaktion anschließen konnte, mußte auf den neuen Umschwung hoffen, der die Früchte der Revolution dereinst zur Reife bringen sollte.

Als ein Abbild der verzweifelten Zustände jener Epoche dürfen wir einen Leitartikel der Urwählerzeitung vom 22. März 1851 hier vorführen. Er zeigt in drastischer Form die Sünde der Reaktion, mit deren einstweiligem unheilvollen Siege wir unseren Rückblick auf Deutschlands Verfassungsgeschichte abschließen — einer Reaktion, die in ihrer Wuth nicht die Revolution überwinden, sondern sie nur weit ins Volkswesen zerstreuen konnte.

Der Artikel war „Behandlung der Revolution" überschrieben und lautete wie folgt:

„Es läßt sich mit der Revolution doch gar schwer umgehen. Da mühen sich unsere Staatsmänner schon drei Jahre ab und werden mit dem bischen Revolution nicht fertig.

Der große Graf Arnim-Boitzenburg gedachte die Revolution hinter sich zu kriegen, indem er ihr vorsprang.

Die Revolution ließ ihn vorspringen und vortanzen und blieb, was sie war: ein den veralteten Staatskünstlern unverständlich Ding.

Da kam die ehrliche Haut Camphausen und gedachte das wilde Kind Revolution durch einen guten getreuen Taufpathen gutgesinnt zu machen. Er ließ durch den zweiten vereinigten Landtag dem Kinde einen sanften Namen geben. Der vereinigte Landtag ließ am 18. März „auf beiden Seiten tapfere Herzen schlagen" und machte aus der Revolution ein „denkwürdiges Ereigniß".

Die Revolution ließ den Taufpathen Taufpathe sein und kümmerte sich nicht viel um „die tapferen Herzen", noch um den neuen Namen.

In der Nationalversammlung stand man so recht mit diesem

Ding zwischen Thür und Angel. Hier galt es schon um Anerkennen oder Verleugnen. Aber allenthalben, wo eine Versammlung zwischen Thür und Angel steht, weiß ihr irgend ein Altflicker der Weltgeschichte die Seitenthür einer motivirten Tagesordnung zu öffnen, und auch die Nationalversammlung quetschte sich durch diese hohle Gasse und die Revolution blieb als „Katastrophe", als „Thatsache", als „Uebergang" ruhig auf dem Platze.

Nun nahm sie der gute Handels- und Hansemann in die Hand; und es kam denn auch wirklich eine Art Handeln und Hanseln heraus. Dieser sagte zu ihr: „Komm mein wildes unschuldiges Kind, Du sollst vollständig anerkannt werden, ich will Vaterstelle bei Dir vertreten!" und damit griff er der verblüfften Range an beide Ohren, stellte sie in der National-Versammlung gar liebreich vor sich hin und rief aus:

„Sehen Sie, meine Herren, das wilde liebe Kind ist von uns „anerkannt" (allseitiges Bravo!) und jetzt, da ihm nichts zu wünschen übrig bleibt (Verwunderung im Zentrum) wollen wirs beweisen, daß wir „ein Ministerium der That" sind (Bravo rechts) und wollen wir das liebe Kind schließen." (Zischen links.)

Und richtig, es war dies die Zeit, wo viel Freiheits-Gesetze entworfen und viel Konstabler entstanden sind; und es stand fest, mit diesen blauen Schließern muß die anerkannte Revolution geschlossen werden. Aber schließen hin, schließen her, der Schlüssel war nicht richtig. Das anerkannte Kind wurde noch toller als je und das „Ministerium der That" stürzte wie der Riese Goliath weiland in das Hirn getroffen von des kleinen Davids Stein'schen Antrag.

Der alte Pfuel meinte es mit der Revolution grade nicht so böse; aber es ist einmal so Soldaten-Manier, ein bischen grimmig dreinzuschauen. Er betrachtete sie als ein „Mißverständniß". Aber ach, der brave grade Mann, er selber war ein Mißverständniß; ein Mißverständniß nach oben, ein Mißverständniß nach unten. Er traf weder für die Reaktion noch für die Revolution den Nagel auf den Kopf. Was Wunder, wenn er vernagelt davon gehen mußte.

Endlich kam die wahre Staatsrettung und — ja willst

Du wissen, wie die es machte? nun, so laß Dir's durch ein keines Beispiel beibringen.

Ein Mann, der eine Schaale Quecksilber hatte, erfuhr, daß dies ein der Gesundheit sehr gefährliches Metall ist. Da nahm er denn die Schale und warf sie zornig auf die Erde, und siehe da, es blieben nur die Scherben liegen, das Quecksilber war fort. Wie freute sich der Mann über seine glückliche Erfindung. Das gefährliche Quecksilber war vertilgt. — Freilich liefen nach kurzer Zeit eine ganze Masse Quecksilber-Kügelchen auf dem Boden zusammen. Aber das störte seine Freude nicht. Er schlug mit der Hand darauf und — husch, war ein Kügelchen nach dem andern wieder fort und vertilgt. Freilich hielt es nicht lange an, und aus allen Ecken und Winkeln kamen staubige Quecksilber-Kügelchen herangehuscht. — Allein das thut nichts! Er machte sich das Vergnügen, mit dem Fuß darauf zu treten und tüchtig zu zerreiben und siehe da, es wurde immer weniger. — Zwar sammelt es sich nach einiger Zeit wiederum an vielen Stellen an; allein jetzt war's ein Spaß. Der gute Mann tanzte recht tüchtig darauf herum und richtig, das gefährliche Metall war vollständig vertilgt.

Wo wars geblieben? — Ja, der gute Mann sollte es bald gewahr werden. Eine der schauderhaftesten Krankheiten war sein Loos. Speichelfluß, Ablösung des Fleisches von den Knochen und ein ganzes Heer zerstörender Leiden befiel ihn, und der herbeigerufene Arzt, der nicht mehr helfen konnte, richtete folgende Worte an ihn, als er den Unglücklichen auf das Quecksilber fluchen hörte:

„Armer Mann, das Quecksilber hat keine Schuld. Hättest Du es damals, als es in der Schaale war, in die Hand eines einsichtigen Menschen gegeben, so wäre es nicht nur nicht gefährlich, sondern würde wohlthätig verwendet worden sein. Schon als Du es auf den Boden ausschüttetest, hast Du verderblich gehandelt. Als es zusammenlief in einzelnen Kugeln, wäre noch Rettung für Dich gewesen, wenn Du sie hättest behutsam sammeln lassen; aber Du hast mit der Hand darauf geschlagen, nun, da hast Du Deine eigene Hand vergiftet. Du glaubtest das Quecksilber zu vertilgen, aber in Deine eigene

Haut drang eine verheerende Masse davon ein. Vielleicht war noch eine Heilung möglich, ehe Du mit den Füßen darauf herumtratst: doch seitdem Du es zu zerreiben anfingst, ist es durch die Sohlen in die Glieder Deines Leibes gefahren. Als Du aber gar darauf lustig herumtanztest und es ganz vertilgt zu haben wähntest, da, Unglückseliger, wisse, da hat sich das Quecksilber in die Luft gemischt, nicht nur den Fußboden, sondern die Wände, die Möbel, die Decke Deines Zimmers hast Du dadurch mit Gift geschwängert. Als Du lachend meintest, nun sei alles fort, da hast Du nicht nur Gift geathmet, sondern Gift in den Speisen genossen, bist auf Gift gegangen und hast auf Gift gesessen und geschlafen! —"

Brauche ich Dir, mein freundlicher Leser, zu dem Beispiel noch die Deutung zu geben?

Damals als die Staatsrettung begann, war das Quecksilber noch in der Schaale. Die Revolution hatte ihre großen Sammelpunkte in den Parlamenten. Männer von Einsicht, und vor Allem erfüllt mit Liebe und Achtung für die Nation, hätten mit Muth gegenüber den Fehlern und mit Ausdauer gegenüber den Mißgriffen des Volkes durch jene Versammlungen Großes und Dauerndes geschaffen. Der kleine Geist des Staatsretterthums aber hat sich beeilt, das Gefäß zu zerbrechen, und der Inhalt, früher gesammelt und behandelbar, wurde nun zerstoben.

Freilich dauerte die Freude nicht lange. Die Nationalversammlungen wurden gesprengt; aber an allen Ecken und Enden erstanden Kügelchen von demselben Geiste. — Wie lustig patschte das Staatsretterthum mit der Hand darauf! Die Bürgerwehren: patsch! die Volksvereine: patsch! die demokratischen Zeitungen: patsch! Lauter Siege über die Revolution. — Das sprang wie Quecksilber fort und — war nicht zu sehen. Fast drei Jahre schon wird alltäglich gestaatsrettet und immerfort die Revolution todtgeschlagen; aber immer und immer kommen die Quecksilberkügelchen hervorgerollt und immerfort müssen sie zertreten werden. Früher in den demokratischen, dann schon in den konstitutionellen und nun gar in den konservativen Kreisen!!!

Darum, mein freundlicher Leser, sucht Herr von Manteuffel immer noch die Revolution, um mit ihr zu brechen. Wo aber sucht er sie jetzt? Seine neueste Denkschrift sagt darüber wörtlich Folgendes:

„Die Revolution hat ihren Sitz und ihre Wurzel nicht in Straßenkrawallen, Verschwörungen und einzelnen verbrecherischen Plänen, sondern in dem weit verbreiteten, namentlich in den sogenannten gebildeten Ständen vorhandenen Mangel an Religiosität, in der Verwerfung jeder Autorität, in der Vergötterung menschlicher Weisheit."

O göttliche Weisheit! Ja, es ist wahr! Die Revolution ist weit, weit zerstreut durch die Gesammtnation. Hand und Fuß und Luft ist getränkt damit. Was vor dem Staatsretterthum gestaltet, gestaltend und gestaltbar war, ist jetzt in Atome verflüchtigt. Die Gutgesinnten sind getränkt, die gebildeten Stände sind getränkt, das Beamtenthum ist getränkt, das Schulmeisterthum ist getränkt, die Konservativen sind getränkt damit!

Aber nicht die Demokratie hat das gethan, nicht der Mangel an Religiosität, sondern dieselbe Weisheit hat es gethan, die Quecksilber zertritt und sich einbildet, es ist verschwunden, wenn es nicht sichtbar ist.

Wunderlicher Irrthum!

Quecksilber und Revolution sind am gefährlichsten, wenn sie verdunstet in der Luft schweben und unsichtbar werden."

Das preußische und deutsche Volk, zwischen Revolution und Reaktion gestellt, hat viel und lange Zeiten hindurch gelitten. Die wahre Rettung, die **Reform**, trat spät auf und wirkt erst jetzt wieder aufrichtend auf uns ein. Die Rettung heißt: Erlösung aus der Schmach von Olmütz und Gründung des deutschen Reiches auf der Basis der großen Volksjahre!

Franz Duncker's Buchdr. in Berlin.

Schatten richtig enthaltendes, also nicht durchweg glorificirtes Bild Heine's entgegen. Was aber dem Werke den Hauptwerth verleiht und von den gediegenen Studien ihres Verfassers rühmliches Zeugniß giebt, das ist die Darlegung der allgemeinen, literarisch-historischen Gesichtspunkte, gleichsam der wohlausgeführte kulturhistorische Hintergrund, von dem sich das Bild der geschilderten Persönlichkeit und der Verlauf ihrer Entwicklung überall plastisch abhebt."

Geschichte des Elsasses

von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart.

Bilder

aus dem politischen und geistigen Leben der deutschen Westmark.

In zusammenhängender Erzählung

von

Dr. **Ottokar Lorenz** und Dr. **Wilhelm Scherer.**

Zweite, neu durchgesehene Auflage.

Mit einem Bildniß Jacob Sturm's, Originalradirung von William Unger.

1⅔ Thlr.

„Im neuen Reich" urtheilt über die erste Auflage dieses Werkes: „Wir gestehen offen, daß wir seit langer Zeit kein deutsches Buch mit so viel Genugthuung gelesen haben, als dieses. Selten genug trifft es sich ja bei uns, daß die Studien gediegener Forscher sich mit dem Tagesinteresse begegnen und noch seltener, daß der Gründlichkeit wissenschaftlicher Kenntniß Geschmack und Kunst der Darstellung ebenbürtig ist. Glücklich ist hier alles vereinigt, was zusammenwirken mußte, um ein Werk zu schaffen, an dem die Nation in engeren und weiteren Kreisen ihre Freude haben darf: Geschickte Auswahl eines aus den besten Quellen geschöpften Stoffes, geistvolle Charakteristik von Personen und Zuständen, fesselnde Erzählung der wichtigsten Ereignisse und über dem Ganzen ein warmer Hauch überzeugter nationaler Gesinnung."

Für **Lehrer- und Schüler-Bibliotheken, sowie zu Prämienvertheilung** dürfte dieses Werk ganz besonders zu empfehlen sein.

Naturwissenschaftliche Volksbücher

von

A. Bernstein

sind jetzt in neuer und verbesserter **vierter** Auflage erschienen und zwar in 20 Bändchen à 6 sgr. oder 40 Lieferungen à 3 sgr., so daß es auch dem Unbemittelten nicht schwer fallen kann, sich nach und nach dieses ausgezeichnete Werk anzuschaffen, über welches sich **Berthold Auerbach** äußert: **„Seit Hebels Darstellung des**

Weltgebäudes und anderen kleinen naturgeschichtlichen Aufsätzen des unübertroffenen rheinländischen Hausfreundes ist nichts in deutscher Sprache erschienen was klarer, gesunder und anschaulicher die großen Eroberungen der Naturwissenschaft dem schlichten Verstande darlegt, als das obengenannte Buch."

Die neueren Forschungen und Entdeckungen hat jetzt **A. Bernstein** in einem

Supplementbande zu den Naturwissenschaftlichen Volksbüchern.

Preis 6 sgr.,
oder in zwei Lieferungen à 3 sgr.,
niedergelegt, welcher auch denen, die die früheren Ausgaben besitzen, eine willkommene Vervollständigung des Werkes sein wird.

Allen denen, die für die Verbreitung einer wahrhaft gesunden Volksbildung bemüht sind, sei dieses Werk zur **Anschaffung für Volks-Bibliotheken, zu Geschenken für Lehrer und Schüler auf das Dringendste empfohlen!** —

Naturkraft und Geisteswalten

von

A. Bernstein.

Eleg. broch. 1 Thlr. 15 sgr., Prachtband mit Goldschnitt. 2 Thlr.

Es dürfte wohl zur Genüge bekannt sein, daß unter all' den wackeren Männern, welche ihr Leben den gemeinsamen Interessen der Menschheit geweiht und die nach Kräften den Fortschritt in der Kultur angestrebt haben, A. Bernstein der erleuchtetsten, besonnensten und thätigsten einer war. Was auf der Erde Großes unternommen wurde, um die Natur dem Menschengeiste dienstbar zu machen, wo es galt, das Dunkel der Geschichte untergegangener Völker zu erhellen, oder den Blick in die unerreichbaren Fernen des Universums zu erweitern, da war er an der Seite der besten Vorkämpfer, nahm sie in Schutz vor dem Spott und der Mißgunst der Gedankenlosen und legte Zeugniß für ihre Errungenschaften ab. Ein Mann, der so mit Leib und Seele seit fast einem halben Jahrhundert an der Spitze unserer mächtigen Kulturbewegung blieb, ist gewiß geeignet, uns mit den neuesten Fortschritten des Menschengeistes, mit den erhabenen Werken der freien Zivilisation vertraut zu machen. In dem Buche „Naturkraft und Geisteswalten" geschieht dies in der anziehendsten, geschmackvollsten und gleichzeitig populärsten Form. Wer Bernstein's Werke näher kennt, dem wird es nicht entgangen sein, daß dieser Autor mit der großen Fülle des Wissens und einem überraschend scharfen Blick, eine so populäre Art der Darstellung verbindet, daß jeder Leser, und mögen die Fühlhörner seines Geistes noch so langsam vorwärts kriechen, das Dargestellte begreifen muß. Bernstein

ist ein Popularphilosoph in des Wortes hervorragendster Bedeutung und seit Redtenbacher, dem ersten Professor des Maschinenbaues, habe ich keinen Gelehrten gekannt, der die Dinge mit schärferem Blick durch und durch sieht und sie in klarerer Anschauung seinen Lesern zeigte als der Autor von „Naturkraft und Geisteswalten".
